

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

120. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 9. September 2015

Inhalt

Tagesordnungspunkt 1 (Fortsetzung):

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**
Drucksache 18/5500 11603 A
- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019**
Drucksache 18/5501 11603 B

Einzelplan 04

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

- Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) 11603 B
- Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin 11609 A
- Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 11614 C
- Thomas Oppermann (SPD) 11619 A
- Volker Kauder (CDU/CSU) 11622 A
- Heike Hänsel (DIE LINKE) 11625 B
- Volker Kauder (CDU/CSU) 11625 D
- Bettina Hagedorn (SPD) 11625 D
- Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU) 11627 C
- Martin Gerster (SPD) 11630 A

- Ewald Schurer (SPD) 11631 C
- Monika Grütters, Staatsministerin BK 11632 D
- Sigrid Hupach (DIE LINKE) 11634 A
- Burkhard Blienert (SPD) 11635 A
- Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 11636 D
- Rüdiger Kruse (CDU/CSU) 11637 D
- Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 11639 B
- Dr. Eva Högl (SPD) 11640 A

Einzelplan 05

Auswärtiges Amt

- Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister AA 11642 B
- Michael Leutert (DIE LINKE) 11645 C
- Dr. Franz Josef Jung (CDU/CSU) 11646 C
- Stefan Liebich (DIE LINKE) 11647 B
- Heike Hänsel (DIE LINKE) 11647 D
- Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 11649 C
- Niels Annen (SPD) 11651 A
- Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) 11652 B
- Jürgen Hardt (CDU/CSU) 11653 C
- Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 11655 C

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11655 D
Frank Schwabe (SPD)	11656 C
Detlef Seif (CDU/CSU)	11657 C
Alois Karl (CDU/CSU)	11659 A

Einzelplan 14

Bundesministerium der Verteidigung

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMVg	11661 A
Michael Leutert (DIE LINKE)	11663 D
Karin Evers-Meyer (SPD)	11665 A
Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11666 B
Henning Otte (CDU/CSU)	11667 D
Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE)	11669 C
Rainer Arnold (SPD)	11671 B
Doris Wagner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11672 D
Ingo Gädechens (CDU/CSU)	11674 A
Lars Klingbeil (SPD)	11675 B
Bartholomäus Kalb (CDU/CSU)	11676 B
Dr. Fritz Felgentreu (SPD)	11677 C

Einzelplan 23

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Gerd Müller, Bundesminister BMZ	11678 D
Michael Leutert (DIE LINKE)	11681 B
Sonja Steffen (SPD)	11682 C
Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11683 D
Dagmar G. Wöhrl (CDU/CSU)	11685 A
Heike Hänsel (DIE LINKE)	11686 D
Dr. Bärbel Kofler (SPD)	11688 B
Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	11689 D
Jürgen Klimke (CDU/CSU)	11691 B
Gabriela Heinrich (SPD)	11693 A
Volkmar Klein (CDU/CSU)	11694 C
Stefan Rebmann (SPD)	11696 A
Nächste Sitzung	11697 D
Anlage	
Liste der entschuldigten Abgeordneten.	11699 A

(A)

(C)

120. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 9. September 2015

Beginn 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet. Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt 1 – fort:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Drucksache 18/5500

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019

Drucksache 18/5501

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

Für die heutige Aussprache haben wir gestern eine Redezeit von insgesamt achteinhalb Stunden beschlossen.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich der **Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04.**

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst muss ich Ihnen natürlich eine falsche Hoffnung nehmen: Es ist nicht meine letzte Rede als Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Sie müssen mich schon noch einmal ertragen.

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD:

Oh! – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das wollte ich Ihnen nur vorher schon sagen, damit Sie nicht falsch strahlen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Herr Gysi, Eitelkeit kennt keine Grenzen!)

Aber kommen wir einmal zu der Frage, wie die Welt heute aussieht. Ich glaube, die Situation ist sehr ernst. Wir stehen vor gewaltigen Problemen. Kriege und kriegsähnliche Auseinandersetzungen finden in Syrien, im Jemen, im Irak, in der Türkei, in der Ukraine und in anderen Ländern statt. Kriege töten, vernichten und zerstören, und die Menschen fliehen, um nicht getötet, nicht vernichtet zu werden.

Wie sehen die Staaten aus, in denen auch der Westen Krieg geführt hat? Afghanistan – eine einzige Katastrophe: Armut, undemokratische Verhältnisse, terroristische Selbstmordanschläge und zunehmend Flüchtlinge. Alle anderen Fraktionen waren für den Krieg in Afghanistan, nur die Linke war dagegen und hat vor den Folgen gewarnt.

(Christine Lambrecht [SPD]: Das ist momentan das Wichtigste, was zu klären ist!)

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Wir hatten recht.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Oppermann [SPD]: Mit Ihnen wäre das alles nicht passiert!)

Glücklicherweise hat sich Deutschland nicht unmittelbar an den Kriegen gegen den Irak und gegen Libyen beteiligt, aber die USA, Großbritannien, Frankreich und andere Länder. Hussein war schlimm und ist weg. Aber ist die Situation jetzt besser? Gaddafi war schlimm und ist weg. Aber ist die Situation jetzt besser? Krieg muss überwunden werden, wenn man ernsthaft will, dass Menschen diesbezüglich nicht gezwungen werden, zu fliehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutschland ist aber der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und verdient an jedem Krieg. Waffen werden auch an Diktaturen wie Saudi-Arabien und Katar verkauft. Saudi-Arabien führt einen Krieg gegen Jemen,

(B)

(D)

Dr. Gregor Gysi

- (A) bezieht dennoch Waffen aus Deutschland. Diese unheilvolle Politik muss überwunden werden. Verhindern Sie doch wenigstens Waffenverkäufe an Diktaturen und in Krisengebiete.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist doch nur ein Minimum. Wenigstens die Sozialdemokratische Partei Deutschlands müsste darauf bestehen.

Wir erleben darüber hinaus eine Entstaatlichung von Staaten. Wir haben zunehmend Länder, in denen Regierung, Polizei, Justiz, Bildung und Gesundheitswesen nicht funktionieren. Oft ist es die Folge der vom Westen geführten Kriege. Wenn es keine funktionierenden Regierungen gibt, gibt es auch keine Verhandlungspartner, die etwas durchsetzen können. Die Bürgerinnen und Bürger können so nicht geschützt werden. Entstaatlichte Staaten sind Syrien, Libyen, Irak, Jemen, Somalia. In den ersten vier Ländern sind inzwischen 9 000 Schulen geschlossen worden. Lehrerinnen und Lehrer fliehen, und auch die Eltern mit ihren Kindern fliehen, weil diese ohne Schulbildung in ihrem Leben chancenlos wären. Was tut die Bundesregierung dagegen? Ich bin gespannt auf Ihre Antwort, Frau Bundeskanzlerin. Und warum erfahren wir eigentlich in den Medien so wenig über die mörderischen Auseinandersetzungen in diesen Ländern? Ich finde, dass Information wichtig ist.

- (B) Ich wiederhole mich: Jährlich sterben auf der Erde etwa 70 Millionen Menschen. Die häufigste Todesursache ist der Hunger. Jährlich sterben etwa 18 Millionen Menschen auf der Erde an Hunger. Wir haben aber weltweit eine Landwirtschaft, die die Menschheit zweimal ernähren könnte. Menschen, die Angst haben, zu verhungern, fliehen. Was tut die Bundesregierung dagegen, dass der Profit von Konzernen Vorrang vor dem Überleben von Menschen hat? Auch darauf, Frau Bundeskanzlerin, müssten Sie eine Antwort geben.

Not, Elend, also Armut, nehmen weltweit ebenso zu, wie der Reichtum anwächst. Nur ganz wenige Zahlen:

Seit 2008 hat sich die Zahl der Milliardäre auf der Erde verdoppelt. Die reichsten 80 Personen auf der Erde besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit, das heißt wie 3,5 Milliarden Menschen. 80 Menschen besitzen genauso viel wie 3,5 Milliarden Menschen! Vor fünf Jahren waren es noch 388 Personen. Interessant ist: Aus 388 Personen werden nicht 400, 500 und dann 600, sondern daraus werden 80, weil der Reichtum sich ganz anders konzentriert. Eine Milliarde Menschen haben ein Einkommen von einem Dollar pro Tag. Armut, bittere Armut führt ebenso zur Flucht.

Dagegen unternimmt die Bundesregierung nichts. Denn auf wesentlich höherem Niveau passiert in Europa und Deutschland das Gleiche. Die OECD stellte jetzt fest, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland sich deutlich vergrößert hat, übrigens immer mit einer SPD in der Regierung; ich kann es doch nicht ändern.

(Unruhe bei der SPD)

– Sie müssen es sich einfach anhören. – Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verdienen Mitte der 80er-Jahre fünfmal so viel wie die ärmsten zehn Prozent

unserer Bevölkerung. Inzwischen verdienen sie siebenmal so viel. (C)

Ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt 32 Prozent des gesamten Vermögens, und die finanziell schwächere Hälfte der Haushalte, also 50 Prozent unserer Haushalte, besitzt ein Prozent des Vermögens. 50 Prozent besitzen ein Prozent des Vermögens! Das Interessante ist: 1998 besaß diese Hälfte noch vier Prozent des Vermögens. Aus vier Prozent werden nicht fünf Prozent und dann sechs Prozent und sieben Prozent, sondern aus vier Prozent wird ein Prozent. Das ist eine Katastrophe. Damit machen Sie die Gesellschaft kaputt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Staat, der selbst so ungerecht verteilt, kann sich auch nicht weltweit wirksam gegen Armut einsetzen und organisiert mithin schon wieder Flüchtlinge.

Nachgewiesen wird von der OECD übrigens auch, wie schädlich für die Binnenwirtschaft die Schwächung der Kaufkraft eines großen Teils unserer Bevölkerung ist. Der Generalsekretär der OECD sagte – ich zitiere wörtlich –:

Der Kampf gegen Ungleichheit muss in das Zentrum der politischen Debatte rücken.

Die Linke wird genau das versuchen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg.
Johannes Kahrs [SPD])

Weltweit muss auch ein entschiedener Kampf gegen Rassismus geführt werden. Sinti und Roma sind zum Beispiel die in vielen europäischen Ländern erheblich benachteiligten Teile der Bevölkerung. Sie fliehen in der Hoffnung, endlich irgendwo hinzukommen, wo sie gleichberechtigt behandelt werden. Gerade in diesen viel diskutierten westlichen Balkanländern findet eine menschenrechtsverletzende und menschenrechtsverachtende Politik gegenüber Sinti und Roma statt. Außerdem ist die Politik von Orban in Ungarn schlicht indiskutabel. Dagegen muss ganz entschieden Stellung genommen werden. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereden Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen? Das wäre doch wohl das Mindeste.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun erwarten wir in diesem Jahr 800 000 Flüchtlinge in Deutschland, die eigentlich kein Problem, sondern eine Chance sind.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich begrüße es ausdrücklich, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie für die Flüchtlinge in Ungarn hier die Türen geöffnet haben. Aber ich sage: Auch die Zustände in Ungarn müs-

Dr. Gregor Gysi

- (A) sen ganz deutlich verbessert werden. Dazu komme ich noch. Also: Es ist eigentlich fantastisch, dass viele Tausende Menschen zu uns kommen, aber es ist noch fantastischer, wie viele Tausende Menschen, die ehrenamtlich aktiv sind, sie begrüßen und sie unterstützen. Ich glaube, das hätte es so vor zehn Jahren noch nicht gegeben. Das ist eine sehr gute Entwicklung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber man darf das auch nicht überziehen. Auch ehrenamtliche Helfer sind irgendwann müde, sind irgendwann abgespannt. Das heißt, der Bund muss eingreifen und vor allen Dingen die strukturellen Probleme lösen.

Auf der anderen Seite haben wir einen rechtsextremen Mob, der rassistisch hetzt, hasst und Flüchtlingsunterkünfte in Brand setzt. Ich sage Ihnen: Dagegen müssen wir geschlossen auftreten, egal wie groß ansonsten unsere Meinungsunterschiede sind.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber es gibt auch Menschen, die Ängste damit verbinden, die glauben, dass es ihnen besser ginge, wenn es weniger Flüchtlinge gäbe. Ich habe sie gefragt, ob es ihnen besser ging, bevor die Flüchtlinge kamen. Das mussten sie verneinen. Es ist überhaupt kein logisches Argument, aber wir sind trotzdem verpflichtet, diese abstrakten Ängste abzubauen. Und wir sind verpflichtet, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen. Ich sage Ihnen: Wenn (B) Verhältnisse so sozial ungerecht sind, dann nutzt das der Rechtsextremismus aus, um Leute für sich zu gewinnen mit schlichten rassistischen und anderen Losungen. Also kämpfen wir nicht nur aus materiellen Gründen, sondern auch aus wichtigen ideellen Gründen für deutlich mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen: Der ärmere Teil der Bevölkerung ist der Teil, der immer seltener zur Wahl geht. Das ist demokratiegefährdend. Wir müssen also auch mehr soziale Gerechtigkeit gestalten, damit diese Menschen wieder die Demokratie begrüßen und sich an Wahlen beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Flüchtlinge sind schon deshalb eine Chance, weil uns immer mehr Arbeitskräfte fehlen. Der Arbeitgeberpräsident begrüßt deshalb den Zustrom an Flüchtlingen. Jedes Jahr sterben bekanntlich mehr Deutsche als geboren werden. Da es ja handwerklich nicht verlernt worden ist, müssen wir uns doch einmal Gedanken darüber machen, woran das liegt. Ich sage Ihnen: Das liegt daran, dass wir keine kinderfreundliche Gesellschaft sind. Es liegt daran, dass wir ein Bildungssystem aus dem 19. Jahrhundert haben, dass es keinen chancengleichen Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur bei Kindern gibt. Von einem solchen Zugang kann nicht einmal im Ansatz die Rede sein.

Die umfassende prekäre Beschäftigung dank Agenda 2010 verhindert, dass die Menschen verantwortungs-

bewusst Kinder in die Welt setzen können. Massenhaft (C) kriegen junge Leute nur befristete Arbeitsverträge von einigen Monaten. Sie wissen nicht einmal, was aus ihnen wird, geschweige denn, was aus ihren Kindern werden soll. All das sind die Ursachen dafür.

Aber selbst wenn wir – das muss ich so deutlich sagen – Flüchtlinge wirtschaftlich nicht brauchen, sind wir verpflichtet, sie anständig zu behandeln, sie anständig unterzubringen und sie zu integrieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es gut, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie im kommenden Jahr sechs Milliarden Euro im Bundeshaushalt dafür einsetzen wollen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das Geld genügt nicht, und vor allem ist das keine strukturelle Lösung. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Wir müssten den Solidaritätszuschlag nicht abschaffen, sondern beibehalten und das Aufkommen daraus gerecht unter den 16 Bundesländern verteilen, damit diese die Aufgaben bei der Unterbringung und bei der Integration der Flüchtlinge meistern können.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Asylverfahren ist übrigens Bundesrecht. Insofern müssen die Kosten meines Erachtens auch vom Bund getragen werden, aber nicht von den Ländern und Kommunen.

Es ist richtig, dass Sie mehr Deutschkurse anbieten. Ihre Überlegungen, Flüchtlinge schneller loszuwerden, gehen aber eindeutig in die falsche Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

Sie erweitern die Zahl sicherer Herkunftsländer, um schneller abschieben zu können. So soll nun der Kosovo ein sicheres Herkunftsland sein, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Sie begründen uns doch immer die Notwendigkeit der Bundeswehr im Kosovo damit, dass es dort so unsicher ist. Was stimmt denn nun? Braucht man dort die Bundeswehr, oder ist das ein sicheres Land? Sie müssen auch einmal Logik in Ihre Politik bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens: Der Vorschlag, Bargeld für Flüchtlinge abzuschaffen und durch Gutscheine zu ersetzen, widerspricht einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Gehen Sie doch keinen grundgesetzwidrigen Weg. Er ist immer falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Flüchtlinge sollen nach drei Monaten Aufenthalt Leiharbeit verrichten dürfen. Sie wollen also einen neuen Sektor für Niedriglohn eröffnen. Auch das ist indiskutabel. Darunter sind übrigens oft viele qualifizierte Kräfte. Mir wird immer gesagt, dass man nicht weiß, ob die Qualifikation stimmt. Mein Gott, wir haben doch immer eine Probezeit. Da weiß beispielsweise ein Arzt sofort, ob die Qualifikation stimmt oder nicht stimmt. Hier müssen wir einmal etwas lockerer, etwas unbürokratischer werden und dafür sorgen, dass die Menschen so schnell wie möglich Beschäftigung finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Sechs osteuropäische Länder erklärten, niemals mit Flüchtlingsquoten einverstanden zu sein: Tschechien, die Slowakei, Polen, Ungarn, Litauen und Lettland. Nun bin ich auch gegen Quoten, weil es sich nämlich um Menschen handelt und nicht um Sachen; die kann man nicht einfach verteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber eine gerechte Kostenverteilung innerhalb der Europäischen Union halte ich für zwingend erforderlich. Wenn dann Länder, die kaum Flüchtlinge aufnehmen, nicht bereit sind, ihren Kostenanteil zu zahlen, müssen ihnen die Zuschüsse von der EU entsprechend gekürzt werden. Da muss man jetzt einmal mehr Mumm zeigen, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens erklärt die polnische Regierung, dass Polen für muslimisch gläubige Flüchtlinge ungeeignet sei. Nun ist dieses Land bekanntlich schwer katholisch geprägt. Es kann doch nicht wahr sein, dass ich denen jetzt schon wieder die Bergpredigt von Jesus Christus erklären muss.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN –
Zuruf von der SPD: Das ist aber peinlich!)

Wenn diese Mitglieder der polnischen Regierung zur Beichte gehen, müssen sie so viele Rosenkränze beten, dass sie gar nicht mehr aus der Kirche herauskommen. Ich kann nur sagen: Führen Sie mit denen mal eine scharfe und deutliche Auseinandersetzung.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Ungarn. Orban schafft Schritt für Schritt die Demokratie ab und strebt eindeutig autoritäre Strukturen an. Das verkündet er sogar. Die USA haben bereits Sanktionen ausgesprochen. Und was macht unsere Bundesregierung? Sie mault etwas vor sich hin. Das reicht nicht. Hier müssen wirklich Maßnahmen ergriffen werden, aber nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von der EU.

(Beifall bei der LINKEN)

Und noch etwas, das interessiert mich, Frau Dr. Merkel, Herr Kauder und Frau Hasselfeldt. Orbans Partei ist Mitglied der konservativen Fraktion im Europäischen Parlament. Das heißt, die Abgeordneten der CDU und der CSU sitzen gemeinsam in einer Fraktion mit den Mitgliedern von Orbans Partei. Meinen Sie nicht, es ist höchste Zeit, diese Partei aus Ihrer europäischen Fraktion rauszuschmeißen, und zwar achtkantig?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt sieht man die unzureichenden Strukturen der EU. Nichts Wirksames geschieht gegen Orbans unerträgliche Politik.

Russland. Russland ist eine Weltmacht, und nicht, wie Obama meinte, eine Regionalmacht. Russland ist eine Vetomacht. Russland ist das militärisch stärkste Land in Europa. Obama verlangte Wirtschaftssanktionen durch die EU, auch durch die Bundesrepublik. Wie immer sind Sie den Forderungen der US-Administration artig gefolgt

- und haben alles gemacht, was sie wollte. Wir haben dadurch deutliche Wirtschaftseinbußen. Ich kenne mittelständische Unternehmen, die an Russland geliefert haben und jetzt nicht wissen, wie sie die Insolvenz verhindern sollen. (C)

Nun lese ich, dass nach russischen Angaben der Handel zwischen den USA und Russland um sechs bis elf Prozent zugenommen hat. Ich meine, es wäre doch eine sagenhafte Frechheit, von uns Sanktionen zu verlangen und selbst den Handel zu steigern. Deshalb sage ich Ihnen: Hören Sie endlich damit auf! Sie müssen eine eigenständige Interessenpolitik machen. Es gibt keinen Frieden in Europa ohne oder gegen Russland. Das müssen wir beachten.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch etwas: Jetzt höre ich plötzlich, dass Russland Waffen und Truppen um Syrien zusammenzieht. Dann lese ich, das sei alles mit den USA abgestimmt. Dann lese ich wiederum, dass die US-Regierung die russische Regierung warnt. Jetzt frage ich mich: Ist die Warnung auch abgestimmt, indem man sagt: „Macht das mal, aber wir müssen so tun, als ob wir dagegen sind“? Ich hoffe, Frau Bundeskanzlerin, Sie können uns einmal aufklären und sagen, wie es da wirklich aussieht. Es wird Zeit, dass unsere Bevölkerung diesbezüglich informiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Noch etwas: Ich verstehe sehr gut, dass man Assad nicht mag; das kann ich alles nachvollziehen. Er verletzt Menschenrechte in vielfacher Hinsicht. Aber man wird einen Frieden ohne Assad doch wirklich nicht finden. Ist die Friedensfrage nicht wichtiger als die Frage, wen man aus Menschenrechtsgründen ablehnt oder nicht ablehnt? (D)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Gilt das auch für andere? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Sehr eigenartig!)

Letztlich müssen wir begreifen und danach handeln: Frieden und Sicherheit brauchen wir überall auf der Erde. Deutschland darf nicht der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sein.

(Beifall bei der LINKEN – Johannes Kahrs [SPD]: Wenn Sie jetzt hier Assad verteidigen, dann wird es grenzwertig!)

Türkei. Es gab einen Friedensprozess zwischen der Regierung der Türkei und den Kurdinnen und Kurden. Dann hat sich die Regierung entschieden, gegen die PKK Krieg zu führen. Jetzt sagt Erdogan, es gibt für ihn nur noch eine militärische Lösung. Er marschiert sogar in den Irak ein. Aber gerade die syrischen und irakischen Kurdinnen und Kurden, wenn ich darauf einmal hinweisen darf, führen den einzig wirklich wirksamen Kampf am Boden gegen den „Islamischen Staat“. Die werden jetzt aber bekriegt, und zwar von einem NATO-Partner. Und was machen Sie dagegen? Nichts. Geben Sie doch einmal dieses Schweigen auf und suchen Sie die wirkliche Auseinandersetzung mit Erdogan, weil das nicht mehr hinnehmbar ist!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Griechenland. Herr Schäuble, vielleicht haben Sie Ihr Ziel erreicht, und die linke Regierung ist gestürzt. Wir warten das Ergebnis der Wahlen ab.

(Ulli Nissen [SPD]: Das ist ja großzügig! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Was ganz Neues!)

Aber eines hat die linke Regierung von Griechenland erreicht: eine Diskussion in ganz Europa über den Euro und über die EU-Strukturen, wie wir sie noch nie hatten. Jetzt stellt sich die Frage, ob die EU weiter in Richtung Demokratie- und Sozialabbau oder endlich umgekehrt in Richtung mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit gestaltet wird. Wir brauchen die EU für den Frieden in Europa, aber eben auch für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen, Herr Schäuble, Sie haben leider mit Ihrer Politik erreicht – Sie natürlich auch, Frau Bundeskanzlerin –, dass der Rechtspopulismus und der Rechtsextremismus, die zu den alten Nationalstaaten zurückwollen, in den europäischen Ländern Erfolge zeigen. Schon das müsste Sie wachrütteln und die Politik gänzlich ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

TTIP. Wir haben immer die mangelnde Transparenz bei dem sogenannten Freihandelsabkommen, das da zwischen den USA und der Europäischen Union verhandelt wird, kritisiert. Es hat sich ein kleines bisschen verbessert, aber nicht viel. Jetzt nenne ich Ihnen drei Probleme:

- (B) Erstens. Wir kennen ein Vorsorgeprinzip, das in den USA unbekannt ist. Die kennen ein Nachsorgeprinzip. Das heißt, wenn man in Deutschland ein neues Lebensmittel auf den Markt bringen will, muss man beweisen, dass das nicht schädlich ist.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch!)

Dass wir da manchmal falsche Beweise kriegen, ist eine andere Frage. Man muss es aber beweisen. In den USA ist es genau umgekehrt. Da kann man jedes Lebensmittel auf den Markt bringen. Wenn man dann aber Schaden anrichtet, wird man irgendwann zu ein paar Milliarden Schadenersatz verurteilt. Das ist eine völlig umgekehrte Herangehensweise.

(Thomas Oppermann [SPD]: Das stimmt nicht mit der Wahrheit überein!)

Die mittelständischen Unternehmen sagen mir, sie liegen damit zwei bis drei Jahre zurück und haben dadurch einen ganz großen Nachteil. Das sollte Sie doch eigentlich interessieren.

(Johannes Kahrs [SPD]: Ich weiß nicht, was Sie uns hier erzählen wollen!)

Zweitens. Die Schiedsgerichte sind abenteuerlich. Sie müssen sich einmal Folgendes überlegen: Da kommt ein kanadischer oder amerikanischer Konzern, klagt vor einem Schiedsgericht und bekommt dann 200 Milliarden Euro Schadenersatz durch die Bundesregierung zugebil-

ligt, und man kann nichts mehr machen. Es gibt kein weiteres Gericht, weder ein deutsches noch ein europäisches. Die eigenen Unternehmen müssen bis zum Europäischen Gerichtshof oder bis zum Bundesverfassungsgericht gehen, um irgendetwas durchzusetzen. Das ist wiederum eine schwere Benachteiligung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wahnsinn!)

Ich weiß, dass die Wirtschaft für ein Freihandelsabkommen ist. Wir sagen dazu Nein. Ich weiß auch, welche Kritik Sie daran üben, und die sollten Sie ernst nehmen.

Drittens.

(Ulli Nissen [SPD]: Jetzt mal was Neues!)

Das für uns entscheidende Kriterium ist das Verbot von Investitionshemmnissen. Ich bitte Sie: Wissen Sie, was das heißt? Das heißt Folgendes: Ein amerikanischer Konzern gründet zu irgendeinem Zeitpunkt, als es eine bestimmte rechtliche Situation gab, seinen Sitz in Deutschland. Danach gibt es Neuwahlen in der Bundesrepublik Deutschland, und – sagen wir einmal – es entsteht eine vernünftige Regierung, also aus oder mit Linken; nur einmal angenommen.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie selber wollen würden! Aber Sie wollen es selber nicht! – Zuruf von der CDU/CSU: Träumer!)

– Ja, man darf doch träumen, das ist doch nicht verboten. – Passen Sie auf: Jetzt erlaubt diese Regierung sich, die Mitbestimmung in Unternehmen zu erweitern, vielleicht sogar ein kleines bisschen die Steuern für die Konzerne zu erhöhen. Und dann sagen die: Das verstößt gegen das Verbot von Investitionshemmnissen. – Wenn Sie das unterschreiben, dann sagen Sie, dass eine Politik in einer bestimmten Richtung verboten ist und dass die Verhältnisse nur noch reaktionärer werden dürfen. Da kann doch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Anbetracht ihrer Geschichte eigentlich niemals zustimmen; aber Sie organisieren das Ganze noch.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der SPD)

Ich komme zur prekären Beschäftigung. Wir haben in Deutschland nach wie vor den größten Niedriglohnsektor in Europa. Wir hatten einmal – vor 20 Jahren – 26 Millionen Menschen in Vollzeitbeschäftigung, jetzt nur noch 22 Millionen. Der Anteil der prekären Beschäftigung, das heißt erzwungenen Teilzeit, Befristung, Leiharbeit und geringfügigen Beschäftigung, ist um 70 Prozent gestiegen und beträgt jetzt 21 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse. Ich sage Ihnen ganz klar: Leiharbeit ist für mich eine moderne Form der Sklaverei und muss verboten werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wenn Sie schon Ausnahmen machen, dann müssen Sie wenigstens dafür sorgen, dass eine Leiharbeiterin oder ein Leiharbeiter ab der ersten Stunde der Beschäftigung Anspruch auf 110 Prozent des Lohnes hat, den ein anderer Beschäftigter in dem Unternehmen für die gleiche Tätigkeit bezieht, damit diese Leiharbeit endlich

Dr. Gregor Gysi

- (A) zur Ausnahme wird und nicht zu einem Nötigungsmittel, um der eigenen Belegschaft das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld und vieles andere zu entziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Befristung darf es nur noch mit Sachgrund geben und nicht – wie heute – willkürlich.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Auch die erzwungene Teilzeit müssen wir loswerden. Wenn es Teilzeit schon gibt, dann muss sie freiwillig sein, aber mit dem Recht auf Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Übrigens, die Frauen trifft es besonders hart. Die Vollzeitbeschäftigungsquote bei Frauen sank von 55 Prozent auf 40 Prozent, und die Zahl der Teilzeitjobs für Frauen nahm zu von 3,8 auf 6,3 Millionen. Ich sage Ihnen: Armut ist immer weiblich. Deshalb war der Streik der Erzieherinnen und Erzieher und der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter so wichtig, um wenigstens zu erreichen, dass diese klassischen Frauenberufe endlich nicht mehr so grottenschlecht bezahlt werden, wie das gegenwärtig der Fall ist. Wir brauchen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens, Frau Nahles, wann setzen Sie Ihre – aus unserer Sicht völlig unzureichenden – Gesetze zur Begrenzung von Leiharbeit und gegen den Missbrauch von Werkverträgen endlich um? Das wird Zeit, das kann man doch nicht bloß beschließen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist die Rede vom letzten Mal!)

(B)

Also, ich sage Ihnen ganz klar: Wir werden einen entschiedenen Kampf gegen die prekäre Beschäftigung und den Niedriglohnsektor in Deutschland führen.

Ich komme zum Schluss und sage Ihnen Folgendes:

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

– Ich will Ihnen zwischendurch auch mal eine kleine Freude machen. –

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Super!)

Wenn wir jetzt über die Halbzeit der Großen Koalition reden, dann darf ich doch drei Dinge bewerten:

Erstens. Immer wieder wird behauptet, dass Sie, Frau Dr. Merkel, die CDU sozialdemokratisiert haben. Welches Bild muss inzwischen eigentlich von der Sozialdemokratie herrschen, wenn Ihre Politik als sozialdemokratisch gilt?

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ich frage mich, welche Projekte Sie eigentlich in den nächsten zwei Jahren anfangen wollen. Leider glaube ich nicht, dass Sie wirksam die Fluchtursachen bekämpfen, die Rüstungsexporte wesentlich und deutlich beschränken, einen Kampf führen gegen den Niedriglohnsektor, gegen die prekäre Beschäftigung und gegen die Altersarmut und endlich eintreten für Chancengleichheit, insbesondere für Kinder beim Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur. Dazu gehört übrigens auch ein deutlich billigerer

öffentlicher Nahverkehr. Aber was haben Sie stattdessen vor? Erzählen Sie es uns. (C)

Zweitens. Die CSU ist ein besonders trauriger Fall.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das sagt der Richtige! – Widerspruch der Abg. Gerda Hasselfeldt [CDU/CSU])

– Ja, Frau Hasselfeldt, ich muss es Ihnen sagen. Sie hatten aus Ihrer Sicht zwei tolle, aus meiner Sicht zwei ganz besonders blöde Projekte. Das war einmal das Betreuungsgeld, mit dem Sie Eltern dafür bezahlten, dass sie das Lernen ihrer Kinder in Kindertagesstätten unterbinden.

(Sabine Weiss (Wesel I) [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

Wir haben Ihnen gesagt, dass es grundgesetzwidrig ist. Sie haben es uns nicht geglaubt. Inzwischen hat es das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgestellt.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das stimmt ja nicht! Das müssten Sie ja als Jurist wissen, Herr Dr. Gysi!)

Und dann die Maut! Liebe CSU, ich habe Ihnen gesagt, mit Tricks kann man Europarecht nicht umgehen. Sie wollten es mir nicht glauben und mussten nun alles stoppen, nachdem in der EU ein Verfahren gegen unser Land eingeleitet wurde. Ich werde Sie nicht inhaltlich überzeugen können. (D)

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Traut bloß den Eltern nicht!)

Aber glauben Sie mir: Wenn Sie diesbezüglich nicht über solche Mitglieder verfügen, müssen Sie sich wenigstens Beraterinnen und Berater suchen, die sich im Europarecht und im Grundgesetz auskennen. Glauben Sie mir das!

(Beifall bei der LINKEN – Ulrike Gottschalck [SPD]: Aber nicht in Leiharbeit!)

Drittens: die SPD. Die SPD sitzt, auch wenn sie es gelegentlich vergisst, ebenfalls in der Bundesregierung. Viel zu spüren ist das allerdings nicht.

(Ulli Nissen [SPD]: Das sehen Sie völlig falsch!)

Sie stehen vor einer spannenden Frage: Wollen Sie ein Anhängsel der Union bleiben oder doch zu einem Gegenüber werden?

(Ulli Nissen [SPD]: Wer hat denn die Mietpreisbremse gemacht?)

Die Depressionen bei Ihnen gehen ja schon so weit, dass in Ihren Reihen, lieber Herr Gabriel, diskutiert wird, ob man überhaupt noch eine eigene Kanzlerkandidatin oder einen eigenen Kanzlerkandidaten aufstellen sollte. Mein Gott! Wann kehrt in die Sozialdemokratie endlich mal

Dr. Gregor Gysi

- (A) wieder Leidenschaft, Kampfgeist, und zwar für Frieden und soziale Gerechtigkeit, zurück?

(Beifall bei der LINKEN – Ulli Nissen [SPD]: Was meinen Sie, was wir für Leidenschaft haben in unserer Politik! – Zuruf von der CDU/CSU, an die SPD gewandt: Der macht sich echt Sorgen um euch!)

Mein letzter Satz: Viel Hoffnung für die Bevölkerung entsteht durch die – übrigens wegen der großen Mehrheit – demokratiegefährdende Große Koalition für die nächsten beiden Jahre nicht, aber wer weiß, was 2017 passiert!

(Beifall bei der LINKEN – Johannes Kahrs [SPD]: Solange Ihr Verein so politikunfähig ist, wird das mal nichts!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Unsere Wirtschaft ist stark, unser Arbeitsmarkt robust. In vielen Branchen werden Fachkräfte sogar regelrecht gesucht. Das heißt, man kann sagen, Deutschland ist in diesen Monaten in guter Verfassung.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein entscheidender Grund – bei Weitem nicht der einzige –, warum Deutschland stark ist, liegt in der soliden Finanz- und Haushaltspolitik dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind den Weg der wachstumsorientierten Konsolidierung gegangen, und er hat sich bewährt. Das gibt uns den nötigen Rückhalt und macht uns voll handlungsfähig. Wir haben im vergangenen Jahr mit dem Haushalt für 2015 einen historischen Wendepunkt erreicht: keine neuen Schulden. Und das gilt auch weiter für die mittelfristige Finanzplanung.

Das heißt, Deutschlands Finanzen stehen auf einem soliden Fundament. Das ist wiederum einer der Gründe dafür, dass sich auch die wirtschaftspolitische Halbbilanz der Bundesregierung mehr als sehen lassen kann. Die Wirtschaft wächst deutlich. Wir haben eine Rekordbeschäftigung. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Juli auf knapp 43 Millionen Personen gestiegen. Das waren 160 000 mehr als im Vorjahr. Was ich besonders bemerkenswert und wichtig finde: Der Anstieg geht auf mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurück. Das ist ja genau unser Ziel.

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 1991 nicht mehr. Die bundesweite Arbeitslosenquote lag im August bei 6,4 Prozent und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Wir haben mit einer Quote von 7,7 Pro-

zent – immer noch zu hoch, aber immerhin – die niedrigste Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen in der Europäischen Union. (C)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mehr Geld in der Tasche. Seit Amtsantritt dieser Bundesregierung sind die Löhne in jedem Quartal stärker gestiegen als die Inflation. Die deutschen Exporte erreichen einen neuen Höchststand. Das alles geschieht in einem Umfeld, das ja bei Weitem nicht nur als stabil bezeichnet werden kann. Die Weltwirtschaftslage ist nicht völlig ohne Risiken. Die Schwellenländer gehen durch eine schwierige Phase. Aber wir als Bundesregierung rechnen mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent in diesem und auch im nächsten Jahr.

Solide Finanzen – das zeigt sich in diesen Tagen – machen es möglich, dass wir auf plötzlich auftretende neue Herausforderungen reagieren können, wie jetzt im Haushaltsplan für 2016. Es sind sechs Milliarden Euro Mehrausgaben vorgesehen, davon drei Milliarden Euro für den Bund und drei Milliarden Euro für die Unterstützung von Ländern und Kommunen.

Nachhaltige Haushaltspolitik – das hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt – eröffnet eben auch Spielräume, Möglichkeiten für zukunftsorientierte Investitionen. Wir haben wichtige Impulse gesetzt: in der Infrastruktur, bei Forschung und Entwicklung, in der Energie- und Klimapolitik und im digitalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Vor allem die Verkehrsinvestitionen sind deutlich erhöht worden. Wir geben in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich für Verkehrsinfrastruktur aus. An einigen Stellen sind die Planungen noch gar nicht so weit fortgeschritten, dass das Geld auch ausgegeben werden kann. Aber es gibt Bundesländer, die Reserven haben. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hinzu kommen weitere 4,35 Milliarden Euro aus dem Investitionspaket 2016 bis 2018.

Wir haben 2009 die Breitbandstrategie der Bundesregierung gestartet, und sie zahlt sich aus: Fast 70 Prozent der Haushalte haben heute Bandbreiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde – Anfang 2010 waren es nur 39 Prozent –, und bis 2018 wird es eine flächendeckende Breitbandversorgung geben, auch im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur an Bundesinvestitionen gedacht. Wir wissen, dass die Kommunen die wichtigste Ebene für öffentliche Investitionen sind. Die Kommunen haben auch Steuermehreinnahmen, aber die Finanzlage der Kommunen insgesamt ist unterschiedlich. Deshalb unterstützen wir die Kommunen so sehr, wie das nie zuvor geschehen ist. Aber wir haben noch einen besonderen Schwerpunkt gesetzt: Der Bund wird gerade die finanzschwachen Kommunen mit einem Sonderfonds für Zukunftsinvestitionen unterstützen. Für die Jahre 2015 bis 2018 sind dafür, zusätzlich zu den normalen und für alle Kommunen geltenden finanziellen Hilfen, 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Ich glaube, das ist ein absolut richtiger Akzent.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Eines der zentralen Vorhaben dieser Bundesregierung ist und bleibt die Energiewende. Wir haben mit dem Kabinettsbeschluss vom 1. Juli dieses Jahres wichtige Weichen gestellt, damit die Energiewende erfolgreich umgesetzt werden kann. Wir haben den Strommarkt zu einem Strommarkt 2.0 weiterentwickelt. Wir haben klare Entscheidungen getroffen und damit auch für Berechenbarkeit der Investitionen bezüglich des Netzausbaus gesorgt. Wir haben mehr finanzielle Mittel für den Klimaschutz bereitgestellt und die entsprechenden Weichen gestellt, um unsere Klimaziele zu erreichen. Und wir haben im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kernenergie noch einmal deutlich gemacht, dass die Sicherheit während der Restbetriebslaufzeit und beim Abbau von Kernkraftwerken unbedingt zu gewährleisten ist. Das gilt auch für die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Die Bundesregierung geht dabei vom Grundsatz aus, dass die Kosten von den Verursachern zu tragen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unbeschadet aller uns in diesen Tagen beschäftigenden Herausforderungen dürfen wir nicht vergessen, dass wir einen qualitativen Wandel unseres Arbeitslebens, unseres gesellschaftlichen Lebens durchlaufen, und zwar durch die Digitalisierung. Und die Bundesregierung antwortet darauf. Wir wissen, dass das Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen betrifft. Mit dem Regierungsprogramm „Digitale Agenda 2014–2017“ wird die Bundesregierung den digitalen Wandel aktiv mitgestalten. Wir werden auf der Kabinettsklausur am Dienstag der kommenden Woche die Digitalisierung als Schwerpunkt haben und über Themen wie Industrie 4.0, automatisiertes Fahren, Cybersicherheit und E-Health sprechen wie über viele andere Themen.

(B)

Nur wenn wir wirklich verstehen, was durch die Digitalisierung passiert, wird es auf Dauer gelingen, hochprofitable Wertschöpfungsketten in Deutschland zu halten. Unser Plus in diesen Tagen ist, dass der Anteil der industriellen Produktion in Deutschland im internationalen Maßstab nach wie vor vergleichsweise hoch ist. Aber in Zukunft werden sich die Wertschöpfungsketten ändern. Die Frage der Datenverarbeitung wird eine wesentliche Rolle spielen. Wenn wir diesen Prozess der Wertschöpfung aus Daten nicht zeitnah mitgestalten, wenn wir nicht die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dann laufen wir Gefahr, mit unserer industriellen Produktion zu einer verlängerten Werkbank zu werden, und das muss verhindert werden. Ich glaube, das können wir schaffen. Auf der europäischen Ebene werden mit der Datenschutzgrundverordnung, die jetzt beraten wird, wichtige Weichen gestellt. Im Übrigen brauchen wir eine europäische Strategie für die Digitalisierung. Glücklicherweise gibt es auch diesbezüglich erste Fortschritte.

Wir arbeiten genauso beharrlich daran, die europäische Staatsschuldenkrise zu überwinden. Wir haben in diesem Sommer ein umfassendes Programm auf den Weg gebracht, das Griechenland eine Chance bietet, in der klassischen Herangehensweise – Solidarität und Eigenverantwortung – wieder zu Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu kommen. Wenn wir auf den Euroraum insgesamt blicken, können wir sagen: Es gibt eine wirtschaftliche Erholung, die Wirtschaftslage ist besser

als noch vor einem Jahr, und insbesondere reformstarke Euroländer wie Spanien und Irland wachsen überdurchschnittlich. Spanien wächst jetzt so schnell, wie es vor der Krise gewachsen ist. Man kann hier nur sagen, dass sich der Reformweg gelohnt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ermutigend ist, dass die sogenannte Staatsschuldenquote 2015 erstmals abnehmen wird, im Euroraum auf 94 Prozent des BIP, im gesamten EU-Raum auf 88 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn wir uns die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts anschauen, müssen wir ehrlich sagen: Auch Deutschland hat noch eine Wegstrecke vor sich. Länder wie Polen, Schweden und Dänemark haben wesentlich weniger Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt als wir. Also müssen auch wir uns weiter anstrengen.

Ich halte es zur Schaffung von Wachstumsvoraussetzungen für absolut wichtig, dass wir die Freihandelsabkommen intensiv weiterverhandeln. Wir sehen die Chancen dieser Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. Ich will darauf hinweisen, dass wir Punkt für Punkt – das ist hier nicht der Rahmen dafür – all das, was darüber erzählt wird, entkräften. Es handelt sich um ein Freihandelsabkommen zwischen zwei Wirtschaftsräumen der Welt mit den höchsten Standards, sowohl was Verbraucherschutz als auch was Umweltschutz anbelangt. Wenn diese Regionen es schaffen, ein faires gemeinsames Abkommen zu schließen, wird dies Wirkung haben auf alle anderen Handelsabkommen weltweit, die sich heute fast gar nicht um Verbraucherschutzstandards, um soziale Standards oder um Umweltschutzstandards kümmern. Das könnte ein Freihandelsabkommen der Zukunft sein, weil es darin nicht einfach nur um Zölle geht, sondern um sehr viel mehr. Damit können wir Maßstäbe setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn wir viel über Infrastrukturprojekte sprechen, über die Energiewende, über die Digitalisierung und über die Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise, so steht doch im Zentrum unserer Politik immer auch die Frage: Was bedeutet das für die Menschen? Der einzelne Mensch in seiner Lebenssituation in unserem Land zählt für uns. Deshalb möchte ich heute ein Thema herausgreifen, bei dem die Große Koalition exemplarisch gezeigt hat, dass sie sich gerade auch um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmert. Es geht um die Pflege alter oder kranker Menschen, die – das gilt für fast jede Familie – die Angehörigen vor gewaltige Herausforderungen stellt. Wir haben mit dem Pflegestärkungsgesetz, das zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat, einen ersten Schritt gemacht. Damals haben wir unter anderem deutliche Verbesserungen im Bereich der ambulanten Pflege beschlossen.

Jetzt unternehmen wir einen zweiten Schritt, und das ist ein revolutionärer Schritt. Viele werden sich erinnern,

(C)

(D)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) wie lange wir über den neuen Pflegebegriff diskutiert haben.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zehn Jahre!)

– Richtig. – Es war eine lange, ausführliche Diskussion – einen Teil der Verzögerungen nehme ich auf meine Kappe –, weil uns wichtig war, dass wir sicherstellen, dass der neue Pflegebegriff körperliche, geistige und psychische Einschränkungen gleichermaßen berücksichtigt.

Wir hatten ja schon einen ersten Schritt im Hinblick auf Demenzerkrankungen gemacht. Aber genauso wichtig war mir und uns, dass niemand durch den neuen Pflegebegriff in eine Situation kommt, in der er sich schlechter stellt und nicht versteht, warum wir eine Pflegebedürftigkeit gegen eine andere ausspielen. Das haben wir sorgsam geprüft, und jetzt liegt ein Gesetzentwurf vor, der mit Sicherheit für alle, die der Pflege bedürfen, eine Verbesserung mit sich bringt. Wir haben dafür auch eine Beitragserhöhung von 0,2 Prozent beschlossen. Aber ich glaube, das ist gut investiertes Geld für Menschen in einer schwierigen Lebenslage und ihre Familien. Deshalb halte ich das für einen ganz wichtigen Schritt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle überhaupt nicht in Abrede, dass noch viel zu tun ist in Deutschland. Aber wenn wir sehen, was um uns herum in der Welt passiert, dann möchte ich heute hier auch einmal sagen: Es ist ein Privileg, und es ist ein Glück, in guten demokratischen Verhältnissen zu leben und über einen Haushaltsentwurf wie diesen zu sprechen. Ich sage das auch mit Blick auf 25 Jahre deutsche Einheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das ist wirklich nicht überall auf der Welt so. Denken wir zum Beispiel nur an die Lage vor unserer eigenen Haustür, nämlich in der Ukraine, die uns unverändert Sorgen macht. Die Achtung des Rechts ist unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben. Durch die Annexion der Krim und den von Russland unterstützten Separatismus in der Ostukraine hat Russland diese Ordnung fundamental verletzt.

Wir haben uns in den letzten Monaten immer und immer wieder dafür eingesetzt, dass die Krise in der Ukraine auf diplomatischem Weg gelöst werden kann. Das Ziel dabei ist, dass die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden kann. Das Maßnahmenpaket von Minsk wurde im Februar beschlossen. Es ist nach wie vor Richtschnur auf diesem Weg. Wir haben seit Anfang September nach vielen Rückschlägen einen immer noch fragilen, aber etwas verbesserten Waffenstillstand. Aber wir wissen, wir sind längst nicht am Ziel.

Ich darf Ihnen sagen, dass die Bundesregierung, der Bundesaußenminister und auch ich, gemeinsam immer und immer wieder – auch im Normandie-Format – zusammen mit dem französischen Außenminister und dem französischen Präsidenten darüber wachen werden und Anstrengungen unternehmen werden, um diesen Prozess voranzubringen, der jetzt auch in eine entscheidende

politische Phase gekommen ist, was Verfassungsänderungen anbelangt, was die Frage von Lokalwahlen anbelangt. Wir sind da längst nicht über den Berg. Aber wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, weil wir nur diesen diplomatischen Weg sehen, meine Damen und Herren, und den zu gehen müssen wir immer und immer wieder versuchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch bei der OSZE bedanken. Die Beobachter der OSZE leisten hier eine herausragende Arbeit. Manch einer hatte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit schon ein bisschen sozusagen in die Reihe der auslaufenden Organisationen gestellt. Ich kann nur sagen: Wenn wir sie nicht hätten, wären wir in diesem Prozess mit der Ukraine längst nicht an dem Punkt. Deshalb ist es auch gut, dass Deutschland im nächsten Jahr den Vorsitz übernimmt. Wir arbeiten heute schon mit der Schweiz und Serbien in der Troika zusammen und werden das nächstes Jahr fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, trotz dieses tiefgreifenden Konflikts mit Russland gibt es in diesem Jahr in der internationalen Politik auch manches, das positiv überrascht und das Mut macht, zum Beispiel die Einigung der E3+3, also unter Beteiligung Russlands und Chinas, mit dem Iran auf einen gemeinsamen umfassenden Aktionsplan im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm. Dieser Aktionsplan beruht nicht auf Vertrauen oder der Vermutung, wie der Iran in zehn oder 15 Jahren aussehen könnte, sondern auf sehr detaillierter Kontrolle, um den Weg Irans zu einer Nuklearwaffe zu stoppen.

Ich möchte an dieser Stelle unserem Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier ganz herzlich danken. Er hat wirklich Stunden und Aberstunden und Tage in Genf verbracht. Danke für Ihr Mittun.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Positives sehen wir auch bei den Vereinten Nationen; denn die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben sich in New York auf eine 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung verständigt. Übernächste Woche sollen die Texte von den Staats- und Regierungschefs offiziell verabschiedet werden. Erstmals haben wir einen universell gültigen Aktionsplan mit 17 konkreten Zielen. Armutsreduzierung wird mit dem Ziel weltweiter nachhaltiger Entwicklung verbunden. Das ist ein Fortschritt.

Ich glaube, gerade diese Verabschiedung der 2030-Agenda gibt auch einen Impuls zu einer anderen wichtigen internationalen Tagung in diesem Jahr, nämlich der Klimakonferenz in Paris. Hier arbeiten Deutschland und Frankreich sehr eng zusammen. Wir wollen alles tun, damit die französischen Gastgeber eine erfolgreiche Konferenz durchführen können. Nach Kopenha-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) gen brauchen wir diesen Erfolg. Auf der Welt geschieht vieles, was uns optimistisch stimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber die wenigen internationalen Lichtblicke können nun wirklich nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Jahr 2015 für so viele Länder und vor allen Dingen für so viele Menschen bislang ein furchtbares Jahr ist. Nur wenige Flugstunden von Europa entfernt gibt es Krieg, Terror, Tod und Verzweiflung. Nie nach dem Zweiten Weltkrieg hat es so viele Flüchtlinge weltweit gegeben wie im Augenblick. In Syrien hat der Krieg inzwischen 250 000 Menschenleben gekostet. Innerhalb des Landes sind über sieben Millionen Menschen auf der Flucht. Vier Millionen Syrer haben in den Nachbarländern, in Jordanien, im Libanon, in der Türkei, Zuflucht gefunden.

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ kontrolliert weite Gebiete im Osten Syriens und im Nordwesten des Iraks. Deutschland hat hier Verantwortung übernommen. Ich erinnere an unseren Beschluss, den Peschmerga im Norden des Iraks zu helfen. Das war ein völlig neuer Schritt in unserem Herangehen, weil wir nicht die Augen verschließen konnten vor der Verfolgung der Jesiden, vor der Verfolgung anderer, auch vor der Verfolgung von Muslimen. Wir haben uns entschlossen, zu helfen, und diese Hilfe wird auch anerkannt. 3 000 irakisch-kurdische Sicherheitskräfte wurden ausgebildet. Sicherlich werden wir in Zukunft auch weiter über Möglichkeiten der Ausbildung sprechen.

- (B) Der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ ist eine der großen Herausforderungen. Es ist noch nicht sicher, dass er erfolgreich sein wird, aber wir müssen daran arbeiten. Der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ bringt uns auch immer wieder in Erinnerung, dass Kämpfer dort aus unseren Ländern kommen, aus den Ländern Deutschland, Großbritannien, Frankreich, aus europäischen Ländern. Das heißt, wir können nicht sagen: „Das ist da irgendwo ein Problem“, sondern es beschäftigt auch uns. Das ist ein Element davon, dass wir insgesamt nachdrücklich spüren, dass diese Konflikte in Syrien, im Irak nicht irgendwo stattfinden, sondern letztlich vor den Toren Europas. Diese verheerenden Konflikte sind nicht etwas, das man nur im Fernsehen sieht, sondern ihre Folgen erreichen uns.

Eine dieser Folgen ist, dass voraussichtlich bis zu 800 000 Menschen einen Antrag auf Status als Bürgerkriegsflüchtling oder auf politisches Asyl stellen werden. Das wäre die höchste in Deutschland jemals registrierte Zahl. So weit die Zahlen. Doch dahinter stehen ja Schicksale. Wir alle verfolgen, welche Tragödien sich abspielen, ob es Fotos von toten Kindern sind, die auf entsetzliche Art und Weise umgekommen sind, oder ob es das entsetzliche Leid und der Tod der Menschen in dem Lkw waren. Sie stehen exemplarisch für viele, viele Schicksale.

Deshalb sind wir in der Verantwortung. Diese Verantwortung nehmen wir wahr. Sie fordert uns. Bund, Länder und Kommunen wollen das in guter Zusammenarbeit schaffen und arbeiten daran. Heute findet ein weiteres Bund-Länder-Treffen statt. Wir haben bereits im Juni ge-

- sagt: Das ist eine nationale Aufgabe. Am 24. September werden wir dann eine Sonder-MPK mit der Bundesregierung durchführen, auf der wir hoffentlich die notwendigen Beschlüsse fassen. (C)

Die Koalition hat im Koalitionsausschuss am Sonntag gemeinsame Positionen erarbeitet, wie wir die richtige Antwort auf die augenblickliche Asyl- und Flüchtlingssituation geben. Es ist klar: Wir werden nicht einfach weitermachen können wie bisher, sondern wir werden Regelungen überdenken müssen, wir werden Regelungen zeitweise außer Kraft setzen müssen, wir müssen Abläufe verbessern, wir müssen Entscheidungen schneller fällen. Wir brauchen uns auch nicht gegenseitig die Schuld zuzuschieben, wer dies und jenes noch nicht gemacht hat, sondern wir müssen jetzt einfach anpacken und alle konkreten Hindernisse aus dem Weg räumen, um den Menschen, die zu uns kommen, zu helfen und ein friedliches Zusammenleben in unserem Land zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So wie wir schnell auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert haben, werden wir auch schnell – das ist mit den Fraktionen besprochen – auf die Herausforderungen in diesem Zusammenhang reagieren. Wir wollen noch im Oktober dieses Jahres das Paket beschließen, das die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Ich will hier nicht die einzelnen Maßnahmen referieren; die kennen Sie. Wichtig ist, dass wir in dieser Situation über ein paar grundsätzliche Gedanken sprechen.

- (D) Erstens. Diejenigen, die als Asylsuchende zu uns kommen oder als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden, brauchen unsere Hilfe, damit sie sich schnell integrieren können. Sie brauchen Hilfe, um schnell Deutsch zu lernen. Sie sollen schnell eine Arbeit finden. Viele von ihnen werden Neubürger unseres Landes werden. Wir sollten aus den Erfahrungen der 60er-Jahre, als wir Gastarbeiter zu uns gerufen haben, lernen und von Anfang an der Integration allerhöchste Priorität einräumen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir es gut machen, dann birgt das mehr Chancen als Risiken.

Zweitens. Diejenigen, die nicht vor politischer Verfolgung oder Krieg flüchten, sondern aus wirtschaftlicher Not zu uns kommen, werden nicht in Deutschland bleiben können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

So schwer ihr persönliches Leben auch sein mag, so gehört dies dennoch zur Wahrheit, und wir sprechen sie auch aus. Wir werden die Anerkennungs- und Registrierungsverfahren und auch die Rückführungen deutlich schneller und konsequenter durchführen müssen als bislang.

Drittens. Ein Land, das viele, die neu zu uns kommen, willkommen heißt, das auch viele willkommen heißt,

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) die aus ganz anderen Kulturkreisen kommen, muss auch deutlich machen, welche Regeln bei uns gelten. Auch das gehört zu einer offenen Gesellschaft. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn sich Milieus verfestigen, die Integration ablehnen, oder wenn sich Parallelgesellschaften herausbilden. Hier darf es keine Toleranz geben; auch das müssen wir von Anfang an sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Viertens. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Grundwerte und unsere Menschlichkeit von Fremdenfeinden verraten werden. Abstoßend und beschämend ist es, wenn Flüchtlingsheime angegriffen werden, wenn Menschen angepöbelt werden, wenn Menschen angegriffen werden und wenn dumpe Hassbotschaften wo auch immer verbreitet werden. Wir werden mit der ganzen Härte des Rechtsstaates dagegen vorgehen – auch im Internet, was der Justizminister jetzt ja tut.

(Beifall im ganzen Hause)

Fünftens. Die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise gelingt nicht allein auf nationaler Ebene. Sie ist eine Herausforderung für die Europäische Union, für jeden Mitgliedstaat in der Europäischen Union, und das nicht nur in praktischer Hinsicht, weil wir vielleicht sagen: Wir haben sehr viele Flüchtlinge und andere wenige. – Nein! Wenn Europa in der Flüchtlingsfrage versagen würde, dann ginge ein entscheidender Gründungsimpuls eines geeinten Europas verloren, nämlich die enge Verbindung mit den universellen Menschenrechten, die Europa von Anfang an bestimmt hat und die auch weiter gelten muss. Dafür werden wir gemeinsam kämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb müssen wir in Europa zu tragfähigen und solidarischen Lösungen kommen. Die Westbalkankonferenz in Wien vor wenigen Tagen war ein guter Beitrag.

Tragödien, wie die erstickten Flüchtlinge, die in einem Lkw in Österreich gefunden wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Wir müssen die Situation auf dem Mittelmeer, aber auch die zwischen der Türkei und Griechenland viel besser unter Kontrolle bekommen. Wir müssen effektiv gegen Schlepperbanden vorgehen. Hierfür gibt es jetzt den Einstieg in die zweite Phase der entsprechenden Operationen auf dem Mittelmeer.

Die deutschen Schiffe haben sich an der Rettung von Flüchtlingen beteiligt, und ich möchte den Soldatinnen und Soldaten der Marine, die bereits mehr als 7 200 Flüchtlinge aus Seenot gerettet haben, ausdrücklich einen herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir müssen viel enger mit den Transit- und Herkunftsstaaten zusammenarbeiten. Auch sie müssen sichtbar Verantwortung übernehmen. Wir werden im November einen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs mit den Vertretern der Afrikanischen Union auf Malta haben und darüber reden. Die Europäische Kommission wird das vorbereiten. Daneben werden wir auch das Gespräch

- mit der Türkei intensivieren müssen. Denken wir nur einmal an die Route, die von der Türkei in Richtung Ungarn und dann nach Österreich und Deutschland führt. (C)

Ich habe gestern mit dem türkischen Ministerpräsidenten telefoniert. Wir werden die Gespräche fortsetzen. Donald Tusk ist heute als Ratspräsident in der Türkei, um Gespräche mit dem Präsidenten Erdogan und mit dem Ministerpräsidenten zu führen. Hierbei wird es auf der einen Seite darum gehen, zu sagen: „Ja, die Türkei hat in den letzten Jahren sehr viel Verantwortung übernommen, und vielleicht haben wir das auch für selbstverständlich genommen und einfach gedacht, das werde schon so weitergehen“, auf der anderen Seite müssen wir aber auch eine vernünftige Kooperation mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage finden. Denn es kann nicht sein – die Türkei und Griechenland sind NATO-Mitgliedstaaten –, dass Schlepper sozusagen das bestimmende Element in einer Region sind, in der diese beiden Länder ihre Grenze haben. Das muss verändert werden.

(Zuruf der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

Wir brauchen innerhalb Europas natürlich Solidarität. Zur Stunde hält Jean-Claude Juncker seine Rede zur Lage der Union. Er wird Vorschläge für einen ersten Schritt der fairen Verteilung unterbreiten. Insgesamt brauchen wir aber eine verbindliche Einigung über eine verbindliche Verteilung von Flüchtlingen nach fairen Kriterien zwischen allen Mitgliedstaaten, also eine andere Verteilung als jetzt noch. Es wäre ja schon ein wichtiger Schritt, wenn wir das erreichen würden, was Jean-Claude Juncker heute vorschlägt, zum Beispiel eine erste Diskussion auf dem Rat der Innen- und Justizminister am nächsten Montag. (D)

Wir können nicht nur sagen: „Wir verteilen eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen“, sondern wir müssen auch überlegen, wie wir mit den Flüchtlingen, die bei uns ankommen, umgehen. Man kann hier keine Höchstgrenze setzen und sagen, dass man sich darüber hinaus nicht darum kümmert,

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

sodass dies die Sache von zwei, drei oder vier Ländern ist, sondern es muss hier eine europäische Verantwortung geben. Nur so werden sich alle Mitgliedstaaten auch um die Behebung von Fluchtursachen und internationalen Konflikten kümmern. Auch das ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sechstens. Die geopolitische Situation, ob es der Bürgerkrieg in Syrien ist, ob es der islamistische Terror im Nordirak ist, ob es die politischen Systeme in Eritrea oder Somalia sind, wird sich nicht über Nacht ändern. Selten haben wir in diesem Haus gespürt, wie eng die Innenpolitik, die Entwicklungspolitik und die Außenpolitik zusammenhängen. In Europa wird oft gesagt, es gebe keinen Unterschied mehr, ob die europäische Politik ein wenig mehr Innen- oder mehr Außenpolitik ist. Die Globalisierung bringt uns in eine Situation, in der wir

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) plötzlich merken: Wenn wir – auch über die europäischen Grenzen hinaus – außen- und entwicklungspolitisch etwas nicht tun, dann kann das innenpolitisch gravierende Folgen haben. Das – davon bin ich zutiefst überzeugt – wird die Realität des 21. Jahrhunderts sein. Das ist der Anfang und nicht das Ende einer Entwicklung, und wir müssen lernen, darauf zu reagieren. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Siebtens. Wir erleben immer wieder, dass es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschland, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke. Sehr oft haben wir diese Herausforderungen zusammen mit Frankreich bewältigt. Auch jetzt haben wieder der französische Präsident und ich, nach Vorarbeit der Innenminister, Vorschläge an die Kommission gemacht, wie wir die Flüchtlingssituation besser meistern können. Aber wir erleben auch Situationen wie jetzt am Wochenende, als wir zum Beispiel gemeinsam mit Österreich eine Entscheidung gefällt haben. Und wir haben diese Entscheidung aus humanitären Gründen gefällt.

Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden, sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben – das sollte uns Mut machen –, ist, dass es genau diese Bereitschaft und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nicht, wenn wir uns verweigern, wird es wahrscheinlich, dass wir eine europäische Lösung finden. Vielmehr wird es dann, wenn wir mutig sind und manchmal vorangehen, wahrscheinlicher, dass wir eine europäische Lösung finden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das ist aller Anstrengungen wert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so groß die Herausforderung auch ist – diese Herausforderung ist lang andauernd, und sie ist groß; ich mache mir da überhaupt keine Illusionen –, so sehr bin ich überzeugt, dass Deutschland sie bewältigen kann. Mehr noch: Ich bin überzeugt, dass wir es nicht nur können, sondern dass wir, wenn wir es gut machen, wenn wir es mutig angehen, wenn wir nicht verzagt sind, sondern Ideen suchen, wenn wir kreativ sind, letztlich nur gewinnen können. Das sollte uns leiten bei der Bewältigung dieser Herausforderung.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Katrin Göring-Eckardt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Bevor ich auf die Flüchtlinge in unserem Land und in Europa und ihre Situation zu sprechen komme, will ich gern auf zwei Dinge eingehen, Frau Bundeskanzlerin, die Sie hier in Ihrem Rechenschaftsbericht erwähnt haben und die vielleicht wenigstens eines Faktenchecks bedürfen.

Der erste Punkt. Sie haben gesagt, die Bundesregierung hätte einen Schwerpunkt auf Investitionen gelegt. Wir haben in der Tat einen gigantischen Investitionsstau in unserem Land. Schienen, Straßen, Brücken, Schulen und vieles andere liegen im Argen. Diese Last wird vor allen Dingen von den Kommunen und Ländern getragen. Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie sich Ihren Haushalt anschauen und wenn Sie sich die mittelfristige Finanzplanung anschauen, dann sehen Sie: Investitionsquote unter 10 Prozent mit sinkender Tendenz bis 2019. Sie sollten hier ehrlich sein, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt. Sie haben sich in einem Nebensatz regelrecht verraten, indem Sie gesagt haben, TTIP wäre jetzt in diesem Haus nicht das Thema.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Den Eindruck haben wir auch. Die Unterlagen zu den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen sind nämlich keinem einzigen Bundestagsabgeordneten zugänglich. Aber 139 Personen können diese Unterlagen im Auftrag der Bundesregierung in der amerikanischen Botschaft einsehen. Das verstehe ich nicht unter Parlamentarismus, und das verstehe ich nicht unter Transparenz. Dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn die Leute dagegen auf die Straße gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir erleben in Deutschland derzeit ein echtes Septembermärchen: Am Münchner Hauptbahnhof, in Dortmund, in Saalfeld

(Ulli Nissen [SPD]: In Frankfurt!)

Und auch in vielen anderen Orten stehen Menschen an den Bahnsteigen mit Essen und Trinken, mit Rat und Tat. Wir sind plötzlich Weltmeister der Hilfsbereitschaft und Menschenliebe. „Die Welt zu Gast bei Freunden“ – das bekommt plötzlich eine ganz andere Bedeutung. Und ich kann zum ersten Mal sagen, dass ich uneingeschränkt stolz auf mein Land bin, wären da nicht schon wieder Unterkünfte angezündet worden. Doch die Nazis sind in der Minderheit, und sie bleiben es auch.

Was mich bewegt, ist der Ruck, der durch die Zivilgesellschaft geht. Es gibt Menschen, die bei der Bereitstellung von Unterkünften anpacken und Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen – wie unser Kollege Martin Patzelt. Sie bringen ihnen Deutsch bei, vermitteln sie in Arbeit und binden sich sogar lebenslang mit Bürgschaften. Sie zeigen, dass Deutschland ein starkes und funktionsfähiges

Katrin Göring-Eckardt

- (A) ges Land ist. Davon, Frau Bundeskanzlerin, haben Sie die ganze Zeit geredet; aber eigentlich müssten diese Menschen Sie auch beschämen. Denn ohne die tausendfache Hilfe, die gerade landauf, landab geleistet wird, wären wir nicht in der Lage, die Flüchtlinge angemessen zu versorgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Sie bemühen sich hier, den Eindruck zu erwecken, als hätten Sie alles im Griff, als würde der Innenminister einen guten Job machen, als hätten die Koalitionspartner an diesem Wochenende weitreichende Beschlüsse gefasst, als könnten Sie die Defizite im Umgang mit den Flüchtlingen sozusagen „wegmerkeln“. Doch Sie stecken in einem echten Dilemma und in einer Politikkrise. Anders kann man es nicht bezeichnen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie waren vor Heidenau kein einziges Mal in einer Flüchtlingsunterkunft. Ich gebe zu, ich konnte es gar nicht glauben, dass Sie bis dahin einen Bogen um die Schicksale derer gemacht haben, deren Verwandte im Mittelmeer ertrunken sind, deren Geschwister in Aleppo sitzen und am Telefon Schüsse hören.

Sie haben, als Sie in der Schweiz diskutierten, spät, sehr spät, aber dann die richtigen Worte gefunden – auch zum Islam in unserem Land und zum Christentum. Viele sehen das Filmchen jetzt im Internet. Sie haben letzte

(B) Woche Worte gefunden und am Wochenende auch deutlich gemacht: Wir sind aufnahmebereit. Als ich Sie heute hier gehört habe, habe ich gedacht, dass Sie schon wieder im Verwaltungsmodus sind. Jetzt müssen aber Taten folgen, deutsche Flexibilität, ja, aber noch viel wichtiger deutsche Schnelligkeit. Es kann nicht sein, dass jetzt wieder Wochen verstreichen, bis verhandelt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Packen Sie bitte in die Konzepte für morgen nicht schon wieder die Rezepte von gestern: Sachleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen. Ja, sollen denn demnächst tatsächlich Drogeriegutscheine, Fahrkarten oder Zigaretten als Sachleistung ausgegeben werden? Haben die Helfer denn wirklich nichts anderes zu tun, meine Damen und Herren?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt: Wir stehen vor einem Problem von der Dimension der deutschen Einheit. Da gebe ich Ihnen auch recht. Deshalb dürfen wir aber die Fehler von damals nicht wiederholen. Der Osten besteht heute nicht nur aus blühenden Landschaften, und es hat auch mehr als ein paar Pfennige gekostet. Genauso wenig lässt sich die Flüchtlingshilfe jetzt mit einer Einmalzahlung von 3 Milliarden Euro an die Län-

der irgendwie begleichen. Das ist eine wirklich große Aufgabe. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht einfach. Zu uns kommen Menschen, die einen Bürgerkrieg, Diktatur und Verfolgung erlebt haben, Menschen aus anderen Kulturen, mit einem viel strengeren Religionsverständnis, mit Vorstellungen zu Gleichstellung und Homosexualität, die nicht die unsrigen sind. Heute geht es darum, winterfeste Quartiere zu organisieren, aber morgen schon darum, zu vermitteln, was unser Grundgesetz ausmacht. Ja, wir werden auch über unsere Werte, über unsere Identität diskutieren müssen. Und wir werden klarmachen müssen: Unsere Gesetze gelten in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Integration, das geht nicht per Koalitionsbeschluss an einem Wochenende. Deutschland funktioniert auch nicht nach dem Motto „Alte Bundesrepublik, neue Bundesländer und Flüchtlinge – und das war's dann“. Unser Land wird sich verändern, und es hat sich schon verändert. Heute haben bereits 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund, und dabei habe ich die „Ossis“ noch nicht mitgerechnet.

Welche Aufmerksamkeit, welche Energie und welche Ressourcen lassen wir denen zukommen, die heute schon in unserer Gesellschaft chancenlos sind? Auch diese Frage müssen Sie beantworten. An den Langzeitarbeitslosen in unserem Land droht der Zug der Koalitionsbeschlüsse nämlich gänzlich vorbeizuziehen. Ich halte das für unverantwortlich mit Blick auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel und die Koalition, Sie haben ein Sofortprogramm vorgelegt. Aber das reicht nicht. Bei Migration und Integration geht es um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen brauchen wir mehr: Wir brauchen einen nationalen Flüchtlingspakt. Setzen Sie sich mit allen zusammen, die Verantwortung haben und übernehmen: mit den Ländern, den Kommunen, den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und den Arbeitgebern! Es muss jetzt um die Frage gehen, wie Deutschland in 20 Jahren aussieht und was unsere Identität ausmacht, statt darum, zu verwalten und zu „merkeln“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Warum – diese Frage muss ich stellen, weil ich finde, aus der Vergangenheit zu lernen, kann auch einen Erfolg für die Zukunft bedeuten – sind wir jetzt in diesem Krisenmodus? Wegen der 800 000 Menschen, die dieses Jahr zu uns kommen sollen, wie der Innenminister prognostiziert? Vermutlich werden es mehr sein, wie Hannelore Kraft zu Recht sagt. Ja, aber diese Menschen sind schon lange unterwegs. Nur ist das der Bundesregierung nicht aufgefallen.

Ich greife willkürlich ein Jahr heraus: 2008 verzeichnete Deutschland 28 000 Anträge auf Asyl. So viele kom-

Katrin Göring-Eckardt

- (A) men derzeit in drei Tagen zu uns. Für 2008 meldete der UNHCR 42 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Heute sind es 60 Millionen. Sie hätten es sehen können.

Frau Bundeskanzlerin, die Flüchtlingspolitik ist in der Krise. Aber Sie haben den Grund dafür bisher nicht benannt. Deswegen will ich das tun: Das deutsche Sankt-Florians-Prinzip ist in sich zusammengebrochen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Prinzip, Flüchtlinge sollten möglichst weit weg von Deutschland bleiben, am besten in den Herkunftsländern, deren Nachbarländern oder jedenfalls in den Staaten der EU-Außengrenzen, ist wie ein Dominospiel zusammengeklappt.

Bevor Deutschland in die Krise kam, haben wir andere Staaten in dieselbe geschickt. Im Libanon ist heute jeder vierte Einwohner ein Flüchtling. In der Türkei leben fast 2 Millionen Flüchtlinge. Als Sie mit Herrn Erdogan geredet haben, Frau Merkel, haben Sie, hoffe ich, auch etwas zum Umgang mit der Halklarin Demokratik Partisi (HDP) und den Kurden gerade in diesem Land gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Bei uns wird ein Flüchtling auf 100 Einwohner kommen. Wie lange konnte dieses Ungleichgewicht noch weitergehen? Dieser Dominostein kippte als erster. Im letzten Jahr kamen schon 170 000 Flüchtlinge nach Italien und 43 500 nach Griechenland. Das war ein Anstieg um 280 Prozent. Jedem kritischen Beobachter war klar: Hier bahnte sich ein Kollaps an, und das europäische und deutsche Asylsystem kann nicht mehr funktionieren. Hier kippte der nächste Dominostein.

Ich will daran erinnern, was die Antworten des Innenministers waren: mehr Frontex, mehr scheinbar sichere Herkunftstaaten und eine tödliche lange Zeit keine Unterstützung der italienischen Marine bei Mare Nostrum und der Seenotrettung. Es mussten erst an einem Wochenende 1 000 Menschen ertrinken, bevor die Bundesregierung bereit war, Schiffe und Bundesmarine zu mobilisieren. Das war beschämend. Daran muss erinnert werden, damit es nie wieder passiert, auch wenn die Bilder von den ersten Seiten der Zeitungen verschwinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

In dieser Zeit wurde übrigens auch nicht über gerechte Verteilung innerhalb Europas diskutiert. Ich will Sie nur daran erinnern: 2013 konnte man sich nicht einigen, ob man in Deutschland nun 5 000 oder 10 000 Flüchtlinge aus Syrien aufnimmt. Wer heute mit dem Finger auf andere Länder zeigt, darf sich zumindest daran erinnern.

Hat sich eigentlich das Bundesinnenministerium jemals gefragt, was passiert, wenn dieser Asylschutzschirm zusammenbricht, den Sie über Deutschland gespannt hatten? Wie haben Sie die Länder und Kommunen in der Vorbereitung unterstützt? Welche Krisenpläne hatte das BMI eigentlich ausgearbeitet? Die Antwort ist ein vielfaches Nichts. Stattdessen hat Deutschland gerade einmal so viele Entscheider für Asylverfahren wie die Niederlande: 500. 250 000 Anträge liegen im Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge. Hinter jedem dieser Anträge steht ein Mensch, der nicht weiß, was die Zukunft für ihn bringt. Dieses Versagen von Verwaltung, diese Langsamkeit und dieses Sich-nicht-darum-Kümmern, dass Menschen dort eingestellt oder dahin versetzt werden – das müssen Sie sich sagen lassen, Herr Innenminister –, hat diese Krise, in der wir sind, und die Schwierigkeiten, in denen die Länder und Kommunen jetzt sind, verstärkt herbeigeführt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ist doch Quatsch!)

Wenn Sie jetzt nicht umkehren und nicht ganz schnell dafür sorgen, dass Hunderte zusätzliche Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Bearbeitung der Anträge eingestellt werden, dann werden wir in eine zunehmend schwierigere Situation kommen. Das wird dann auf dem Rücken der Flüchtlinge sowie der Kommunen und Länder ausgetragen. Das geht so nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Es geht um Flexibilität, wie die Bundeskanzlerin gesagt hat. Ja, ich bin dafür. Ich bin dafür, Standards abzusenken, wenn es um den Bau von Quartieren geht. Das ist nun einmal so in dieser Situation, auch wenn uns das nicht gefällt und das nicht von Dauer sein darf. Bund und Länder sollen nun 3 Milliarden Euro bekommen. Wofür soll das eigentlich reichen? Mit welchen Flüchtlingszahlen rechnet man? Soll dieser Betrag für 150 000 Flüchtlinge, für 300 000 Flüchtlinge, von denen wir zu Beginn dieses Jahres ausgingen, oder für 800 000 bzw. 1 Million Flüchtlinge, von denen andere ausgehen, reichen? Was wir jetzt brauchen, ist Verlässlichkeit. Die Kommunen müssen wissen, welchen Betrag pro Flüchtling sie erhalten und dass sie diesen Betrag vom Bund auf jeden Fall bekommen, egal wie viele Flüchtlinge kommen; darauf kommt es jetzt an. Es darf kein Geschenk geben, nur weil alle wieder einmal laut schreien. Wichtig ist Verlässlichkeit. Diese kann man von der Bundesregierung erwarten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die Entwicklungen in Europa und die außenpolitische Situation angesprochen. Aber es kann doch nicht sein, dass wir noch immer keine sicheren Wege nach Europa haben. Es kann doch nicht sein, dass man noch immer einem Schlepper 1 000 oder sogar 4 000 Euro zahlen muss, obwohl ein Flug von Bodrum nach Berlin nur 77 Euro kostet. Schlepperbekämpfung betreibt man am besten mit sicheren Wegen. Das macht man nicht, indem man nur so tut, als würde man Schlepper bekämpfen, aber letztendlich „Schiffe versenken“ spielt. Schlepper bekämpft man, indem man sichere Wege nach Europa schafft und diesem Unwesen endlich ein Ende setzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Ich will noch ein Wort zu den sogenannten Anreizen und zur CSU sagen, die von dieser fixen Idee nicht lassen will. Ob nun Zäune errichtet werden, Gutscheine eingesetzt werden oder abgelehnte Asylbewerber schlechter behandelt werden – ich glaube übrigens, dass dieser Vor-

Katrin Göring-Eckardt

- (A) schlag verfassungswidrig ist –, all das ist den Kriegs- und Armutsflüchtlingen keinen einzigen Gedanken wert. Wenn Horst Seehofer einmal mit den Flüchtlingen in den Erstunterkünften gesprochen hätte, wüsste er das. Angesichts der Äußerungen der CSU am Wochenende habe ich mich gefragt: Warum steht der bayerische Ministerpräsident eigentlich nicht am Hauptbahnhof in München? Gibt es momentan wichtigere Aufgaben als das?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Steinmeier, im April letzten Jahres – ich habe das extra nachgeschaut – haben wir Sie auf den Schwarzhandel mit Visa in Beirut aufmerksam gemacht. Seither ist die dortige Visastelle etwas ausgebaut worden.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Etwas?)

Aber die Wartezeit auf ein Visum beträgt in Beirut noch immer ein halbes und in Ankara fast ein ganzes Jahr. Hier geht es um Familienzusammenführung und Menschen, die unter furchterlichen Bedingungen leben und zu uns kommen dürfen. Sie müssen warten, weil die Administration nicht funktioniert. Ich akzeptiere das nicht und erwarte von Ihnen, dass Sie dort Abhilfe schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Frau Bundeskanzlerin, in der Finanzkrise haben Sie bemerkenswerte Ruhe und Schnelligkeit – darauf haben Sie selbst hingewiesen – an den Tag gelegt. Aber dann kam erst einmal nichts, keine Bankenregulierung und keine effiziente Aufsicht. Kurze Zeit später stolpert Europa in die Griechenland-Krise. Beispiel Atomausstieg: Unter dem Eindruck der Ereignisse in Fukushima korrigierten Sie Ihren Fehler beim Atomausstieg. Aber seither dümpelt die Energiewende vor sich hin. Ich kann nur hoffen, dass es diesmal anders ist und dass Sie nun vorausschauend und auf Dauer handeln.

Ein starkes Land wie unseres kann die Aufnahme von Schutzsuchenden stemmen. Wir können das Zusammenleben organisieren und die Menschen mit ihren Befürchtungen und Ängsten mitnehmen. Aber dafür braucht es mehr als technokratisches Administrieren, nämlich Empathie, Überzeugungskraft und eine entschlossene Haltung gegenüber fremdenfeindlichen Tendenzen, wie Sie selber gesagt haben. Ich hoffe sehr, dass das so bleibt. Dafür kann ich Ihnen auch die Mitarbeit der Grünen zusagen.

Da gibt es ein paar Grundsätze: Jede und jeder hat das Recht, überprüfen zu lassen, ob er oder sie Anspruch auf Asyl hat. Weil es dieses Grundrecht gibt, meine Damen und Herren, kann es schon rechtslogisch gar keinen Asylmissbrauch geben. Deswegen: Hören Sie auf, solche Worte zu benutzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Kollege Straubinger, Ihnen kann ich nur sagen: Gehen Sie doch rüber. Gehen Sie einmal nach Damaskus, und schauen Sie sich an, wie es sich dort gerade lebt. (C)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Warum? Er ist Deutscher!)

Treffen Sie doch einmal ein paar Flüchtlinge, statt vom Schreibtisch aus die Welt zu erklären. Jetzt zu sagen, man könne auch nach Syrien abschieben, das finde ich der Situation nicht angemessen. Ich finde, das ist den Flüchtlingen gegenüber eine Katastrophe. Sie schüren Unsicherheit, und Sie schüren damit zugleich noch Ressentiments. Hören Sie damit sofort auf!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das, was uns die Bürgerinnen und Bürger jetzt gerade vormachen, können wir nutzen, etwa als Aufbruch. Ich meine die Humanität, die Freundlichkeit und auch die Bereitschaft, etwas über die eigene Kraft hinaus zu tun. Wir können es aber auch nutzen, um klarzumachen: Das geht weiter. Ja, wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz, damit die Neubürger, von denen Sie gesprochen haben, Frau Bundeskanzlerin, irgendwann zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern werden können. Ich frage mich, wie viel Unterstützung hat eigentlich Ihr Generalsekretär dafür?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, so groß Ihr Fortschrittsvorsprung gefühlt auch sein mag, leider ist Ihnen recht spät aufgefallen, dass Sie wenigstens ein „Einwanderungsgesetz light“ wollen. Lieber Sigmar Gabriel, da müssen Sie sich vielleicht fragen: WwTst? – Was würde Til Schweiger tun? Wir werden einen entsprechenden Entwurf hier noch einmal zur Abstimmung stellen, und dann können auch Sie für ein Einwanderungsgesetz stimmen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Flüchtlingspolitik, ja, das ist eine europäische Aufgabe. Wir sind das potenteste Land in Europa, und aus dieser Stärke folgt dann eben auch Verantwortung. Die Verantwortung darf aber eben nicht heißen: „Was ist gut für Deutschland?“, sondern muss heißen: Was ist gut für Europa? Das ist der qualitative Schritt, um den es geht. Wir können hier nicht über die Lasten der Flüchtlingsaufnahme stöhnen und weiter jeden Elan bei der Bekämpfung der Fluchtursachen vermissen lassen.

Das gilt aber übrigens auch für die Bekämpfung der Fluchtursachen auf dem europäischen Kontinent. Wer Geld in Staaten mit korrupter Verwaltung gibt, muss kontrollieren, wo und wie dieses Geld ankommt, und zwar erst recht, wenn es um die Verbesserung der Situation der Schwächsten, nämlich der Roma in einigen Balkanstaaten, geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Wer, wie Herr Juncker das getan hat, das Signal an den Westbalkan sendet, dass Europa nicht dorthin kommt, muss sich nicht wundern, dass sich die Menschen auf-

Katrin Göring-Eckardt

- (A) machen, um in dieses Europa zu kommen. Deswegen ist der Arbeitsmarktzugang für diese Menschen so wichtig. Wir helfen an dieser Stelle ja gern mit Ideen. Haben Sie sie aufgenommen? Ich hoffe, Sie setzen sie auch so um, dass es nicht nur bei Überschriften bleibt, die eine Beruhigungsspielle sein sollen.

Herr Gysi, vielleicht können Sie das Ihrer Fraktion als Abschiedsgeschenk ins Stammbuch schreiben: Wer Europa immer nur schlechtredet, kann auf der anderen Seite nicht an die europäische Solidargemeinschaft appellieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD und der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Es ist immer viel leichter, das Böse in den USA zu sehen, als sich selber Gedanken über Fluchtursachen und über eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa zu machen.

(Ulli Nissen [SPD]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, vor eineinhalb Jahren begann die Debatte über mehr Verantwortung in der Welt. Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung war das sehr schnell eine Debatte über den Einsatz militärischer Mittel. Da passt es ja ganz prima, wenn der Wirtschaftsminister munter im Namen der Wirtschaftsförderung Rüstungsgüter in autokratische Staaten und in Krisenregionen exportiert. Ich weiß, dass Sie das nervt, Herr Gabriel. Ich werde es trotzdem immer wieder sagen. Ich werde es auch laut sagen, weil Sie sich an dem messen lassen müssen, was Sie selber überall versprechen und wie einen heiligen Gral mit sich herumtragen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört es auch, dass wir mit unseren Exportüberschüssen verhindern, dass schwächere Länder eigene rentable Wirtschaftsstrukturen aufbauen können; vielmehr zerstören wir vielerorts die kleinbäuerliche lokale Landwirtschaft und lassen durch unser „Geiz ist geil“ im Fleischkonsum ganze Weltregionen über die Klinge springen.

Vielleicht hoffen Sie ja, dass angesichts der gegenwärtigen Situation und wegen der Aufnahme der Flüchtlinge die Klimakrise aus dem Blick gerät. Falsch! Während Barack Obama trotz des beginnenden Wahlkampfes sein politisches Gewicht mit Blick auf die Klimaschutzabkommen in die Waagschale wirft, verharrt die Bundesregierung im Mittelmaß.

Es gibt viele Lichtblicke auf der Welt. – Das haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, vorhin gesagt. Das stimmt – nur leider nicht bei uns. Auf dem internationalen Parkett reden Sie von Klimaschutz, aber dann vergessen Sie auf dem Heimweg immer, dass Sie zu Hause auch liefern müssen. Jetzt ist die Gefahr riesig, dass Paris auf die letzte Minute ein unbefriedigendes Ergebnis erzielt, weil es eben nicht ordentlich vorbereitet ist.

Sie reden von Dekarbonisierung der Wirtschaft, aber Sie scheinen davon auszugehen, dass das irgendwie von allein passiert. Stattdessen finden sich auch in die-

sem Haushaltsentwurf wieder und wieder Milliarden für umweltschädliche Subventionen. Energiewende im Verkehrsbereich? Anstieg statt Reduzierung des Verbrauchs! Nur halb so viel Strom aus Erneuerbaren – nicht wie wir, wie Sie sich vorgenommen haben –, ja, hat das irgendwas mit Energiewende zu tun? Das ist das Gegenteil von Energiewende!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung liest, dann muss man Aktionen schon mit der Lupe suchen. Prüfauftrag, Prüfauftrag, Gutscheine für Sprit-Spar-Training bei Neuwagenkauf – eine wirklich sehr schöne Maßnahme. Wen soll das eigentlich beeindrucken? Stattdessen subventionieren Sie weiter Kohledeckschleudern, obwohl die ordentlichen Gas-kraftwerke dastehen. Das ist eine Subvention der Kohleindustrie. Das hat nichts mit Versorgungssicherheit für die Menschen und Stromkunden zu tun, sondern mit Versorgungssicherheit für die Kohleindustrie, meine Damen und Herren. Nein, wir werden dieses Thema nicht vergessen

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Schön!)

und werden Ihnen immer wieder sagen: Sie haben auch hier eine Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bleibe dabei, trotzdem: Die Flüchtlingsfrage wird die größte Aufgabe sein und bleiben. Ich habe mir den Clip angeguckt, Frau Bundeskanzlerin. Sie haben in Zürich, als Sie über den Islam sprachen, auch über das Christentum geredet und beklagt, dass man in Deutschland zu wenig Kenntnisse darüber habe, was das Pfingstfest bedeutet. Diese Chance kann ich mir jetzt nicht entgehen lassen.

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Ich weiß es!)

– Dass Sie es wissen, ist mir klar.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie auch! Das wissen wir auch!)

Als der Heilige Geist erschien, begannen die hebräisch sprechenden Jünger, plötzlich fremde Sprachen zu verstehen. Ich schlage vor: Wir nehmen dieses Bild für genau das, was Deutschland als Vision gut gebrauchen kann. Wir verstehen einander: unterschiedliche Kulturen, Religionen, Herkunft, Geschichten. Damals war es der Geburtstag der Kirche. Ehrlich gesagt, wenn wir es schaffen könnten, das Ganze jetzt als Chance zu betrachten, dann wäre das vielleicht der Geburtstag eines neuen Deutschland –

(Volker Kauder [CDU/CSU]: *Neues Deutschland*, das hatten wir mal! Das war nichts!)

wenn Sie es ernst meinen, wenn Sie es tun und wenn Sie es nicht nur verwalten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Thomas Oppermann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Katrin Göring-Eckardt, ich fand nicht alles falsch, was Sie als Kritik gesagt haben, aber angesichts der Größe der Aufgabe, mit der wir es zu tun haben, fand ich Ihre Kritik insgesamt doch ein bisschen kleinteilig.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vor allen Dingen habe ich vermisst, dass Sie wenigstens an einer Stelle sagen: Wir schaffen das. – Diese Aufgabe ist so groß, dass auch die Opposition mithelfen muss.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich gesagt! Da haben Sie wieder nicht zugehört!)

Meine Damen und Herren, was wir in diesem Sommer, was wir insbesondere am letzten Wochenende erlebt haben, das wird uns noch lange in Erinnerung bleiben. Nachdem Tausende von Flüchtlingen tagelang, zum Teil ohne Trinkwasserversorgung, in Budapest auf öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen ausharren mussten, immer verzweifelter wurden, einige sich schon aufgemacht hatten, um in Fußmärschen über die Autobahn nach Deutschland und Österreich zu kommen, hat die Bundesregierung die Entscheidung getroffen, diese Flüchtlinge aufzunehmen. Ich finde, das war eine absolut richtige, das war die einzig mögliche Entscheidung, die getroffen werden konnte.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Möglich waren noch andere, aber richtig war es!)

20 000 Flüchtlinge an einem Wochenende! Ich finde, München hat diese Situation hervorragend gemeistert. Während in Budapest das Chaos und die Hilflosigkeit dominierten, gab es aus München Bilder der Hilfsbereitschaft, der Solidarität und des gegenseitigen Respekts. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes und bei allen Ehrenamtlichen, die das geleistet haben, ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der LINKEN)

Dank dieser Helfer zeigt sich Deutschland in diesen Tagen der ganzen Welt von seiner besten Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als am Sonntagmorgen um 6 Uhr ein Zug aus München mit 900 Flüchtlingen in Braunschweig ankam, hatten Stunden zuvor schon die Malteser, die Johanniter, das Rote Kreuz und die freiwillige Feuerwehr aus den Braunschweiger Ortsteilen mitten in der Nacht dafür gesorgt, dass die Flüchtlinge aufgenommen werden können, dass

sie versorgt werden können, bis sie weiterverteilt werden. Ich finde, das ist großartig. **(C)**

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In der Griechenland-Krise haben wir gelernt, wie unerlässlich ein funktionierendes Staatswesen ist. In der Flüchtlingskrise sehen wir jetzt, wie unschätzbar wertvoll eine mitfühlende, aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese Hilfsbereitschaft gehört zu den wertvollsten Tugenden, zu den wertvollsten Ressourcen unserer Gesellschaft. Sie macht unser Land stark, sie hält es zusammen, und sie zeigt uns allen: Wir können es schaffen. Ich bin überzeugt: Auf Dauer kann diese Kraft weit über die Flüchtlingsfrage hinaus unser Land positiv verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Deutschland ist gewiss ein starkes Land. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung. Wir werden auch in Zukunft mehr Flüchtlinge aufnehmen als andere. Aber zu einer realistischen Bewertung unserer Kräfte gehört auch, dass wir sagen: Allein mit Schweden und Österreich an unserer Seite können wir es nicht schaffen. Ganz Europa muss sich der Verantwortung für die Flüchtlinge stellen. Das können nicht einzelne Länder schaffen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich finde, der schwedische Premierminister Stefan Löfven, der gestern bei der Kanzlerin war, hat recht, wenn er sagt: Die Flüchtlingskrise ist eigentlich in Europa keine Flüchtlingskrise, sondern eine Verantwortungskrise. **(D)**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jedem muss doch klar sein: Wenn sich die Europäische Union nicht auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge nach festen Quoten einigen kann, dann steht eine der größten Errungenschaften dieser Union infrage, nämlich die offenen Grenzen. Wir wollen die offenen Grenzen verteidigen. Aber dafür brauchen wir eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zehntausende Flüchtlinge auf der Balkan-Route, überfüllte griechische Inseln – all das zeigt: Die alte Ordnung funktioniert nicht mehr, und zwar nicht erst, seitdem Deutschland die Anwendung von Dublin III auf syrische Flüchtlinge ausgesetzt hat. Es ist doch schon länger klar, dass die Ankunftslander wie Italien, Griechenland oder jetzt auch Ungarn damit überfordert sind, die große Zahl der Flüchtlinge allein zu bewältigen. Darüber – das muss man ehrlicherweise sagen – haben wir selber lange genug hinweggesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein erster richtiger Schritt ist es jetzt, dass die EU Aufnahmezentren zur Registrierung der Flüchtlinge in den Ankunftslanden zusammen mit dem UNHCR aufbaut. Aber im Grunde genommen brauchen wir einheitliche

Thomas Oppermann

- (A) Asylregeln in ganz Europa; denn nur wenn Flüchtlinge innerhalb Europas gleichbehandelt werden, wird der Verschiebepipeline für Flüchtlinge in Europa enden. Ich finde, dieser Verschiebepipeline muss aufhören, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube auch, dass Deutschland mit seinem mutigen Vorgehen viele in Europa wachgerüttelt hat. Viele Menschen schauen auf Deutschland und fragen sich: Warum sind unsere Regierungen nicht dabei? Immerhin will jetzt auch David Cameron Flüchtlinge aufnehmen: 20 000 Syrer in vier Jahren, so viel wie am vergangenen Wochenende in München angekommen sind. Ich finde, das darf nicht das letzte Wort von David Cameron sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mit aller Entschlossenheit müssen wir jetzt auch die Fluchtursachen bekämpfen; denn Menschen auf der Flucht in Europa Asyl zu gewähren, ist immer nur die zweitbeste Lösung. Die bessere Lösung ist, dafür zu sorgen, dass sie gar nicht erst fliehen müssen.

Dabei brauchen vor allem die Anrainerstaaten der Herkunftsländer dringend Hilfe. In Jordanien, im Libanon, in der Türkei verlassen jeden Tag Tausende Menschen die Flüchtlingslager, weil dort katastrophale Verhältnisse herrschen. Das UN-Flüchtlingswerk braucht in diesem Jahr 4,5 Milliarden Euro, um die Menschen in den Lagern um Syrien herum angemessen zu versorgen. Aber im Augenblick stehen nur 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Wenn der UN-Flüchtlingskommissar aus Finanznot die Lebensmittelrationen kürzen muss, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn immer mehr Flüchtlinge aus diesen Lagern weiterziehen nach Europa.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Lücke muss die internationale Staatengemeinschaft schließen. Ich bin froh, dass die Koalition dafür 400 Millionen Euro bereitstellen will. Aber das wird nicht reichen. Deshalb bitten wir den Entwicklungshilfeminister, zu prüfen, welche Umschichtungen in seinem Etat möglich sind. Dieser wächst in diesem Jahr um 880 Millionen Euro. Aber für die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“ sind bisher nur 40 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Ich finde, wir müssen in der Entwicklungspolitik einen deutlich stärkeren Akzent auf die Fluchtursachen setzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit ihrer großartigen Hilfsbereitschaft sind die Menschen in Deutschland in den vergangenen Wochen und Monaten bei der Flüchtlingsaufnahme quasi in Vorleistung gegangen. Jetzt müssen auch die notwendigen staatlichen Entscheidungen getroffen werden. Wir müssen zeigen, dass der Staat die Lage im Griff hat und fähig ist, die Aufnahme der Flüchtlinge so zu gestalten, dass der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht verloren geht.

Deshalb hat die Koalition am vergangenen Wochenende ein kräftiges Paket beschlossen. Wir werden die

Unterbringung der Flüchtlinge verbessern und die Asylverfahren beschleunigen. Unser Ziel ist es, dass nur noch Flüchtlinge mit Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden, damit sich diese von Anfang an voll und ganz auf die Integration konzentrieren können. (C)

Wir werden neue Erstaufnahmeplätze finanzieren und das Abweichen von Baustandards erlauben, um jetzt schnell handeln zu können. Am wichtigsten ist natürlich, dass wir die Länder und Kommunen mit 3 Milliarden Euro unterstützen. Denn wir dürfen die Sorgen der Menschen, die hier leben, nicht vergessen. Die Kommunen müssen trotz der Aufnahme von Flüchtlingen handlungsfähig bleiben. Das ist der entscheidende Faktor für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben am Sonntag auch entschieden, dass unser Bildungssystem und der Arbeitsmarkt für die Flüchtlinge schnell geöffnet werden müssen. Das ist von großer Bedeutung. Wir dürfen die Fehler nicht wiederholen – darauf hat die Bundeskanzlerin auch hingewiesen –, die wir bei den Gastarbeitern gemacht haben. Bei ihnen haben wir auf schnelle Integration verzichtet in dem Glauben, sie würden uns bald wieder verlassen. Das war ein schwerer, ein folgenreicher Irrtum.

Auch die meisten Flüchtlinge aus Kriegsgebieten werden auf Dauer bei uns bleiben. Das dürfen wir nicht nur als Belastung sehen. Das müssen wir auch begreifen als eine große Chance für eine alternde Gesellschaft, junge Fachkräfte zu gewinnen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir es dieses Mal besser machen, dann können nicht nur die Flüchtlinge von Deutschland, dann kann auch Deutschland von den Flüchtlingen profitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb müssen wir jetzt unsere volle Konzentration richten auf Kita, Schule, Spracherwerb, Ausbildung, Beschäftigung. Bei den Flüchtlingen, die ohne Ausbildung zu uns kommen, ist es genauso wie bei denen, die bei uns leben und keine Ausbildung haben. Ich bin davon überzeugt, dass sich jeder Euro, den wir heute in Ausbildung und Qualifizierung stecken, in Zukunft um ein Vielfaches auszahlen wird. Die Frage, wie lebenswert Deutschland in 10 oder in 20 Jahren sein wird, hängt davon ab, wie wir heute mit den Flüchtlingen umgehen, wie wir sie aufnehmen und wie wir sie integrieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zur Wahrheit dieses Sommers gehört aber auch, dass nicht nur Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte zu uns kommen, sondern auch viele Menschen, insbesondere aus dem Balkan, die Arbeit und ein besseres Leben suchen. Dafür habe ich ganz viel Verständnis. Aber diese Leute haben keine Chance, bei uns Asyl zu bekommen. Deshalb, finde ich, ist es auch ein Gebot der Fairness, ihnen das ganz klar zu sagen, damit sie nicht weiterhin immer wieder ihre gesamten Ersparnisse den Schleusern

Thomas Oppermann

- (A) anvertrauen. Deswegen ist es auch richtig, dass wir über die Anträge aus diesen Ländern in einem vereinfachten Verfahren entscheiden.

Bei der Frage der sicheren Herkunftsländer geht es nicht darum, die Flüchtlinge in gute und schlechte Flüchtlinge einzuteilen, sondern es geht um unterschiedliche Grade der Schutzbedürftigkeit. Weil wir nicht alle aufnehmen können, müssen wir uns auf die besonders Schutzbedürftigen konzentrieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die richtige Antwort ist deshalb ein Einwanderungsgesetz,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

ein Einwanderungsgesetz, mit dem wir die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitnehmern steuern können. Ich bin froh, dass wir uns immerhin darauf verständigt haben, in begrenzter Zahl Arbeitsvisa für qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Westbalkan zu vergeben, die in Deutschland einen tarifgebundenen Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben. Auch wenn es in der Koalition noch keine Einigung über ein Einwanderungsgesetz gibt – das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sosehr uns die Hilfsbereitschaft in unserem Land in den letzten Wochen beeindruckt hat, so besorgt macht uns die rechte Hetze, die sich derzeit in den Kommunen und in den sozialen Medien ausbreitet. Das ist unerträglich, und dagegen müssen wir mit aller rechtsstaatlich gebotenen Härte vorgehen. Ich finde gut, dass Heiko Maas, unser Justizminister, jetzt auch die Hetzparolen im Internet zum Thema gemacht hat. Facebook und Twitter müssen stärker prüfen, was gelöscht werden muss.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Freiheit im Netz!)

Das Internet darf nicht zu einem Ort des Hasses und der Hetze gegen Ausländer werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Die Chancen, rechtsextreme Gewalttäter in Deutschland politisch zu isolieren, sind heute größer als vor 20 Jahren. Die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen empfindet eine tiefe Abscheu gegen Menschen, die Brandsätze in Flüchtlingswohnheime werfen. Viele dieser Gewaltakte werden von der NPD organisiert oder gefördert. Das sollte sorgfältig dokumentiert werden, damit bei den anstehenden Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht keine falschen Vorstellungen über den gewalttätigen Charakter dieser Partei existieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber es genügt natürlich nicht, nur die NPD zu verbieten. Jeder einzelne von uns muss sich den Rechts-extremen entgegenstellen, so wie es der Bürgermeister von Heidenau gemacht hat, als der rechte Mob durch die Straßen seiner Stadt zog und Polizei und Asylbewerber bedrohte. Das ist ein vorbildliches Verhalten. Solche mu-

- tigen Menschen wurden in Sachsen viel zu lange allein-gelassen. Ich hoffe, das ändert sich jetzt. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Auch wenn die gesamte öffentliche Aufmerksamkeit im Augenblick der Flüchtlingsfrage gilt, dürfen wir darüber die anderen politischen Fragen nicht vergessen. Deutschland ist ein Land mit stabilem Wachstum. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote und den höchsten Stand der Beschäftigung seit der deutschen Einheit; wir haben wachsende Steuereinnahmen. Aber die Börsenturbulenzen in China zeigen, wie schnell die internationale konjunkturelle Lage sich ändern und wie schnell damit auch die deutsche Exportwirtschaft unter Druck geraten kann. Deshalb ist es gut, dass wir in dieser Koalition mit dem Mindestlohn, mit den hohen Tarifabschlüssen

(Jutta Krellmann [DIE LINKE]: Das haben Sie aber nicht gemacht!)

und mit Investitionen eine starke Binnenwirtschaft als zweites wirtschaftliches Standbein geschaffen haben. Der Export bleibt natürlich für unser Land eminent wichtig; aber wir haben jetzt durch wachsende Kaufkraft eine starke Binnenwirtschaft, und das hilft uns sehr.

Mit unserem Haushaltsentwurf für 2016 zeigen wir, dass diese Koalition die Infrastruktur unseres Landes weiter im Auge hat. Wir investieren in Verkehrswege, in schnelle Netze, in unsere Kommunen, in die Sicherheit, und ich hoffe, dass sich die Bundesregierung bei ihrer Klausur in Meseberg auch darauf verständigen kann, dass wir die Finanzierung von jungen, wachsenden Unternehmen verbessern. Berlin ist inzwischen bei Unternehmensgründungen dynamischer als London. Aber mit der Gründung ist es nicht getan. Die Unternehmen brauchen auch Kapital, um sich zu größeren mittelständischen Unternehmen entwickeln zu können. Das Wachstum neuer Ideen ist von entscheidender Bedeutung für unsere Wettbewerbsfähigkeit, und deshalb müssen wir dringend etwas tun, um diese Start-ups auch in späteren Phasen gut mit Kapital auszustatten. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Haushaltsentwurf 2016 ist der dritte ausgeglichene Haushalt in Folge. Wir sind zuversichtlich, dass das auch am Ende des Jahres so bleibt. Das zeigt, wie richtig es war, in guten Jahren für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen. Damit sind wir heute in der Lage, zusätzliche Herausforderungen wie die Ankunft der Flüchtlinge ohne neue Schulden zu bewältigen. Das schafft Spielräume, die wir nutzen können. Wirtschaftliche Stärke schafft Kraft für Solidarität. Ich finde, diesen Weg sollten wir weitergehen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Volker Kauder ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ewald Schurer [SPD])

(A) **Volker Kauder** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2016 stehen ganz im Zeichen der vielleicht größten Herausforderungen, die wir im Nachkriegsdeutschland zu bewältigen haben. Der Bundesfinanzminister hat gestern darauf hingewiesen, dass dies nun die Priorität der nächsten Zeit ist, der wir uns zuwenden müssen. In der Vergangenheit wurde er manchmal kritisiert: Er sehe nur die schwarze Null, er sehe nur Haushaltskonsolidierung. Aber heute, auch in dieser Debatte, nehme ich wahr, dass alle froh sind, dass wir in dieser Koalition die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, jetzt nicht kleinkariert über das notwendige Geld reden zu müssen, sondern das Geld zu haben, das notwendig ist, und zwar als Ergebnis einer hervorragenden Haushalts- und auch Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gestern habe ich die eine oder andere Stimme gehört, die sagte, das sei das Ergebnis einer gut laufenden Wirtschaft. Dazu muss ich sagen: Ja, wir haben eine stabile Konjunktur, und die Wirtschaft ist stark. Aber: Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, dann sehen wir: Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, dann kann die Wirtschaft auch keine richtigen Ergebnisse produzieren. Wenn daher der Satz fällt, ein Teil des Ergebnisses, das wir haben, sei bedingt durch eine florierende Wirtschaft, dann möchte ich, dass wir auch in Zukunft und gerade jetzt, da die Herausforderungen groß sind und wo es nicht nur eine gesamtpolitische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gibt, zu der die Wirtschaft gehört, alles dafür tun, dass diese Wirtschaft entsprechende Rahmenbedingungen hat und dass sie weiter so erfolgreich arbeiten kann.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, dass es nun ernst wird mit dem von uns auf den Weg gebrachten Bürokratieabbau. Da sollten wir jetzt die Chance nutzen, die diese Herausforderung bietet, und überlegen, ob alles, was wir in der Vergangenheit an Bürokratie aufgebaut haben, tatsächlich notwendig ist. Bei den jetzt anstehenden Gesetzesvorhaben – es sind ja einige bereits angekündigt: aus dem Arbeitsministerium, aus anderen Ministerien – werde ich schon noch mal darauf hinweisen: Wir haben den Grundsatz mit dem schönen, neuen deutschen Wort „One in, one out“ beschlossen. Wenn ein neues Gesetz mehr Bürokratie bringt, muss sie an anderer Stelle abgebaut werden. Da bin ich mal sehr gespannt, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Großen Koalition, ob wir dazu die Kraft haben. Wir müssen sie haben, damit der Satz auch in Zukunft stimmt: Jawohl, es ist ein Gesamtergebnis – gute Haushaltspolitik und eine funktionierende Wirtschaft –, das uns zum Erfolg bringt und uns jetzt die Aufgaben lösen lässt, die wir haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Also: Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, bleibt ein zentrales Thema.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe schon in meiner letzten Rede darauf hingewiesen: Das, was

Griechenland anbelangt, ist schon eine Aufgabe, aber das, was bei der Flüchtlingsthematik auf uns zukommt, könnte eine noch wesentlich größere Herausforderung werden. – Dies trifft jetzt ja auch zu. Aber wir können es schaffen. Ja, ich bin sicher, dass wir dies in der Großen Koalition zusammen mit den Bundesländern und der Opposition – ich finde, bei den ganz großen Fragen sollte sich auch eine Opposition nicht verweigern, wenn es um eine gesamtpolitische, gesamtgesellschaftliche Aufgabe geht – schaffen können.

(C)

Ich finde, es müssen ein paar zentrale Botschaften gesagt werden:

Erstens. Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, einen Asylgrund haben und damit über eine längere Zeit in unserem Land bleiben werden, müssen nicht nur menschenwürdig in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht werden, sondern es muss auch alles getan werden, damit sie sehr schnell den Weg mitten in unsere Gesellschaft und auf den Arbeitsmarkt schaffen. Das ist die große Herausforderung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die zweite Botschaft. Thomas Oppermann hat es auch klar gesagt: Man kann ja aus persönlichen Gründen verstehen, wenn der eine oder andere sagt: Ich suche mir ein Land, in dem ich mit meiner Familie größere Chancen habe als in meiner Heimat. – Ich weiß, wovon ich rede: Vor über 100 Jahren sind die Menschen aus der Schwäbischen Alb nach Amerika ausgewandert, weil die Scholle sie nicht mehr ernährt hat. Aber es ist auch klar, dass wir sagen müssen: Diejenigen, die keinen Asylgrund haben und trotzdem kommen, müssen so schnell als möglich wieder in ihre Heimat zurückkehren. – Diese Botschaft muss klar sein, und da darf man auch keine Kompromisse machen. Um diejenigen, die einen Grund haben, zu bleiben, kümmern wir uns mit ganzer Kraft, und die anderen können eben nicht in diesem Land bleiben. –

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine weitere Botschaft.

Drittens. Europa steht mit dieser Aufgabe vor einer noch größeren Herausforderung als wir in Deutschland. Denn da geht es nicht nur darum, ob Europa jetzt eine Aufgabe lösen kann, sondern es geht ganz konkret darum, ob wir alle den Eindruck gewinnen, dass Europa nicht nur stark ist, wenn es um kleine Fragen geht, sondern dass Europa auch gerade dann stark ist, wenn es um große Herausforderungen geht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich kann nicht erkennen, dass sich bisher in Europa etwas signifikant geändert hat. Jede kleinkarierte Frage, ob nun etwas in einem Nationalstaat in Ordnung ist oder nicht, wird von den Kommissaren verfolgt und vor Gericht gebracht. Ich finde aber, dass es jetzt nicht um die Frage geht, ob da ein bisschen mehr oder weniger an Bürokratie oder an Konsequenzen zu fordern ist, sondern darum, dass wir uns alle miteinander sagen: Dieses Europa ist nicht nur die größte Friedenssicherung, sondern dieses

Volker Kauder

- (A) Europa ist auch in der Lage, größte Herausforderungen zu bewältigen, für die der eine oder andere Nationalstaat vielleicht tatsächlich zu klein ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und darum sage ich, dass es bei Europa um die Frage geht, ob die Menschen den Eindruck gewinnen: Wenn es wirklich ernst und schwierig wird, dann ist dieses Europa tatsächlich da.

Viertens. Wir alle erkennen in diesen Tagen, dass außenpolitische Konflikte und außenpolitische Fragen, die wir als weit weg betrachtet haben, für die wir uns nicht zuständig fühlten, auf einmal ganz nah an uns heranrücken und wir uns deshalb mehr um diese Fragen kümmern müssen. – Um diese vier Botschaften geht es in der nächsten Zeit.

Lassen Sie mich auf die erste Botschaft zurückkommen: für die da zu sein, die ein Bleiberecht haben und über längere Zeit in Deutschland bleiben werden. Hier geht es darum, dass wir die notwendigen Aufgaben gemeinsam lösen, und zwar jeder die Aufgabe, die er hat. Wir haben uns in der Großen Koalition zunächst einmal darauf verständigt, darüber zu sprechen: Was muss getan werden? Wer muss es tun? Welche Instrumente brauchen wir? Erst dann reden wir über das Geld. Ich muss schon sagen: Vor diesem Hintergrund kann ich manche Einlassung aus dem einen oder anderen Bundesland nicht nachvollziehen. Wir wollen uns doch auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern darüber verständigen, welche Aufgaben von wem erledigt werden müssen. Aber bevor darüber überhaupt eine Einigung erzielt ist, kommen schon einige und sagen: Die 3 Milliarden Euro reichen nicht aus. – Ja, woher wollen die das denn wissen? Wir müssen uns doch erst darüber verständigen, was gemeinsam zu tun ist. Im Übrigen: Nicht nur der Bund hat Steuermehreinnahmen, auch die Länder und Kommunen. Wenn es heißt: „Wir alle müssen uns konzentrieren“, dann gilt das nicht nur für den Bund, sondern auch für Länder und Kommunen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Bettina Hagedorn [SPD] – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Bundesländer machen das schon! Die Länder machen das jeden Tag!)

Ich bin mir sicher, dass wir darüber in den nächsten Tagen eine Verständigung erzielen werden.

Frau Göring-Eckardt, Sie haben darauf hingewiesen, dass alles viel schneller gehen müsse.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Da kann ich nur sagen: Ihre Partei ist in den vergangenen Jahren nicht gerade als diejenige Partei aufgefallen, die alles viel schneller gemacht hat. Sie haben davon gesprochen, dass wir einen Investitionsstau haben.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Das stimmt; das wissen wir. Deswegen wollen wir mehr Geld für Investitionen ausgeben, die notwendig sind, um unseren Wirtschaftsstandort voranzubringen. Aber ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass Investitionen von Ihrer Partei geradezu aufgehalten worden sind. Alle Plätze für die Schnecke, und der Rest bleibt auf der Strecke – so hieß es doch immer, wenn wir über den Straßenbau gesprochen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bin ich froh, dass Sie jetzt von diesem Pult aus anmahnen, dass Investitionen schneller vorangetrieben werden müssen. Richtig! Ich hoffe, dass Sie bei den Planungen für den Straßenbau und den Leitungsbau für schnelles Internet mit mir an der Spitze stehen,

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vergessen Sie nicht die Schiene, Herr Kauder!)

und zwar nicht, um die Proteste zu unterstützen, sondern die Investitionen. Herzlichen Dank für diese Bereitschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Kauder, die Kollegin Hänsel brennt darauf, Ihnen eine Frage zu stellen.

Volker Kauder (CDU/CSU):

Nein.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Nein. – Gut. Dann haben wir das geklärt.

Volker Kauder (CDU/CSU):

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen, nicht nur Bürokratie abbauen, sondern auch Standards senken müssen. Als ich vor 35 Jahren im Landratsamt tätig war, stand ich vor einer großen Aufgabe, als Hunderttausende von Menschen zu uns gekommen sind. Auch damals mussten konkrete Aufgaben gelöst werden. Wir haben nicht danach gefragt, ob jemand hundertprozentig qualifiziert ist, etwa durch ein pädagogisches Studium, um Kinder zu betreuen oder Sprachkurse durchzuführen. Gestern Abend habe ich gehört, wir müssten schnellstens 20 000, 30 000 Lehrer ausbilden. Ich kann nur sagen: So lange, bis diese Lehrer ausgebildet sind, können die Menschen, die jetzt Hilfe brauchen, nicht warten. Menschen, die bisher qualifizierten Sprachunterricht an einer Volkshochschule gegeben haben, können doch auch Deutschunterricht in Integrationskursen geben. Sie müssen kein akademisches Studium absolviert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Ich bitte darum, dass wir die Standards auch in diesem Bereich reduzieren; denn wir brauchen jetzt eine große Kraftanstrengung.

(C)

(D)

Volker Kauder

- (A) Herr Kollege Oppermann, ja, wenn es um die Stärkung der Wirtschaft geht, muss auch die Frage „Wo bekomme ich qualifizierte Arbeitskräfte her?“ beantwortet werden. Jetzt muss ich aber einmal Folgendes sagen: Ich kann nicht verstehen, wenn jetzt, da in diesem Jahr 800 000 Menschen erwartet werden – im letzten Jahr sind 400 000 gekommen –, so getan wird, als seien unter diesen 800 000 Menschen keine 10 000, 20 000, 30 000 oder 40 000 Menschen, die in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Bevor wir uns lange Diskussionen und Kraftanstrengungen leisten, um auf der Welt Arbeitskräfte zu suchen, ist es zuvörderst unsere Pflicht und Aufgabe, uns darum zu kümmern, dass von den jungen Menschen, die jetzt in unser Land gekommen sind, so viele wie möglich in Arbeit kommen und qualifiziert werden. Das ist die Aufgabe der Stunde. Darüber sind wir uns einig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sicher sind wir uns auch darüber einig, dass noch eine andere Aufgabe angepackt werden muss, die ich seit Jahren anmahne und bei der es im Ergebnis nicht zu Verbesserungen gekommen ist – und dafür ist, um es sehr vorsichtig zu formulieren, nicht der Bund zuständig. Ich finde, dass wir es nicht hinnehmen können, dass Jahr für Jahr etwa 70 000 junge Menschen aus unseren Schulen ohne Abschluss in die Gesellschaft entlassen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Jeder weiß: Wer bei uns keinen qualifizierten Abschluss hat, hat bei uns kaum eine Chance. Das können Sie in Thüringen ja jetzt besser machen.

(Zuruf von der LINKEN: Das machen wir auch!)

Deswegen kann ich nur sagen: Bevor wir über Einwanderung reden, sollten wir über diese 70 000 und über die Tausende, die jetzt in unser Land gekommen sind, reden. Sie brauchen eine Chance, um auf eigenen Füßen stehen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir darüber reden, wer einen Beitrag leisten kann, bin ich immer einigermaßen erstaunt darüber, dass die reichen arabischen Länder bisher nur einen geringen Beitrag leisten.

(Ulrike Gottschalck [SPD]: Ja!)

In einem Filmbericht gestern Abend sagten Muslime in Ägypten: Gott sei Dank gibt es das christliche Deutschland; denn von unseren Glaubensbrüdern in der arabischen Welt werden wir nicht aufgenommen. – Dazu muss ich sagen: Da müssen sich die islamischen Staaten einmal etwas überlegen. Das ist kein gutes Bild in der Welt. Wenn ihre Glaubensbrüder sagen: „Außer dem christlichen Europa hilft uns niemand in dieser Welt“, dann muss in der arabischen Welt einmal darüber nachgedacht werden, ob das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (C) Ich nehme die Meldung nicht besonders ernst; trotzdem möchte ich darauf hinweisen, damit nicht etwas Falsches auf den Weg gebracht wird: Ein Hilfsangebot aus der arabischen Welt, das da lautet: „Wir bauen in Deutschland 200 Moscheen“, können wir als Hilfe nicht akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen schon ein bisschen mehr als so etwas.

Eine Ausnahme muss man allerdings machen: Jordanien leistet einen großartigen Beitrag. Wir hatten in der letzten Woche den jordanischen Außenminister bei uns zu Gast. Er hat gesagt, was Jordanien trägt. Dieses Land mit 6 Millionen Einwohnern hat dauerhaft bereits 2,5 Millionen Palästinenser im Land und nimmt jetzt noch 1,5 bis 2 Millionen Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, auf. Das ist ein großartiges Beispiel dafür, dass auch ein kleines Land – zwei Drittel des Landes sind Wüste – in der Lage ist, Flüchtlinge aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkt. Als ISIS letztes Jahr im August die große Stadt Mosul gestürmt und eingenommen hat, als die Menschen zu Hunderttausenden geflohen sind, als sie vertrieben wurden, vor allem Christen und Jesiden – sie sind nach Kurdistan, insbesondere nach Erbil und Dohuk, gegangen –, war ich in dieser Region. Ich habe Tausende von Menschen in der katholischen Kirche und noch viel mehr in den Regionen vor Dohuk gesehen. Diese Menschen – Sie saßen dort in Zelten bei Hitze – haben gesagt, dass sie ganz genau wissen, dass sie in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkönnen. Sie haben gesagt, sie wünschten sich so sehr, dass sie eines Tages wieder in ihre Heimat können. Da war nicht pauschal die Rede von „Wir hauen alle ab“, sondern eher: Vielleicht können wir in unsere Dörfer zurück. – Viele Fragen wurden diskutiert, auch Flugverbotszonen. Aber sie haben auch gesagt – ich habe es hier im Deutschen Bundestag gesagt; das war ein schwerfälliger Gang –: Wenn wir in unseren Flüchtlingslagern keine Perspektive für ein einigermaßen angemessenes Leben sehen, dann machen wir uns auf den Weg.

Ich war in Jordanien in dem großen Flüchtlingslager, in dem schon einige andere Kolleginnen und Kollegen waren. Dort sind 80 000 bis 100 000 Menschen, viele aus dem Süden Syriens, einfache Bauern, die sagen: Wir können mit unserer Qualifikation in Europa gar nicht viel anfangen. Wir möchten wieder zurück. Wir warten hier jetzt einmal. – Aber wenn die erkennen, dass die Versorgung von Tag zu Tag schlechter wird, dann werden sie nicht dort bleiben. Deswegen kann ich nur sagen: Flüchtlingspolitik, die wir in unserem Land betreiben, kann sich nicht darin erschöpfen, denen zu helfen, die da sind. Vielmehr müssen wir alle, die Weltgemeinschaft und Europa, stärker als bisher dafür sorgen, dass die Menschen, die zu Millionen in den Lagern sitzen, eine Perspektive haben und sich nicht auch noch auf den Weg machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch dafür muss Geld zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Volker Kauder

- (A) In wenigen Tagen, Frau Bundeskanzlerin, tagt die Vollversammlung der UNO in New York. Vielleicht wäre es auch einmal ein Thema, sich damit zu beschäftigen, dass die Weltgemeinschaft hier Unterstützung leistet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich müssen wir uns auch darum kümmern – deswegen wird Außenpolitik so wichtig –, dass die Bedingungen in einzelnen Staaten besser werden. Ich finde, wir dürfen nicht mehr schweigen, wenn in Ländern, denen wir Entwicklungshilfe geben, die Bedingungen so miserabel sind, dass die Menschen das Land verlassen. Da müssen wir sagen: Jede Regierung, jeder Staatschef eines Landes, aus dem die Menschen weggehen, weil sie keine Perspektive haben, muss sich dafür schämen, dass das Land in einem solchen Zustand ist. Das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen glaube ich schon, dass wir jetzt nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt vor einer großen Herausforderung stehen. Ich bin sicher, dass wir sie meistern werden.

- Zur Zeit der letzten Großen Koalition haben in einer Phase wie heute viele gefragt: Was macht ihr eigentlich noch in den nächsten zwei Jahren? Jetzt ist Halbzeit, und ihr habt den Koalitionsvertrag abgearbeitet. – Als wenn sich eine Regierungskoalition ausschließlich darauf verständigt, einen Koalitionsvertrag abzuarbeiten! Während der letzten Großen Koalition kam die Finanz- und Wirtschaftskrise, und wir mussten handeln und haben, ohne dass es im Koalitionsvertrag stand, gemacht, was richtig war und Deutschland wieder auf den Weg gebracht hat. Jetzt haben wir wieder eine Aufgabe, die wir uns nicht gesucht haben, aber annehmen. Ich habe so manchen Koalitionsausschuss erlebt, nicht nur in der letzten Großen Koalition, sondern auch in der letzten kleinen Koalition, auch schon in dieser Großen Koalition, und ich muss sagen: Selten waren wir uns so einig wie am vergangenen Wochenende, was gemacht werden muss. Wenn dies in Zukunft so weitergeht, Thomas, dann bin ich ganz sicher, dass wir sagen können: Wir schaffen es.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU –
Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Die Kollegin Hänsel hat jetzt das Wort zu einer Kurzintervention.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Herr Kauder, ich wollte doch noch einmal bei Ihnen nachfragen, weil Sie im Rahmen der Flüchtlingsdebatte gerade als vierte Erkenntnis die Tatsache genannt haben, dass viele außenpolitische Konflikte, mit denen wir nichts zu tun haben, ganz plötzlich für uns hier ein Problem werden. Auch die Kanzlerin hat ja gesagt, dass die Flüchtlinge jetzt eine innenpolitische Herausforderung sind.

Das wundert mich jetzt aber etwas, da gerade Sie aus einem Wahlkreis kommen, in dem eine der größten Rüs-

tungsschmieden Deutschlands angesiedelt ist, nämlich Heckler & Koch. (C)

(Sabine Weiss (Wesel I) [CDU/CSU]: Immer die alte Leier! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Sie werden ja als Patron von Heckler & Koch genannt, und die CDU in Ihrem Wahlkreis hat Tausende von Euro Spendengelder dieser Firma erhalten. Auch die gesamte Bodenseeregion strotzt nur so vor Rüstungsfirmen; der Wohlstand dort baut vor allem auf Rüstungsproduktion und Exporten auf. Wie kommen Sie dann eigentlich zu einer solchen Aussage?

Ich möchte nachfragen, ob es eigentlich bei der CDU einen Erkenntnisfortschritt gibt, dass wir so nicht weitermachen können. Es gibt fast keinen Konflikt auf der Welt, bei dem nicht deutsche Waffen im Spiel sind.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Und russische!)

Auch Heckler & Koch, die Kleinwaffen produzieren, tragen weltweit dazu bei, dass Hunderttausende Menschen getötet werden. Die tödlichsten Waffen der Welt sind die Kleinwaffen. Ich hätte von Ihnen gerne einmal eine Antwort darauf, ob Sie so weitermachen wollen wie bisher.

Nun noch zu Ihren Glaubensbrüdern. Sie haben erwähnt, dass die Nachbarregionen keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Ich nenne hier vor allem Ihre Waffenbrüder in Saudi-Arabien. Saudi-Arabien ist ein Land, das so gut wie überhaupt keine Flüchtlinge aufnimmt, im Gegensatz zu den anderen arabischen Ländern. Ich hätte von Ihnen gerne einen Kommentar dazu. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Sabine Weiss (Wesel I) [CDU/CSU]: Verhaltener Beifall!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Kauder.

Volker Kauder (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Kollegin, Ihr Beitrag muss uns eigentlich in der jetzigen Stunde und Debatte sehr traurig machen. Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es geht. Bei Ihnen ist die große Herausforderung nicht angekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Bettina Hagedorn, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kauder, ich bin Ihnen ganz besonders dankbar dafür, dass Sie am Ende Ihrer Rede noch einmal sehr nachdrücklich und deutlich darauf hingewiesen haben, dass es vor allen Dingen auch darum geht, mit noch mehr Nachdruck Fluchtursachen zu bekämpfen. Dem will ich

Bettina Hagedorn

- (A) mich – bestimmt mit dem ganzen Haus – anschließen. Aber weil Frau Göring-Eckardt vorhin auch davon gesprochen hat, wie stolz sie und wir alle auf die Menschen in Deutschland sind für das, was sie aktuell an Solidarität leisten – das treibt einem als Politiker manchmal fast die Schamröte ins Gesicht –, muss ich, um bei der Wahrheit zu bleiben, sagen: Das ist natürlich bei der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht anders. Denn wir haben es bei dem Thema „Bekämpfung der Fluchtursachen“ ja nicht mit Neuigkeiten zu tun. Wir haben seit Jahren kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN)

und zwar in Europa, weltweit und auch in Deutschland.

Unser Fraktionsvorsitzender, Thomas Oppermann, hat darauf aufmerksam gemacht, dass der elementare Mittelaufwuchs im Entwicklungshilfeministerium – ich nenne es jetzt einmal so verkürzt – im Jahr 2016 bisher nur zu einem Bruchteil zur Bekämpfung der Fluchtursachen eingesetzt werden soll. Da muss man sagen: Hier müssen wir unser Handeln verändern und dürfen nicht nur darüber reden.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich will einen kurzen Blick 35 Jahre zurück werfen. Damals hat Willy Brandt als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission einen berühmten Bericht vorgelegt. Er hat mit seiner Kommission – leider – sehr genau prognostiziert, wie reich die Nordhalbkugel werden wird, wie arm die Südhalbkugel werden wird, was das an weiteren Konflikten, an Massenelend, an Hunger, an Not und damit natürlich auch an Flüchtlingsströmen mit sich bringen wird. All das ist heute längst eingetroffen. Ein Erkenntnisdefizit gab es also nicht, auch nicht im Deutschen Bundestag.

Für alle, die damals noch nicht dabei waren, sage ich: Ich bin im April 2007 mit Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, und zwar aus allen Fraktionen, in Spanien und Marokko gewesen. Der Titel der Reise lautete: „Flüchtlingsproblematik aus Afrika im Mittelmeerraum“. Das war das Thema, mit dem wir uns damals beschäftigt haben. Ich möchte jetzt aus einem Papier zitieren, das wir 2007 vom deutschen Botschafter vorgelegt bekommen haben. Darin heißt es:

Die Kanarischen Inseln sehen sich vor allem in den letzten fünf Jahren

– also wohlgekerkt: seit 2002 –

mit einem zuvor nie erlebten Ausmaß an illegaler Einwanderung auf dem Seeweg vom Nachbarkontinent Afrika konfrontiert. Einen Höhepunkt erreichten die Einwanderungsströme im Jahr 2006. Fast 32 000 Menschen haben in kaum seetauglichen Booten und den damit verbundenen Tragödien auf hoher See mit schätzungsweise 9 500 Toten den Archipel erreicht.

Das war 2007. Wenn man diesen Bericht liest, dann erschüttert einen schon, dass all das, was dort steht und was auch wir erfahren haben, so viel mit dem zu tun hat, was wir heute immer noch erleben.

(C) Herr Juncker stellte gerade einen Aktionsplan für Flüchtlinge auf europäischer Ebene vor. Er hat vorhin gesagt: Flüchtlinge lassen sich nicht durch Grenzen und Zäune aufhalten. – Das stimmt. Es ist trotzdem so, dass die Europäische Union damals, 2006, angesichts der Zahl von fast 10 000 Toten auf der Flucht nach Europa vor allen Dingen eines gemacht hat: Sie hat Frontex aufgebaut. Mit den Konsequenzen haben wir uns beschäftigt. Der Aufbau von Frontex hat vor allen Dingen dazu geführt, dass die Fluchtwege weiter geworden sind, dass sie gefährlicher geworden sind, dass es noch mehr Tote gegeben hat. Die Zahl derer, die sich in ihren Ländern voller Verzweiflung in Boote gesetzt und sich auf eine gefährliche Reise begeben haben, wurde dadurch nicht einmal ansatzweise gesenkt. Vor diesem Hintergrund – wir wissen das alles ja nicht erst seit vorgestern – ist es unglaublich wichtig, dass dem, was hier in vielen Reden benannt worden ist, nämlich Bekämpfung der Fluchtursachen, endlich Taten folgen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der LINKEN)

(D) Ich will mit Blick auf die erwähnte Reise noch daran erinnern: Wir waren auch in Flüchtlingslagern – einige Kollegen, die damals mit dabei waren, gehören dem Deutschen Bundestag noch an –; wir waren übrigens die ersten Abgeordneten aus einem europäischen Land, die überhaupt dort waren. Wir waren auch in Melilla, einer Enklave in Nordafrika, wie viele von Ihnen wissen. Wer kann sich eigentlich noch an die Bilder von damals erinnern? Es war 2005, als 2 000 Menschen über die 12 Kilometer lange Grenze in Melilla, die schon damals durch einen Zaun gesichert war, geklettert sind; wir haben die Bilder in den Nachrichten gesehen. Es hat dabei viele Todesopfer gegeben. Was war die Reaktion 2006? Der Zaun wurde auf 6 Meter erhöht. Geändert hat sich dadurch nichts.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Leider, leider! – Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Ja, das stimmt!)

Ich möchte jetzt auf das eigentliche Thema zu sprechen kommen. Dieser Einstieg war allerdings, denke ich, wichtig, weil es natürlich auch darum geht, was wir hier in Deutschland machen. Unser Handeln muss in eine internationale und vor allen Dingen in eine europäische Verantwortung eingebettet werden. Wie glaubwürdig wir im Hinblick auf die Idee Europa in Zukunft weltweit dastehen werden, wird sich daran messen lassen müssen, wie wir als Europäer mit dieser Herausforderung fertig werden.

Es war im Jahr 2000, nach einem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge, als Gerhard Schröder das Zitat geprägt hat:

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen, wegschauen ist nicht mehr erlaubt.

Es war Sigmar Gabriel, der 2015 bei der SPD-Veranstaltung „Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik – Jetzt!“ daraus folgenden Ausspruch gemacht hat:

Bettina Hagedorn

- (A) Den Aufstand der Anständigen zu fordern, nützt nur dann was, wenn der Anstand der Zuständigen sichtbar wird.

Darum geht es jetzt in meiner Rede.

Es ist schon viel darüber gesprochen worden, was wir in Deutschland tun wollen und was wir mit diesem Haushalt nach den Haushaltsberatungen bewältigen werden. Ob die 6 Milliarden Euro, die in der letzten Woche vereinbart worden sind, letzten Endes ausreichen werden, kann heute noch niemand sagen. Ich danke aber allen, die sich am Sonntagabend getroffen haben, weil von diesem Treffen das starke Signal ausgegangen ist, dass all die Menschen, die sich in Deutschland für die Flüchtlinge einsetzen, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, nicht alleingelassen werden und dass wir alles in unserer Macht Stehende tun werden – darin sind wir uns einig –, um uns diesen Aufgaben zu stellen. Am 24. September findet der Flüchtlingsgipfel statt. Danach werden wir wissen – Sie haben darauf hingewiesen –, ob das Geld reicht.

- (B) Fakt ist – ich finde, das muss man noch einmal sagen –, dass erst diese Große Koalition ein neues Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt hat. Bis dahin waren ausschließlich die Länder und Kommunen in den ersten vier Jahren für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständig. Den Bund hat das in dieser Zeit kein Geld gekostet. Das ist noch nicht lange her. Erst 2012 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass diese Situation – die Asylbewerber haben damals nur 60 Prozent der SGB-II-Leistungen erhalten – nicht verfassungskonform ist. Wir haben daraufhin in der Großen Koalition eine neue Regelung mit den Ländern gefunden. Es wurde vor allen Dingen geregelt, dass die Asylbewerber viel früher einen Anspruch auf Sprachkurse und den Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Das kostet den Bund selbstverständlich eine Menge Geld. Angesichts dieser Flüchtlingsströme stehen wir natürlich vor der Herausforderung, dieses Geld auch bereitzustellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei wird es darauf ankommen, dass die Flüchtlinge, die heute in Erstaufnahmeeinrichtungen sind, registriert, erstversorgt und medizinisch betreut werden. Ein großer Teil von ihnen wird vor dem Hintergrund dieses neuen Asylbewerberleistungsgesetzes schon bald vor unseren Jobcentern und der Bundesagentur für Arbeit stehen.

Ja, Herr Kauder, wir wollen, dass diese Menschen schnellstmöglich in Deutschland arbeiten können. Wir wissen aber, dass vom Mathematikprofessor bis zum Analphabeten die ganze Bandbreite der Gesellschaft hierherkommt. Deswegen werden sie sehr individuelle Angebote brauchen, um letzten Endes arbeiten zu können, was sie auch ganz ausdrücklich wollen. Das wird die Mitarbeiter in den Jobcentern jedoch vor ganz neue Herausforderungen stellen. Wir müssen hier zum einen personell tätig werden. Vor allen Dingen aber müssen wir qualitätsvolle Bildungsangebote sicherstellen, die die Voraussetzung für Integration und Arbeit sind. An dieser Stelle wird sich zeigen, ob wir wirklich erfolgreich sind. Ich denke, die Haushaltsberatungen werden sehr stark von diesem Faktor getragen werden. Ich bin mir

- eigentlich ziemlich sicher, dass es alle Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss als ihre Hauptaufgabe ansehen, dies zu ermöglichen, und dann werden wir diese Herausforderung auch gemeinsam bewältigen. (C)

Ich danke Ihnen allen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Gerda Hasselfeldt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in dieser Haushaltsdebatte unbestritten zum Ausdruck gekommen: Die zentrale Herausforderung unserer Zeit ist die Bewältigung der Flüchtlingsströme.

- Wir erleben in diesen Wochen und Monaten, speziell in den letzten Tagen, ein großartiges Engagement vieler Menschen. Wir haben es am Wochenende gerade in München erlebt. Innerhalb von drei Tagen kamen 25 000 Menschen. Wir haben den Einsatz vieler ehrenamtlich Tätiger, Frauen und Männer, erlebt, die spontan oder auch im Rahmen ihrer Organisationen geholfen haben. Wir haben aber auch eine hervorragende Organisation erlebt. Die Zusammenarbeit von Beamten verschiedener Behörden, die Zusammenarbeit mit den Transportunternehmen, mit der Bahn, hat reibungslos funktioniert. Wir erleben und erlebten ein großartiges Engagement. Wir erleben ein sehr hohes Maß an Humanität und Solidarität. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich ganz herzlich danken. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir in Bayern brauchen keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Umgang mit Fremden. Noch vor wenigen Jahren hatten wir eine Einwohnerzahl von 11 Millionen, heute liegt sie bei fast 13 Millionen. Die Hälfte dieses Zuwachses ist auf Menschen zurückzuführen, die aus anderen Teilen Deutschlands zu uns kamen und kommen. Die andere Hälfte sind Menschen aus anderen Ländern. Die Integration funktioniert. Das ist eine großartige Leistung, eine Leistung der Menschen in Bayern, aber auch der Migranten, eine Leistung in den Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Schulen und eine großartige Leistung auch in den Behörden. Das lassen wir uns auch nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das, was wir zu bewältigen haben, ist eine große Aufgabe, eine Aufgabe aller politischer Ebenen, der des Bundes, der Länder und der Kommunen. Wir spüren alle, dass viele derjenigen, die hier aktiv mitarbeiten, hauptberuflich oder ehrenamtlich, an die Grenze ihrer physischen und ihrer psychischen Leistungsfähigkeit gelangen. Wir spüren auch, dass wir insgesamt an personelle, an or-

Gerda Hasselfeldt

- (A) ganisatorische und auch an finanzielle Grenzen kommen. Deshalb müssen wir diese Problematik sehr ernst diskutieren, auch differenziert diskutieren. Aber sie zu verkürzen und in den Mittelpunkt womöglich noch die finanzielle Situation zu stellen, das, meine Damen und Herren, wird der Bedeutung der Aufgabe mit Sicherheit nicht gerecht. Ich finde, es ist viel zu kurz gesprungen, wenn man den Fokus nur auf die finanzielle Situation zwischen Bund, Ländern und Kommunen legt. Deshalb ist es auch zu kurz gesprungen, jetzt nur die 3 Milliarden Euro vonseiten des Bundes für die Kommunen und die Länder zu sehen.

Es ist vorhin schon mehrfach angesprochen worden: Nicht nur der Bund hat zusätzliche Steuereinnahmen, sondern auch die Länder und Kommunen; auch darauf will ich hinweisen.

Zum Zweiten will ich auf Folgendes hinweisen: Zunächst müssen wir uns fragen: Was ist an strukturellen Maßnahmen notwendig? Wie können wir die Menschen, die hier bleiben, die also nicht mehr zurück in ihre Heimat können, weil dort Krieg herrscht, am schnellsten und am besten integrieren? Wie schaffen wir es aber auch, dass diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, in ihre Heimatländer zurückgeführt werden? Das ist die zentrale Aufgabe. Dann können wir uns auch über die finanzielle Situation unterhalten. Wir vonseiten des Bundes haben in den vergangenen Jahren mehrfach unter Beweis gestellt, dass wir die Kommunen in ihrer Aufgabewahrnehmung unterstützen. Darauf können sie sich auch künftig verlassen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, etwa 40 Prozent – das schwankt noch ein bisschen –, auf jeden Fall ein großer Teil derjenigen, die zu uns kommen, stammt aus den Balkanländern. Wir in der CSU-Landesgruppe haben nicht nur angesichts der großen Zahl der Menschen, die in den letzten Wochen und Monaten zu uns gekommen sind, auf ein Problem aufmerksam gemacht, sondern schon im Januar dieses Jahres auf einen Punkt hingewiesen. Wir haben damals gesagt, dass wir differenzieren müssen zwischen denen, die wirklich schutzbedürftig sind, die aus Bürgerkriegsgebieten kommen und die persönlich verfolgt sind, und den anderen, die aus ganz anderen Gründen zu uns kommen: weil es ihnen bei uns wirtschaftlich besser geht, weil sie hier sozial besser ausgestattet sind und vieles andere mehr.

Wir können das nicht in einen Topf werfen. Wir können die Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten nicht in den gleichen Topf werfen wie diejenigen, die aus Wohlstandsgründen zu uns kommen, meine Damen und Herren. Wegen dieser Meinung sind wir im Januar dieses Jahres, wie Sie wissen, hart gescholten worden. Heute ist diese Grundüberzeugung – Gott sei Dank – Meinung aller 16 Ministerpräsidenten, und es ist weitgehend Konsens in der Gesellschaft, dass diese Trennung auch vorgenommen werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

- (C) Wir müssen bei den Bürgerkriegsflüchtlingen – bei denen, die tatsächlich verfolgt sind – dafür sorgen, dass sie – mit Sprachkursen und am Arbeitsmarkt – schnell in diese Gesellschaft integriert werden. Das ist unbestritten, und da geschieht auch vieles. Wir müssen aber, um dies sinnvoll und effizient zu gestalten, auch dafür sorgen, dass wir schnellere Asylverfahren bekommen. Das ist eine ganz große Notwendigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu sind zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge notwendig. Dazu ist auch die Hilfe anderer Behörden notwendig. Ich bin sehr dankbar, dass es zwischen dem Bundesfinanzminister und der Bundesarbeitsministerin Gespräche gegeben hat, Teile der Mitarbeiter des Zolls für diese Aufgabe, für diese neuen Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben, zur Verfügung zu stellen und dafür auch so manche anderen bürokratischen Kontrollen – zum Beispiel beim Mindestlohn – ein bisschen hintanzustellen. Das ist genau der richtige Ansatz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zusätzlich müssen wir natürlich dafür sorgen, dass die Menschen schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen, wo immer es möglich ist, ihre Verfahren abgeschlossen bekommen, damit dann auch die Konsequenz daraus gezogen wird, nämlich sie in ihre Heimatländer zurückzuführen. Das, meine Damen und Herren, muss mit auf der Tagesordnung stehen, sonst bewältigen wir diese große Zahl von Flüchtlingen nicht.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Zweites gehört – neben den schnelleren Verfahren, es hängt aber auch ein bisschen damit zusammen – dazu. Wir brauchen eine Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Das ist übrigens auch die Meinung von so manchen Kommunalpolitikern aus den Reihen der Grünen wie beispielsweise des Oberbürgermeisters von Tübingen. All diejenigen, die sich ernsthaft mit den Dingen beschäftigen und Erfahrungen aus der Praxis einbringen, geben uns darin recht, übrigens auch der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Erfahrungen der letzten Monate haben auch gezeigt, dass dies erstens dazu führt, dass das richtige Signal in diese Länder gesendet und ihnen aufgezeigt wird: Wir nehmen euch nicht die Arbeitskräfte weg, die ihr selbst zum Aufbau eures Landes braucht. – Zweitens ist das aber auch eine Grundlage für schnellere Verfahren, obwohl jeder Einzelne auch dabei sein persönliches Asylverfahren erhält.

Wir brauchen ein Drittes, um den Zustrom zu begrenzen, und das ist, Fehlanreize zu verhindern. Wir wissen alle, dass gerade aus den Balkanstaaten viele zu uns kommen, die mit den Sozialleistungen, die sie bei uns bekommen, besser leben, als wenn sie in ihren Heimatländern arbeiten würden. Das ist Fakt. Alle Experten, alle, die etwas von der Sache verstehen, sagen uns: Das hat eine Sogwirkung. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir, wenn wir uns auf den Schutz derjenigen und die Hilfe für diejenigen konzentrieren wollen, die tatsächlich

Gerda Hasselfeldt

- (A) verfolgt sind und unsere Hilfe brauchen – ich denke, das müssen wir –, auch dafür sorgen, dass wir keine zusätzlichen Anreize für die Menschen geben, die nur aus wirtschaftlichen Gründen zu uns wollen. Dazu gehört auch, die Fehlanreize zu reduzieren und zu minimieren, wenn wir sie schon nicht ganz abschaffen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Göring-Eckardt hat vorhin davon gesprochen, Deutschland würde eine Art Sankt-Florians-Prinzip betreiben. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Wenn mehr als 40 Prozent der Flüchtlinge, die in die Europäische Union kommen, von Deutschland aufgenommen werden und noch mehr nach Deutschland kommen, dann weiß ich nicht, was das mit dem Sankt-Florians-Prinzip zu tun hat. Im Gegenteil: Wir brauchen eine gerechte, eine faire Verteilung in Europa. Das sind wir übrigens auch den Menschen schuldig. Wir können nicht alle Probleme der Welt nur auf deutschem Boden lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Deshalb begrüße ich es sehr, dass auf europäischer Ebene jetzt eine verstärkte Aktivität in der Flüchtlingspolitik erkennbar ist. Wir sind damit noch nicht dort, wo wir eigentlich hinmüssen, aber wir sind ein Stück weiter, als wir es noch vor einigen Monaten waren. Ich gehe so weit, zu sagen: Dieses Thema, der Umgang mit der Flüchtlingsproblematik, ist auch ein Stück Bewährungsprobe für ganz Europa. Hier zeigt sich, in welchem Ausmaß wir eine echte Wertegemeinschaft sind und wie es mit der Solidarität und im Übrigen auch mit dem Einhalten der Regeln in Europa aussieht. Auch darauf müssen wir – genauso, wie wir es beim Euro gesagt haben – besonders achten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will all das unterstreichen, was zur Bekämpfung der Fluchtursachen gesagt wurde. Auch das gehört in diesen Kanon. Ich glaube, es ist uns gerade in dieser Zeit besonders bewusst geworden, dass Innenpolitik, Entwicklungshilfepolitik und Außenpolitik zusammengehören und nicht getrennt werden können, dass außenpolitische und entwicklungshilfepolitische Fragen Auswirkungen auf unsere innenpolitische Situation und Debatte haben. Deshalb darf dies in diesem Zusammenhang nicht außen vor gelassen werden.

Ich danke sehr herzlich der Bundeskanzlerin, dem Bundesaußenminister, dem Bundesinnenminister und auch dem Bundesentwicklungshilfeminister für die Aktivitäten und die vielen Gespräche auf europäischer Ebene in diesem Bereich, bei denen es darum geht, dicke Bretter zu bohren, um die Gesamtverantwortung der freien Welt zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Meine Damen und Herren, ich will das Ganze neben den fachlichen Fragen auch in einen politischen Zusammenhang stellen. Es ist eine Gesamtverantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden, die wir haben. Ich denke aber auch, es ist eine Gesamtverantwortung, der sich

- (C) alle demokratischen Parteien stellen müssen. Ich bin alt genug, um mich nicht nur als Beobachterin an den Anfang der 90er-Jahre zu erinnern, sondern als jemand, die damals schon dabei war. Aus dieser Erfahrung heraus kann ich nur sagen: Wir werden rechtsradikale Tendenzen und Bestrebungen im Land nicht dadurch bekämpfen, dass wir Dinge verschweigen und die Lebensrealität der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden nicht wahrnehmen, genauso wenig, wie wir sie durch dumpfe Parolen bekämpfen werden. Vielmehr werden wir sie nur dann bekämpfen können, wenn wir die Aufgabe lösen, den Problemen ins Auge sehen und die Herausforderung annehmen. Dazu gehört aber auch, dass wir die Menschen mitnehmen, dass wir ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen und dass wir mit der nötigen Differenziertheit diskutieren, handeln und entscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (D) Wir sind für diese große Aufgabe und Herausforderung meines Erachtens gut gewappnet. Die Bundeskanzlerin hat heute deutlich gemacht, dem Land geht es gut. Es gibt mehr als 43 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, so viele wie noch nie. Die Konjunktur läuft gut. Die Prognosen sind gut. Die Steuereinnahmen nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder und Kommunen sind gestiegen. Wir haben Handlungsspielräume nicht zuletzt aufgrund der soliden Politik der letzten Jahre. Das zahlt sich heute aus. In den Jahren 2008 und 2009 wären wir nicht in der Lage gewesen, die Herausforderungen, die sich uns heute stellen, zu meistern. Heute sind wir dazu in der Lage, weil wir solide gewirtschaftet und solide Politik gemacht haben. Wir haben heute Handlungsspielräume nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch von der Stimmung in der Bevölkerung her.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage das nicht, um uns in Zufriedenheit, schon gar nicht Selbstzufriedenheit zu wiegen. Vielmehr sage ich das in großer Dankbarkeit gegenüber allen Beteiligten in unserer Gesellschaft, den Arbeitnehmern, den Tarifparteien und den Unternehmern, aber auch gegenüber denjenigen, die politische Verantwortung getragen haben und weiterhin tragen.

Der vorliegende Haushalt setzt meines Erachtens die völlig richtigen Prioritäten. Erstens. Wir nehmen die große Herausforderung, die die Bewältigung der Flüchtlingsströme darstellt, an. Zweitens. Es bleibt bei der soliden Haushaltspolitik und der weiteren Entlastung der Kommunen. Drittens. Der Schwerpunkt bleiben die Investitionen in die Zukunft. Wir verstärken das bei der Verkehrsinfrastruktur und der Breitbandinfrastruktur, um nur zwei Bereiche zu nennen. Dazu gehören aber auch Bildung und Forschung. Viertens. Das Ganze findet in einem völlig stabilen sozialen Umfeld statt. Wir vergessen nicht die Kranken und Schwächeren in unserer Gesellschaft. Die Bundeskanzlerin hat bereits auf die Pflegeversicherung und die entsprechenden Stärkungsgesetze hingewiesen.

Ich möchte ergänzend auf das hinweisen, was wir für die Familien getan haben. Zum Betreuungsgeld kann ich

Gerda Hasselfeldt

- (A) nur sagen: Die bayerischen Familien können sich darauf verlassen, dass sie auch künftig das Betreuungsgeld bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Bundesverfassungsgericht hat nicht, wie Herr Gysi behauptet hat, das Betreuungsgeld gekippt, sondern nur die Zuständigkeit moniert; ein bisschen Wahrheit muss schon sein, Herr Gysi.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist genau der richtige Politikansatz, den wir in diesen schwierigen Tagen brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächster hat der Kollege Martin Gerster, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Martin Gerster (SPD):

- (B) Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag ist traditionell die Zeit und der Ort für zum Teil harte Auseinandersetzungen sowie kontroverse Bewertungen von Einnahme- und Ausgabepositionen und der damit verbundenen Schwerpunktsetzung auf politischer Ebene. Manche nutzen diese Debatte auch zur Generalabrechnung. Aber in diesem Jahr ist es etwas anders, wie ich finde; denn wir führen in Anbetracht der vielen Millionen Flüchtlinge in der Welt und der prognostizierten 800 000 Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz sowie eine neue Bleibe- und Lebensperspektive suchen, die Haushaltsdebatte unter ganz anderen Vorzeichen. Jedenfalls sind wir gut beraten, das so zu tun. Vor diesem Hintergrund steht es uns gut an, den Menschen und die Menschlichkeit, aber auch den Umgang miteinander in den Vordergrund zu rücken. Wir sollten deutlich machen, dass wir auf der Seite derjenigen stehen, die Schutz sowie eine neue Bleibe- und Lebensperspektive suchen.

Ich will an dieser Stelle einfach sagen, dass ich nachdrücklich beeindruckt bin, fasziniert bin und dankbar bin – ich glaube, das geht vielen Kolleginnen und Kollegen so – von dieser Hilfsbereitschaft in unserem Land. Es ist unglaublich, wie viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unterwegs sind, die sich auch spontan in Initiativen zusammenschließen. Ich verweise auf unsere Organisationen wie das THW, die Feuerwehren, das Rote Kreuz, die Johanniter, die Malteser, die zur Stelle sind, auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder und auf kommunaler Ebene. Überall leisten Menschen mehr, als sie eigentlich müssten. Ich denke, es steht uns gut an, hier einmal Danke schön zu sagen. Wenn ich das sage, denke ich insbesondere an die fleißigen Leute der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie auch an die Ehrenamtlichen in den Kirchen, in den Sportver-

- einen und anderswo. Ihre Arbeit anzuerkennen, auch das ist ein Signal, das von der Haushaltsdebatte heute ausgehen sollte. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Heinz Wiese (Ehingen) [CDU/CSU])

Wir in der Koalition wissen um die Bedeutung, um die Dimension, um die Größe der Aufgabe. Wir leisten unseren Beitrag. Wir haben das in der Vergangenheit getan, auch in den letzten Haushaltsberatungen. Wir haben dafür gesorgt, dass beispielsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge immer mehr Stellen bekommen hat, um die vielen Anträge entsprechend bearbeiten zu können. Wir wissen, dass wir da noch mehr tun müssen. Aber wir wissen auch, dass es letztendlich diese Entscheidung war, die ermöglicht hat, dass dieses Bundesamt immer mehr Standorte für die Bearbeitung dieser Anträge eröffnen konnte, dass mobile Teams gegründet werden können und dass es letztendlich ein gutes Stück vorangeht.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass der Koalitionsausschuss zuletzt ganz gezielt gesagt hat: Wir unterstützen die Länder und Kommunen mit einem großen Betrag. Wir haben aber auch ganz klar gesagt: Für die fleißigen Mitarbeiter der Bundespolizei, die vor Ort ihren Mann und ihre Frau stehen, gibt es Unterstützung: 3 000 zusätzliche Stellen. Ich glaube, das ist genau die richtige Botschaft. Wir müssen jetzt schauen, wie wir mit Hochdruck und möglichst schnell die nötigen Arbeitskräfte finden und in den Dienst bringen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir verstehen Flüchtlinge – das will ich noch einmal ganz klar sagen – in erster Linie nicht als Krise oder als Problem, sondern als Herausforderung, die wir bewältigen können, die wir meistern können, und als Chance für dieses Land. Deswegen sage ich: Wir müssen auch über den Tag hinausdenken. Das sollte auch in diesen Haushaltsberatungen verstärkt Berücksichtigung finden. Ich denke an die Sprachförderung für diejenigen, die hier ankommen. Ich denke an das Thema Integrationskurse, für die wir mehr Plätze brauchen, weil es schon jetzt ein Rekordinteresse an diesen Plätzen gibt. Wir müssen auch einmal schauen, wie wir genügend Dozentinnen und Dozenten für diese Integrationskurse bekommen;

(Johannes Kahrs [SPD]: Anständig bezahlt!)

denn beim jetzigen Anforderungsprofil und bei der Bezahlung wird es in manchen Regionen schwierig sein, überhaupt noch jemanden zu finden, der diese Kurse geben kann.

(Beifall bei der SPD – Bettina Hagedorn [SPD]: Besser bezahlen!)

Ich meine auch, dass wir schauen müssen, ob wir nicht einen zusätzlichen Schwerpunkt beim Thema sozialer Wohnungsbau setzen; denn die Leute müssen ja auch irgendwo wohnen, die Leute sollen ja auch irgendwo arbeiten. Deswegen bin ich in der Tat der Meinung: Wir müssen im Bereich Arbeit und Soziales noch einmal aufstocken, wir müssen mit der Bundesagentur für Arbeit ins

Martin Gerster

- (A) Gespräch kommen, wir müssen schauen, was wir für die Kinderbetreuung, Stichwort „Kitausbau“, tun. Natürlich sind auch Schule und Ausbildung ein Riesenthema. Ich bin auch der Meinung, dass wir uns bei den Beratungen im Haushaltsausschuss noch einmal genau anschauen sollten, ob wir nicht noch mehr tun können, ob wir nicht noch entschiedener vorgehen können gegen die Schleuserbanden, gegen diese Schlepperorganisationen und ob wir das Bundeskriminalamt an dieser Stelle nicht etwas besser ausstatten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele haben dieses Thema in ihren Reden hier zuvor schon angesprochen: die Entwicklungszusammenarbeit. Ich lege hier schon Wert darauf, dass das Wort „Entwicklungszusammenarbeit“ genannt wird und dass wir nicht weiter von „Entwicklungshilfe“ reden. Ich glaube, das macht einen großen Unterschied.

Ich möchte aus heutiger Sicht schon etwas dazu sagen, wie dieser Politikbereich in den Jahren der christlich-liberalen Koalition, also der schwarz-gelben Koalition aus CDU, CSU und FDP, behandelt wurde. Da war ein Minister Niebel, von dem auch Sie bei der Union sich haben verleiten lassen, Entwicklungszusammenarbeit vor allem unter der Priorität zu definieren: Gute Entwicklungszusammenarbeit ist dann gegeben, wenn sie der deutschen Wirtschaft nutzt. – Ich glaube, spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen, um sich davon abzuwenden und zu sagen: Gute Entwicklungszusammenarbeit ist vor allem dann gegeben, wenn sie Menschen Lebensperspektiven in ihrer Heimat gibt und somit Fluchtursachen minimiert werden können. – Wenn deutsche Unternehmen mit ihrer Innovation, mit ihrer Technologie dazu beitragen können, dann ist es schön und gut, aber das darf nicht die allererste Priorität sein, so wie dies in der Vergangenheit definiert wurde.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube auch, dass wir noch einmal genau darauf schauen müssen, ob wir genug tun, um diesem „Pack“ richtig etwas entgegenzusetzen. Sigmar Gabriel, finde ich, hat es bei seinem Besuch in Heidenau exakt richtig benannt: Das ist ein Pack. – Es ist gut, dass wir in der Großen Koalition schon in den vergangenen Haushaltsjahren im Etat von Manuela Schwesig die Mittel für das Programm „Demokratie leben!“ deutlich aufgestockt haben. Ich habe den Eindruck: Das, was wir da getan haben, ist noch nicht genug. Deswegen müssen wir da noch einmal heran. Ich glaube, das ist auch eine Geschichte, die wir in den Haushaltsberatungen noch einmal besprechen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Meinung: Wir dürfen im Kampf gegen Rechtsextremismus und im Werben für Demokratie, für Toleranz, für Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde niemals nachlassen. Niemals!

Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächster hat der Kollege Ewald Schurer, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ewald Schurer (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Generaldebatte, die jetzt zu Ende geht, liegt der Entwurf des Bundeshaushalts für 2016 zugrunde. Wer einen Haushalt richtig zu interpretieren weiß, der kann sich das vorstellen: Es ist eine Art politisches Lesebuch einer Bundesregierung. – Dieser Haushalt setzt Prioritäten in vielen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen: Förderung von Kitas, Familienpolitik, Bildung, Forschung, Außenpolitik, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur und jetzt aufgrund einer aktuellen gesellschaftlichen Herausforderung ganz neu: Flucht, Asyl und Integration von Menschen, die zu uns kommen und dann nach der Anerkennung eine Chance haben sollen, über Arbeit, Soziales sozusagen voll in diese Gesellschaft aufgenommen zu werden und Teil dieser Gesellschaft zu werden. Es ist eine große Herausforderung. Den Zahlen – der Kollege hat es bereits gesagt – stehen dann immer auch Schicksale und menschliche Entwicklungen in dieser Gesellschaft gegenüber.

(D)

Deutschland – das ist auch von Herrn Kauder herausgearbeitet worden – macht das aus einer Position der ökonomischen Stärke heraus. Es ist schon etwas Außergewöhnliches, dass wir nicht nur bei der Wertschöpfung, bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, im Bereich Arbeitsmarkt – mehr Arbeitskräfte denn je, geringere Arbeitslosigkeit denn je –, sondern auch in anderen Bereichen der Gesellschaft eine sehr positive Entwicklung haben. Aus dieser ökonomischen Stärke – die korrespondiert mit den Zahlen des Bundeshaushalts – erwächst eine besondere Verantwortung Deutschlands – nicht Deutschlands allein –, die Integration der Menschen positiv zu befördern.

Überhaupt ist es so im Haushalt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Das Wollen ist die entscheidende Frage. Will ich, dass die Menschen, die zu uns kommen und die Anerkennung bekommen, wirklich voll und ganz in diese Gesellschaft integriert werden? Ich denke, bei allen Akzentunterschieden hier im Parlament war heute der Common Sense: Wir wollen, dass die Menschen voll und ganz integriert werden.

Nur, an dieser Stelle mache ich mir schon Sorgen über den europäischen Prozess. Ich weiß, dass die Kanzlerin, das Kabinett, die Minister, dass alle alles tun, um hier auch in Europa den zerbrochenen Konsens wiederherzustellen. Wir haben – das darf man in der Debatte im Deutschen Bundestag sagen – derzeit für Europa eine bedrohliche Situation. Es sind nicht die Menschen, die von

Ewald Schurer

- (A) Budapest über München zu uns kommen, sondern es ist der fehlende Konsens. Mir tut es im Herzen und im Glauben weh, dass die Staatschefs aus Polen, der Slowakei, aus Tschechien und Ungarn, die sich am letzten Freitag in Prag getroffen haben, im Brustton der Überzeugung sagen, sie wollen sich an dieser Integrationsarbeit nicht beteiligen. Das ist vor dem geschichtlichen Hintergrund der 25 Jahre währenden Verantwortung des damaligen Westeuropas für die ehemaligen Staaten im kommunistischen Verbund eine ganz schwache Leistung, eine Bedrohung für die Europäische Union.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen möchte ich unterstreichen, dass wir in Deutschland die Verantwortung haben und in der Lage sind, diese Integrationsarbeit mit der ökonomischen Stärke, dem nötigen Willen und dem nötigen Geist zu leisten. Aber es wird nicht gehen – wie schon gesagt –, wenn nur Österreich und Schweden dies offensiv tun und andere große Länder sagen: „Ich nehme 4 mal 5 000 in der nächsten Dekade“, und glauben, sie könnten sich damit aus dem Gesamtwerk der Europäischen Union verabschieden. Das macht mir große Sorge. So stark wir ökonomisch in Deutschland sind – das hat Carsten Schneider erwähnt –, so schwierig ist die makroökonomische Situation in vielen anderen Ländern. Wir haben Handelsbilanzüberschüsse, die sehr stark sind. Das liegt aber auch daran, dass unsere europäischen Partner zum Teil leider ökonomisch schwach sind oder nicht so stark sind. Deswegen müssen wir über alle Herausforderungen hinweg versuchen – Griechenland, Ukraine kann man leider nicht vergessen; es ist die größte Stellschraube bezüglich der Bedrohung –, die anderen Länder einzubeziehen. Ich denke hier auch an den Juncker-Plan mit den 300 Milliarden Euro. Das darf nicht nur diskutiert werden, sondern das muss im Europäischen Parlament mit den Nationalstaaten umgesetzt werden.

Griechenland wird nach der 86-Milliarden-Euro-Rettung, womit man fiskalisch überhaupt erst die Grundlage für Wachstum geschaffen hat, Wachstumsprogramme brauchen. Es wird sich in Griechenland nichts tun, wenn nicht die Menschen vor Ort, die innovativ sind, mit Geld in neue Existenzen investieren. Das Ganze gilt auch für die anderen europäischen Länder. Wir brauchen – das muss man in der Generaldebatte noch einmal unterstreichen – europäische Partnerländer, die sich ökonomisch wieder erholen, die ökonomisch stärker werden und die von Wirtschaftswachstum getragen mit uns auf einer Augenhöhe als politische und ökonomische Partner in einer wiedererstarkten EU sind. Die Europäische Union hat es nämlich nötig.

Ich freue mich über jede Erfolgsmeldung aus Spanien, aus Portugal, aus Irland oder anderen Ländern, dass nach der gigantischen Wirtschaftskrise diese Länder langsam, aber sicher wieder in eine eigene Tragfähigkeit kommen und in der Lage sind, das Konzert der 28 europäischen Länder positiv mitzugestalten. Davon leben wir. Darauf muss man bei einer Haushaltsdebatte des Bundestages hinweisen. Nur aus der Interaktion aller europäischen Länder mit einer ökonomischen Führung Deutschlands – das darf man hier sagen, ohne sich schämen zu müssen –,

aber auch mit einem starken Partner Frankreich können wir dieses Haus künftig gestalten. (C)

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Felder sind genannt worden. Der Bundeshaushalt leistet unwahrscheinlich viel. Das ist in der Generaldebatte noch nicht das Thema. Das kommt dann bei den Lesungen zu den verschiedenen Einzelplänen. Wir haben eine Erweiterung des Volumens von 302 auf 312 Milliarden Euro und in der mittel- bis langfristigen Projektion steigt es bis 2019 auf 333 Milliarden Euro. Das zeigt, dass der Bund in den Sozialleistungsgesetzen, auch im investiven Verhalten, in vielen Bereichen enorm viel Geld in die Hand nimmt, um die Politikfelder gemeinsam mit den Länderhaushalten und den 12 500 Gemeinden in Deutschland nach vorne zu gestalten. Der Bund ist der wichtigste Akteur. Aber genauso wichtig sind die Länder und natürlich auch die Kommunen.

Wir haben bei der Stärkung der Investitionen noch Nachholbedarf; das ist bereits gesagt worden. Gerade die Flucht-, Asyl- und Integrationsfragen, Frau Präsidentin, können nur gelöst werden, indem wir in Deutschland Milliarden von privatem Kapital mit öffentlicher Unterstützung für sozialen Wohnungsbau verwenden, der sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, egal ob die Menschen hier schon lange leben oder jetzt kommen. Hier werden wir im investiven Bereich auch in dieser Koalition in den nächsten Jahren noch mehr tun müssen als bisher.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die Bundesregierung spricht jetzt die Staatsministerin Professor Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 1,28 Milliarden Euro sieht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung im Jahr 2016 für Kulturausgaben vor. Das sind 56 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf des Vorjahres. Ein starkes kulturpolitisches Signal.

Dennoch will ich eine andere Zahl, die uns alle bewegt, in den Mittelpunkt meiner Haushaltsrede stellen. 800 000 Menschen suchen in diesem Jahr Zuflucht in Deutschland, 800 000 Menschen, die ihre Heimat zurückgelassen haben und mit nichts anderem als ihrer Hoffnung auf Frieden und Freiheit, auf ein besseres Leben bei uns ankommen. Das ist die größte politische Herausforderung in diesen Monaten und vielleicht auch Jahren. Das ist vor allen Dingen auch eine kulturpolitische Herausforderung, zunächst einmal, weil kulturelle Teilhabe eine grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass Zuwanderer in der Fremde ihre neue Umgebung verstehen und dass auch sie hier verstanden werden, weil kulturelle Teilhabe eben auch gesellschaftliche Teilhabe ist, aber auch, weil die diffuse Angst vor den Fremden, wie

Staatsministerin Monika Grütters

- (A) wir sie mancherorts erleben, das große Bedürfnis nach Selbstvergewisserung unserer eigenen kulturellen Identität einmal mehr deutlich offenbart, vor allem aber, weil kulturelle Vielfalt sowie die großartige Welle der Hilfsbereitschaft, die wir aktuell erleben, ganz maßgeblich zu dem Bild eines weltoffenen Deutschlands beiträgt, das wir all denen entgegenhalten müssen, die uns mit ihrer Fremdenfeindlichkeit beschämen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Kultur ist Brückenbauerin und Türöffnerin, aber auch Spiegel unseres Selbstverständnisses. 1,28 Milliarden Euro für 2016 sind gut angelegtes Geld, um die Kultur genau in dieser Rolle zu bestärken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bitte ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung zum Regierungsentwurf.

Dieser sieht unter anderem mehr Unterstützung für die von meinem Haus geförderten Kultureinrichtungen vor, insbesondere 38 Millionen Euro für zusätzliche Personalausgaben zum Ausgleich von Tariferhöhungen.

Der größte Einzelbetrag – 12 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – kommt der Deutschen Welle – lieber Herr Dörmann, dafür haben wir gemeinsam viel getan – zugute. Sie ist als Botschafterin unseres demokratischen Rechtsstaats gerade in Krisenregionen und autoritär regierten Staaten für viele Menschen die maßgebliche, für viele aber auch die einzige Verbindung in die freie Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Vom Plus bei den Personalmitteln profitieren aber nicht nur die großen Einrichtungen. Vielmehr ist es erstmals gelungen, 2016 auch kleine und mittlere Häuser, die wir nur dauerhaft über Projekte finanzieren, besserzustellen. Dafür bin ich besonders dankbar, vor allen Dingen auch dem Finanzminister Schäuble, der dazu einen berührenden Brief geschrieben hat.

Vielen ist gar nicht bewusst, wie viel unsere Kultureinrichtungen landauf, landab – das heißt gerade auch jenseits der großen Metropolen – zum Umgang mit kultureller Vielfalt vor Ort beitragen.

Wichtig ist es mir aber auch, den Mut zum Experiment zu fördern, den, wie es Habermas einmal gesagt hat, avantgardistischen Spürsinn für Relevanzen, mit der Kunst und Kultur notwendige gesellschaftliche Veränderungsprozesse anzustoßen.

Deshalb werde ich künftig, analog zum guten Beispiel in der Kino- und Musikbranche, auch einen Theaterpreis – die Theater sind wirklich die direkteste Verbindung vor Ort mit den Bürgern – und einen Buchhandlungspreis verleihen. Damit ermutigen wir die Überzeugungstätter in den Branchen, die leidenschaftlichen Theatermacher, Literaturliebhaber unter den Buchhändlern, die auch jenseits des Mainstreams, aber flächendeckend zu einem vielfältigen kulturellen Angebot beitragen. In diesem Zusammenhang will ich außerdem die kulturelle Filmförderung stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (C) Ob Poesie, ob Malerei, ob Film, Musik, Theater oder Tanz, Kunst kann gemeinsame Sprache sein, wo unterschiedliche Begriffe sonst Missverständnisse verursachen. Kunst kann gemeinsame Erfahrungen bescheren, wo unterschiedliche Herkunft oft ab- oder ausgrenzt. Kunst kann uns helfen, zu verstehen, was uns ausmacht, wer wir sind, als Individuen, als Deutsche, aber auch und insbesondere als Europäer.

Kunst kann uns aber auch nötigen, einmal die Perspektive zu wechseln und die Welt aus anderen Augen zu sehen. Dazu wird künftig auch das Humboldt-Forum beitragen. Vor kurzem, im Juni, haben wir zwei Jahre nach der Grundsteinlegung Richtfest gefeiert. Das Humboldt-Forum fördert neuartige Kunst- und Kulturerfahrung – das haben wir uns vorgenommen – und verfügt über Wissen – das ist der Kernbestand – über unterschiedliche, aber gleichberechtigte Weltkulturen. Aktueller hätte man dieses größte Projekt der Kultur in der Bundesrepublik nicht planen können.

Dieses Projekt wird unsere kulturelle Identität ganz maßgeblich prägen und natürlich auch zeigen, dass Deutschland sich als Partner in der Welt versteht. Denn allein, dass wir im Herzen der deutschen Hauptstadt nicht uns selbst in den Kulturmittelpunkt stellen, sondern dass die Welt in Berlin ein Zuhause findet, dass Deutschland sich also statt in reiner Selbstbezüglichkeit mit einem Blick nach außen empfiehlt, sagt, denke ich, viel über das Selbstverständnis der Kulturation Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts aus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(D) Mit Neil MacGregor konnte ich einen der weltweit renommiertesten Museumsexperten nach Berlin holen. Ich finde, dass das so ein bisschen etwas wie die schönsten Vorschusslorbeeren sind, die wir uns alle für das Humboldt-Forum wünschen konnten. Um die Bespielung vorzubereiten, möchte ich im kommenden Jahr 3,5 Millionen Euro für die Gründungsintendanz zur Verfügung stellen.

Diese Beispiele illustrieren, wie wir die Mittel im Haushalt – auch meines Hauses – im Sinne eines weltoffenen Deutschlands einsetzen. Kultur und Medien haben allein schon wegen ihrer herausgehobenen Rolle im öffentlichen Diskurs auch und ganz maßgeblich eine echte Verantwortung dafür, wie kulturelle Vielfalt in Deutschland wahrgenommen wird: als fremd oder als vertraut, als einladend oder als trennend, als bedrohlich oder als bereichernd.

Heimat ist da, wo ich verstehe und wo ich verstanden werde.

Das hat einmal der große Philosoph Karl Jaspers gesagt. Ich bin überzeugt, dass Kultur und Medien mit ihrem Beitrag zum Verstehen und Verstanden-Werden denen, die gerade zu Hunderttausenden neu in unser Land kommen, dabei helfen können, zeitweise oder dauerhaft in Deutschland Fuß zu fassen, und denen, die diese gewaltige Entwicklung mit Sorge betrachten, vielleicht helfen können, sie als Chance zur Bereicherung unseres Miteinanders anzunehmen.

Staatsministerin Monika Grütters

(A) In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Sigrid Hupach, Fraktion Die Linke,

(Beifall bei der LINKEN)

der ich an dieser Stelle noch einmal zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren möchte. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall – Sigrid Hupach [DIE LINKE]: Vielen Dank, Frau Präsidentin!)

Sigrid Hupach (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verfolgt man in den letzten Wochen und Monaten die Nachrichten – das wurde heute vielfach angesprochen –, erfährt man täglich von neuem, unvorstellbarem Leid. Man erfährt, dass Menschen genötigt sind, ihre Heimat zu verlassen und sich unter größten Gefahren allein, mit Kindern oder sogar als Minderjährige auf die Flucht zu begeben.

(B) Welche Relevanz hat die heutige Debatte um den Kulturhaushalt angesichts solcher Dramen? Ich meine, eine sehr, sehr große. Gerade angesichts ganz existenzieller Probleme muss man sich mit Kultur beschäftigen. Man muss Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffenden alle Möglichkeiten geben, diese gesellschaftlichen Wandlungsprozesse – herausfordernd, wie sie auch sind – konstruktiv und kritisch zu begleiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linke fordern daher nicht nur die Verdoppelung der Mittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Schaffung dauerhafter Strukturen im Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern wir wollen, dass der Bund auch entscheidend mehr Geld für Soziokultur und kulturelle Bildung einstellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Kulturelle Bildung – davon bin ich fest überzeugt – belebt die Auseinandersetzung mit dem eigenen kulturellen Hintergrund und mit kultureller Vielfalt. Sie befähigt dazu, die gesellschaftlichen Entwicklungen zu reflektieren und selbstbestimmt mitzugestalten. Somit ist sie eben auch Voraussetzung für eine gelingende Demokratie, erst recht in einem Europa, dessen solidarische und humanistische Idee gegenwärtig von nicht wenigen infrage gestellt wird.

Auch aus diesem Grund möchte ich Ihnen, Frau Staatsministerin Grütters, danken, dass es Ihnen erneut gelungen ist, einen Aufwuchs im Kulturhaushalt zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich danke Ihnen auch, dass Sie hervorgehoben haben, wie wichtig und notwendig kulturelle Teilhabe auch für die Menschen, die zu uns kommen, ist.

(C) Aber sie ist auch nur möglich, wenn die Infrastruktur und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Besonders positiv bewerten wir Linken zudem, dass der größte Teil der 56 Millionen Euro in den Personalbereich fließt und dass nun auch bei den überwiegend projektfinanzierten Einrichtungen eine Anpassung an das Tarifrecht möglich ist. Das war mehr als überfällig. Hier stimmt also die Richtung. Zu tun bleibt dennoch genug. Ich erinnere dabei an die ungeklärte und prekäre Situation der vielen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Goethe-Instituten. Gerade für Freiberufler und für kurzfristig beschäftigte Menschen im Kultur- und Kreativbereich brauchen wir dringend weitere Verbesserungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens begrüßen wir die Herauslösung der Kulturförderfonds aus der Kulturstiftung des Bundes und die Neueinrichtung des Fonds für zeitgenössische Musik. Ob die Finanzierung ausreicht, wird sich zeigen müssen.

(D) Nach dem Lob nun aber auch etwas Kritik: Kritische Töne sind auf jeden Fall angebracht, wenn es um die notwendigen Mittel für so dringliche Aufgaben wie die Digitalisierung und Sicherung des kulturellen Erbes, des schriftlichen Kulturguts und des Filmerbes geht. Wir bleiben hier konsequent und fühlen uns durch die Expertenanhörung im Kulturausschuss bestärkt. Es braucht eine nationale Digitalisierungsstrategie und die entsprechenden Mittel dazu. 30 Millionen Euro sehen wir hier als nötig an. Die eingestellten 1,3 Millionen Euro sind dieser Aufgabe ebenso wenig angemessen wie die 1 Million Euro, die im Haushalt für die Sicherung des Filmerbes eingestellt ist. 10 Millionen Euro pro Jahr nennt das Gutachten im Auftrag der Filmförderanstalt unter der Annahme, dass die digitalisierten Originale im Anschluss einfach entsorgt werden könnten. Was ist das für eine absurde Idee? Sicherung des Filmerbes heißt beides, die Digitalisierung und die Archivierung der Originale.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst die 10 Millionen Euro können daher nur ein Anfang sein, aber sie wären enorm wichtig.

Auch bei der Filmförderung besteht dringend Handlungsbedarf. Der Deutsche Filmförderfonds hat seine 50 Millionen Euro für dieses Jahr bereits jetzt aufgebraucht. Das ist ein deutliches Zeichen für die Unterfinanzierung dieser wichtigen Kultur-, Regional- und Wirtschaftsförderung.

Weiterhin ist zu fragen: Wo sind die in den letzten Monaten zum Teil mit großer Geste angekündigten Mittel für die zukunftsweisende Kulturpolitik in den ländlichen Räumen, für den Erhalt der Welterbestätten, die Einrichtung eines UNESCO-Kompetenzzentrums, die Ausweitung des Kulturerhaltprogramms oder für die kulturelle Bildung?

Wir Linke sind fest davon überzeugt, dass wir vom Grundsatz her eine andere Kulturfinanzierung brauchen:

Sigrid Hupach

- (A) eine ohne Kooperationsverbot, eine als Gemeinschaftsaufgabe und eine mit solide finanzierten Kommunen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.
Ewald Schurer [SPD])

Ich hoffe sehr, dass wir in den Haushaltsverhandlungen zu entscheidenden Korrekturen kommen werden. Die schockierenden Bilder von hasserfüllten Demonstrationen und erst recht von brennenden Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünften machen mehr denn je deutlich: Ja, Kultur kostet, aber Unkultur kostet noch viel mehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächstes hat Burkhard Blienert, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Burkhard Blienert (SPD):

- (B) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die aktuelle Situation gebietet auch meinerseits die folgende Anmerkung, die mir persönlich wichtig ist: Deutschland ist in vielerlei Hinsicht ein reiches und starkes Land, und wir können, sollten und müssen uns die größtmögliche Humanität erlauben. Mir geht es dabei im Wesentlichen um den kulturellen Reichtum in unserem Land, ein kulturelles Erbe, geprägt von einer reichen Sprache, vielfältiger Literatur, Musik und Kunst. Es ist im Übrigen ein kulturelles Erbe, das uns in doppelter Hinsicht zur Humanität verpflichtet. Es ist ein kulturelles Erbe, das sich durch Heterogenität und Verschiedenheit überhaupt erst entwickelt hat und entwickelt. Wir wollen es erhalten, demokratisieren und vielen Menschen zugänglich machen.

Die Menschen, die nun zu uns kommen, bringen etwas Bereicherndes mit, nämlich ihre vielfältigen kulturellen Traditionen und Identitäten. Dies müssen wir als das sehen, was es ist: eine fruchtbare Bereicherung für unsere Gesellschaft und unsere Kultur.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Ich begrüße daher ausdrücklich die Initiativen aus dem kulturellen Bereich unterschiedlicher Art und Weise wie zum Beispiel die des deutschen Buchhandels zur Unterstützung der kulturellen Angebote insbesondere für Asylsuchende und Flüchtlinge, die unter der Schirmherrschaft von Navid Kermani steht. Es ist Navid Kermani, der uns im letzten Jahr am 23. Mai in seiner Rede zum 65. Jahrestag des Grundgesetzes so eindrucklich zu einer Kultur der Anerkennung und des Respekts ermahnt hat.

Das war schon sehr beeindruckend. Er hat uns noch mal ins Stammbuch geschrieben, was unsere Aufgabe ist.

Die Kulturförderung des Bundes trägt neben der Kulturförderung der Kommunen und Länder wesentlich dazu bei, die kulturelle Vielfalt zu fördern. Ich möchte hier einige Aspekte herausstellen. Neben der Erfüllung

(C) der institutionellen und repräsentativen Kulturaufgaben des Bundes ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für kreative Arbeit zu verbessern. Es ist unsere Aufgabe, zu verhindern, dass Kulturschaffende durch das soziale Netz fallen.

Der Entwurf für den Haushalt 2016 der BKM bietet eine gute Grundlage. Für die SPD-Bundestagsfraktion will ich ausdrücklich positiv hervorheben, dass es erneut gelungen ist, den Etatansatz für Kultur im Regierungsentwurf zu steigern, nämlich um knapp 4,5 Prozent. Darin enthalten sind auch die Aufwüchse bei den Personalmitteln, für die wir uns in den Beratungen zum Haushalt 2015 erfolgreich eingesetzt haben. Dass diese zusätzlichen Mittel für alle durch den Bund geförderten Kultureinrichtungen sowie die Deutsche Welle, die lange überfällig waren, nun fortgeschrieben werden, begrüßen wir sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auf diese Weise können die Einrichtungen die Tarifsteigerungen auffangen, ohne dass Einsparungen bei Personal, Programm oder Inhalt vorgenommen werden müssen. Andererseits wurden einige der Aufwüchse aus dem parlamentarischen Verfahren zum Haushalt 2015 bedauerlicherweise nicht fortgeschrieben. Wir werden uns in den jetzt anstehenden Beratungen gemeinsam anschauen müssen, was dort zu tun ist.

(Beifall des Abg. Martin Dörmann [SPD])

(D) Auch diejenigen Kulturschaffenden, die von den Tarifsteigerungen nicht profitieren, müssen wir im Blick haben, allen voran die freiberuflich tätigen Kulturschaffenden, deren Zahl in den letzten Jahren stetig angestiegen ist. Freiberufliche Leistungen im Kulturbereich unterliegen keinen gesetzlichen Vorgaben. Einige Berufsverbände haben Honorarempfehlungen oder Handreichungen zur Berechnung freiberuflicher Arbeit erstellt. Dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden. Hier trägt auch die öffentliche Hand eine Verantwortung, wenn es darum geht, dass in der Kulturförderung faire Vergütungen und Honorare gezahlt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen eine Zweiklassengesellschaft von denen, die in den vom Bund geförderten Einrichtungen von Tarifsteigerungen profitieren, und denen, die auf der Basis von Projektförderung künstlerischer und kreativer Arbeit nachgehen, vermeiden.

Von existenzsichernder Wichtigkeit für viele freiberufliche Kulturschaffende ist nach wie vor die Künstlersozialversicherung. Wir haben einen weiteren Anstieg des Abgabesatzes verhindert, für eine gerechtere Lastenverteilung gesorgt und die Künstlersozialversicherung auf sichere Beine gestellt.

Die Arbeitsverhältnisse von Kulturschaffenden sind besonderen Umständen unterworfen. Das gilt insbesondere für den Erwerb des Anspruches auf ALG I. Da die aktuell gültige Regelung für kurz befristet Beschäftigte Ende 2015 ausläuft, müssen wir noch in diesem Jahr eine Entscheidung treffen. Davon sind viele Kulturschaffende betroffen. Wir brauchen eine Anschlussregelung, die die

Burkhard Blienert

- (A) Besonderheiten in der Kultur- und Kreativwirtschaft berücksichtigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Grundlage kreativer Erwerbsarbeit sind geistige Schöpfungen. Deshalb müssen wir eine angemessene Vergütung für die Nutzung kreativer Leistungen sicherstellen und geistiges Eigentum vor Rechtsverletzungen im digitalen Raum schützen. Dazu brauchen wir ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht, das die Interessen von Urhebern, Verwertern, Nutzern und Konsumenten ausgleicht.

Im Mittelpunkt müssen jedoch weiterhin der Urheber und sein kreatives Schaffen stehen; denn sie schaffen den Inhalt, den Content. Mit der bevorstehenden Reform des Urhebervertragsrechts wollen wir die strukturell schwächere Position des Urhebers im Verhältnis zum Verwerter verbessern. Die Erfahrungen seit der letzten Anpassung des Urheberrechtsgesetzes 2002 haben gezeigt, dass dies auch wirklich nötig ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in der Filmpolitik hatten wir uns für die laufende Wahlperiode einiges vorgenommen. Wir haben die Digitalisierung unserer Kinolandschaft mit dem erfolgreichen Digitalisierungsprogramm abgeschlossen.

- (B) Wir haben die zeitliche Befristung des Deutschen Filmförderfonds aufgehoben und damit die Förderung der Filmwirtschaft auf Dauer gestellt. Sicherlich: Als Kulturpolitiker hätte ich mir gewünscht, dass wir das auf dem alten Niveau hätten fortsetzen können. Umso mehr freue ich mich über die Initiative von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die Förderung der Filmwirtschaft mit Mitteln aus seinem Etat zu ergänzen. Ich begrüße das; denn nur so können wir unsere kulturpolitische Zielsetzung in der Filmpolitik erreichen.

Unser Ziel ist die Sicherung einer breiten Vielfalt beim Filmschaffen in Deutschland. Dafür ist neben Wirtschaftsförderung weit mehr erforderlich. Wir müssen auch verstärkt etwas dafür tun, dass in Deutschland mehr Filme entstehen können, bei denen die künstlerische Qualität nicht zu kurz kommt. Deshalb sollten wir unser gesamtes Fördersystem von Bund und Ländern in den Blick nehmen, um hier nach Möglichkeiten zu suchen, mit denen wir den künstlerischen Output im deutschen Filmschaffen nachhaltig stärken können. Die anstehende Novelle zum Filmförderungsgesetz (FFG) bietet hierzu genügend Ansatzpunkte und Möglichkeiten, das auch umzusetzen.

Wenn wir die Vielfalt des deutschen Films sichern wollen, dann müssen wir uns auch um unser großes und großartiges Filmerbe kümmern; denn vieles droht in der Versenkung zu verschwinden oder gar unwiederbringlich verloren zu gehen. Mit der Digitalisierung der alten Filme können wir altes, vom Verfall bedrohtes Filmmaterial retten, wir können beschädigte Kopien restaurieren, und vor allem können wir unser Filmerbe auf völlig neuen Distributionswegen verfügbar machen.

Ogleich wir im parlamentarischen Verfahren für 2015 1 Million Euro für das Filmerbe bereitgestellt haben, enthält der vorliegende Haushaltsentwurf für 2016

(C) für das Filmerbe keine entsprechenden Mittel. Aber das ist angesichts der aktuellen Situation auch schnell erklärt. Bevor sich nun der Bund verpflichtet, müssen wir die anderen mit an Bord nehmen, die auch Verantwortung tragen. Das sind vor allem die Länder und die Filmbranche. Die dazu notwendigen Gespräche werden bereits geführt. Ich bin zuversichtlich, dass wir im kommenden Jahr ein entsprechendes Programm auf den Weg bringen werden, um auch hier dafür zu sorgen, dass unser reiches kulturelles Filmerbe erhalten und zugänglich bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe meine Rede mit einem Appell. Wenn wir die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance nutzen wollen, müssen wir die kulturelle Bildung fördern. Kulturelle Bildung bietet ein großes Potenzial, um mit den Menschen, die in unser Land kommen, ins Gespräch zu kommen, um uns für ihre und sie für unsere Kultur zu öffnen. Viele Kultureinrichtungen widmen sich bereits jetzt mit großem Engagement der kulturellen Bildungsarbeit mit Flüchtlingen, allen voran mit Kindern und Jugendlichen. Dies ist der richtige Weg, den wir in Zukunft noch viel konsequenter und energischer gehen müssen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. Das war wirklich eine Punktlandung. – Das Wort hat jetzt Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Gute Hamburgerin!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte über das Projekt „Museum der Moderne“ sprechen, wofür wir im vergangenen Haushalt 200 Millionen Euro bereitgestellt haben; das kommt nicht jährlich vor.

Frau Grütters, wir sind uns zumindest in einem Punkt einig: Dieses Museumsprojekt mit der Aussicht ganz wunderbare Kunstobjekte zu präsentieren, hat eine ganz große kulturelle Bedeutung für unsere Hauptstadt. Deswegen möchte ich es in den Mittelpunkt meiner Rede stellen.

Wir Grüne – das will ich hier auch betonen – sind Unterstützer dieses Projektes und wollen es auch bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber – und das gehört zur Ehrlichkeit dazu –: Vergangene Woche ist der Ideenwettbewerb von Ihnen in der Öffentlichkeit präsentiert worden, und er beginnt jetzt. Frau Grütters, wie war das öffentliche Echo auf dieses eigentlich so gewinnende Projekt? Das öffentliche Echo in den Medien, ob *Süddeutsche Zeitung*, ob *Die Zeit*, ob die *Berliner Zeitung* oder andere, war – wenn man es freundlich ausdrückt – bescheiden. Wenn man die Artikel mit Interesse liest, muss man feststellen: Das Echo war von

Anja Hajduk

- (A) viel Unverständnis für Sie geprägt, Frau Grütters, wie Sie das Projekt jetzt auf die Spur gesetzt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere *Die Zeit* vom 27. August 2015, Herrn Rauterberg:

Eigentlich geht es in einem ersten Schritt ... darum, Ideen zu sammeln. Die Architekten sollen ihre Fantasie spielen lassen, sollen zeigen, was überhaupt möglich wäre, wenn denn alle, der Bund und das Land Berlin, das Kulturforum endlich ernst nähmen.

Und weiter zu Ihnen, Frau Grütters, schreibt er:

Sie wagt nicht die Offenheit, die es braucht. Sie lässt den Architekten nicht die Freiheit, die für eine solche Aufgabe nötig ist. Gegen alle Ratschläge, gegen die Proteste der wichtigsten Architektenverbände und die Einwände vieler kluger Einzelstimmen ... hat sie sich festgelegt: Das neue Museum kann nur an einem Ort entstehen, an der Potsdamer Straße.

Ich muss es Ihnen deutlich sagen, Frau Grütters: Ich finde, Sie haben ein falsches Rollenverständnis. Sie sind die Kulturstatsministerin. Es ist lobenswert, wenn Sie so ein Projekt nach vorne bringen; aber Sie sollten Architekten und Städteplaner so mitwirken lassen, dass die städtebaulich beste Entwicklung an diesem weltweit bedeutenden Standort möglich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Dass Sie sagen: „Ich entscheide“, halte ich für falsch, für eine politische Hybris. Das wird auch von vielen anderen so gesehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es dreist, wenn Sie das auch noch damit rechtfertigen, dass der Bund Mittel für den Museumsbau zugesagt habe, nicht aber für städtebauliche Visionen. Dies ist ein Ort, an dem der Städtebau mitgedacht werden muss. Die Situation im Haushaltsausschuss dazu war schon absurd. An dieser Stelle muss ich die Kollegen der Regierungsfractionen einmal in Schutz nehmen. Sie haben tapfer darum gekämpft, dass offenbleibt, an welchen Standort wir gehen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

Das ist aber von oben durchgezogen worden. Der Haushaltsausschuss hat die städtebauliche und kulturelle Diskussion offenhalten wollen; aber die Kulturstatsministerin sagt: Bums, das mache ich so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Man muss sich einmal fragen: Welche Rolle spielt eigentlich Berlin dabei? Dazu muss ich sagen – Frau Grütters ist die wirkliche Berlin-Expertin -: Berlin hat die Planungshoheit und hält sich seltsamerweise zurück. Als Vollstrecker des Bundeswillens hält sich der Senat in Berlin zurück. Ich bin mir nicht sicher, ob das angesichts des langen Planungsverfahrens, das vor uns liegt, am Ende gutgehen wird. Senatsbaudirektorin Lüscher hat nun anscheinend, wenn der Bericht aus der *Berliner Zeitung* von Herrn Bernau richtig ist, letzte Woche ge-

sagt, man müsse nun – Zitat – „volles Risiko gehen – und vielleicht dann feststellen, dass man hier nicht bauen kann“. Man muss wissen, dass an dem Standort, von dem Frau Grütters sagt, dass es der einzig richtige ist, eine Starkstromleitung verläuft, sodass die wichtige, absolut notwendige Verbindung zur Neuen Nationalgalerie zumindest in den nächsten 15 Jahren gar nicht möglich ist. Eine aus europäischer Sicht wichtige Starkstromleitung wird nämlich deswegen nicht verlegt. Wenn das, was Frau Lüscher sagt, ernst zu nehmen ist, dann verantworten Sie, Frau Grütters, wenn dieses Museumsprojekt eine sehr lange Zeitspanne für die Verwirklichung braucht, etwas, was Sie immer verhindern wollten.

Im Namen meiner Fraktion möchte ich einen letzten Punkt ansprechen. Ich sage Ihnen schon heute ganz klar: Wir werden nicht akzeptieren, dass es eine investorengetriebene Architektur gibt, weil Sie das als PPP bauen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich finde es mehr als bemerkenswert, ich finde es unfair und unangemessen, dass Sie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ständig schlechtreden und behaupten, das Bundesamt könne das nicht unter Einhaltung des Kostenrahmens bauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich wünsche mir, dass Frau Hendricks sich das nicht bieten lässt. So einseitig kann man nicht vorgehen.

Deswegen rufe ich Sie auf, Frau Grütters: Passen Sie auf, dass Sie nicht die Unterstützer verlieren. So ein Projekt braucht eine faire öffentliche Beteiligung und faire Mitsprachemöglichkeiten für Experten. In diesem Sinne haben Sie umzusteuern.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Jetzt hat Rüdiger Kruse, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
sowie des Abg. Johannes Kahrs [SPD])

Rüdiger Kruse (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurzeit strömen Hunderttausende Menschen nach Europa, und wir sind irgendwie überrascht. Angesichts der europäischen Geschichte ist es verständlich, dass wir überrascht sind; denn über Jahrhunderte haben wir selbst Migranten produziert durch Krieg, Vertreibung und Verfolgung. Jetzt ist offenbar ein Bild von Europa entstanden, das so attraktiv ist, dass nun Menschen aus anderen Regionen aus den gleichen Gründen, aus denen Menschen aus Europa geflohen sind, nach Europa fliehen.

Rüdiger Kruse

- (A) Dass wir so überrascht sind, hat auch etwas damit zu tun, dass wir kein geschlossenes Selbstbild von Europa haben, ein Problem, das wir Deutschen gut kennen. Wenn man kein eigenes Selbstbild hat, dann wundert man sich erst recht über das Fremdbild, auch wenn man es als Kompliment annehmen darf, wenn Menschen sagen: Dort wollen wir hin. Es wäre also sinnvoll, ein Selbstbild zu finden, es zu definieren.

Das haben wir auch in der Finanzkrise gesehen. Es ist nicht möglich, Europa nur mit Zahlen zu bauen. Das hält nicht zusammen. Das würde nicht funktionieren. Wenn Europa eine Holding wäre, dann hätte man viele Länder nach drei Monaten auf Verkauf gestellt. Das entspräche aber nicht der europäischen Idee.

Was ist jetzt die Chance? Die Chance ist in etwa so, als wenn Sie Besuch haben oder jemand neu in Ihre Firma kommt, der Ihre Stadt nicht kennt. Dann haben Sie die Chance, Ihre Stadt selber kennenzulernen, indem Sie sie ihm zeigen. Wenn jemand kommt und Ihre Kultur nicht kennt, Sie aber die Erwartung haben, dass er sich in diese Kultur integriert, dann sollten Sie zumindest wissen, welche Kultur Sie denn meinen. Das, glaube ich, ist unser Auftrag.

- (B) Die Staatsministerin hat gesagt, dass wir Projekte und Initiativen stärken müssen, die sich mit der kulturellen Einbindung von Migranten beschäftigen. Das ist sehr wichtig. Aber das wäre zu wenig; denn dann hätten wir, wenn es richtig gut läuft, bloß 1 Million Menschen mehr, die die deutsche oder europäische Kultur kennen. Das heißt, an die – geschätzt – 50 Millionen in Deutschland kennen sie immer noch nicht; denn wir haben das Problem, dass Kultur derzeit eine Angelegenheit ist, die vererbt wird. Sind Ihre Eltern ins Theater gegangen, ist die Chance sehr hoch, dass Sie das irgendwann auch einmal mussten. Das mussten Sie dann so oft, bis Sie Gefallen daran gefunden haben. Das ist so ähnlich wie beim ersten Bier: Hat irgendjemandem sein erstes Bier geschmeckt? Nein, natürlich nicht. Das erste Bier schmeckt nicht. Sie trinken es aus Gruppengefühl.

Jetzt will ich nicht weiter über diese legale Droge reden. Ich will aber sagen: Sie müssen irgendwie die Chance bekommen, diesen ersten Schluck von Kultur zu nehmen. Diese Chance müssen nicht nur die Migranten bekommen. Da ist es sehr naheliegend. Da ist auch eine große Neugier da. Das ist der große Vorteil. Aber wir müssen natürlich auch etwas dafür tun, dass die breite restliche Bevölkerung, die wir seit der Gründung der Bundesrepublik immer noch nicht mitgenommen haben, nun mitkommt. Das nennt man Demokratisierung der Kultur. Das muss unser Antrieb sein, weil wir sonst jedes Mal, wenn wir einen Haushalt beraten – und sei der Anteil des Kulturhaushalts am Bundes- oder Landeshaushalt auch so verschwindend gering, dass es sich überhaupt nicht lohnt, über Kultur zu reden –, bei der Auflistung von unnötigen, überflüssigen und Luxusprojekten die Kultur weit vorne haben und die meisten Leute der Ansicht sind, würde man bei der Kultur sparen, hätte man schon den halben Haushalt saniert. Das also wollen wir nicht.

- (C) Wir brauchen ein Mehr an Kultur, und wir brauchen bessere Zugänge dazu. Es reicht nicht, dass wir neue Museen bauen und alte erhalten und zudem durch Tarifangleichung dafür sorgen, dass die Leute, die morgens das Licht an- und abends wieder ausschalten, anständig bezahlt werden. Das kriegen wir hin. Was wir zurzeit nicht hinkriegen, sind Ausstellungen von Weltrang, die richtig spannend sind. Wir kriegen es nicht hin, dass wirklich breite Bevölkerungsteile in Ausstellungen gehen und dann heftig darüber diskutieren. Wir brauchen Skandalausstellungen.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister: Was?)

Wir brauchen Ausstellungen, die uns betreffen, über die wir auch in der Politik reden und mit denen wir uns auseinandersetzen. Wir haben ganz gute Ansätze gewählt, wo wir Dinge verstärken. Wir machen ja inzwischen auch mehr. Wir machen sogar offene Projekte; ich denke da an das Haus der Kulturen der Welt. Aber wir brauchen deutlich mehr, und deswegen ist ein Aufwuchs von 4 oder 5 Prozent noch zu wenig.

Es geht auch überhaupt nicht, dass da, wo wir als Bund für einen Aufwuchs sorgen, Länder und Kommunen zurückfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (D) Man muss bei all den Debatten, die wir führen, auch einmal daran erinnern, dass nicht nur der Bundeshaushalt mit Steuermehreinnahmen gesegnet ist; vielmehr ist es so – Sie kennen die Verteilung -: Wenn wir mehr kriegen, kriegen auch die Länder und Kommunen mehr. Zudem hat der Bund sehr viele Entlastungsschritte in diese Richtung unternommen. Deshalb muss man in den Verhandlungen mit den Ländern und Kommunen auch einmal sagen: Dafür, verdammt noch mal, verlangen wir, dass ihr euren Kulturetat nicht kürzt, sondern ihn aufstockt!

Herfried Münkler, der sich mit Deutschland als Macht in der Mitte beschäftigt hat, hat in seinem Buch ein Kapitel der kulturellen Macht gewidmet, die er dann als „Soft Power“ bezeichnet. Er sagt, dass diese kulturelle Macht wahrscheinlich die kostengünstigste Möglichkeit ist, Populismus entgegenzuwirken. Das gilt auch für das, was ja ebenfalls gefordert worden ist: den Kampf gegen Extremismus. Extremismus entspringt aus Unkenntnis und aus Angst, Angst vor dem Fremden zum Beispiel. Ein schöner und erfolgreicher deutscher Film, ein kulturell wertvoller deutscher Film war *Angst essen Seele auf*. Die Angst vor dem Fremden kann man durch die Neugier auf das Fremde überwinden. Das wiederum weckt Kultur. Daher macht es sehr viel Sinn, wenn wir uns in diesem Bereich stärker engagieren.

Wir müssen natürlich eines wissen – auch das sagt Münkler -: Politiker machen keine Filme; sie können es auch nicht. Wenn sie ganz besonders waren, sind sie vielleicht einmal ein Motiv für einen Film oder für ein Buch. Wir sind Handwerker. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit andere das machen. Wir müssen sie jetzt auch so schaffen, dass das auf europäischer Ebene möglich ist. Wir müssen dafür sorgen, dass es in der Finanzkrise nicht zu Kürzungen im Bereich der Kul-

Rüdiger Kruse

- (A) tur kommt – bei anderen Ländern kann ich das viel mehr verstehen, wenn sie sehr viel kürzen müssen –; denn dann wären das unattraktive Ruinen. Das heißt, wir brauchen eine europäische Initiative.

Wir sollten den Ansatz finden, eine europäische Renaissance einzuleiten. Das Wesen der Renaissance besteht aus zwei Dingen: aus der Rückbesinnung, also aus der Beschäftigung mit dem, was vorher war – nicht in einem konservativen Sinne, sondern in einem, dass man, wenn man es kennt und sich damit auseinandersetzt, Neues entwickeln kann –, und aus einer starken Verbreiterung des kulturellen Austausches. Eigentlich war das damals unvorstellbar.

Wir können ja einmal versuchen, den Künstler El Greco zuzuordnen. Er wurde in Griechenland geboren. Angefangen hat er auf Kreta, dann ist er nach Venedig gegangen und dann nach Rom. Später war er in Toledo bestimmender Meister des spanischen Manierismus. Ich weiß jetzt nicht, ob das nun ein griechischer, spanischer oder italienischer Künstler ist. Von der Geburt her ist es eindeutig. Seine Kunst ist international. Was die damals an gegenseitiger Beeinflussung geschafft haben, können wir heute doch viel leichter. Wir sollten die Austauschmöglichkeiten nutzen und stärken und im Sinne einer europäischen Kulturpolitik dahin gehend wirken, dass wir unsere Maßstäbe auch nach außen senden.

- (B) Man muss auch den Menschen, die hierherwollen, sagen, dass sie alles an Kreativität mitbringen dürfen, aber die gesamte Engstirnigkeit bitte zu Hause lassen und überwinden. Es gibt nicht die Einladung, dass diejenigen, die von Ignoranten vertrieben worden sind, ihre eigenen Ignoranz hier ausleben. Zur Vermeidung dessen brauchen diese Menschen ein positives politisches und kulturelles Bild von Europa, und wir müssen uns um dieses Bild bemühen. Dafür ist es notwendig, dass wir nicht nur unseren eigenen Etat deutlich stärken, sondern als Deutsche maßgeblich auf eine europäische Kulturinitiative hinwirken; denn das ist eine der günstigsten Möglichkeiten, etwas für Freiheit und Recht in dieser Welt zu tun.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Ulla Schauws, BÜNDNIS 90/Die Grünen.

Ulla Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Kulturpolitisch war in letzter Zeit viel von großen Plänen und Namen zu hören, leider weniger von handwerklich guten Konzepten oder nachhaltigen Strukturlösungen. Aber es kann und darf bei dem Auftrag, den die Bundeskulturpolitik hat, nicht nur um schnelle Erfolge und leere Ankündigungen gehen.

Ein erstes Paradebeispiel ist die ausstehende Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes. Hier war im Sommer

(C) die Aufregung groß. Die Feuilletons waren voll davon. Da stellt man sich die Frage: Warum war das so? Weil unsinnige Neuregelungen bei Künstlern und Sammlern Panikreaktionen ausgelöst haben. Es ging um private Leihgaben in öffentlichen Museen, es ging um die Rechte auf Zutritt zu privaten Sammlungen. Diese Regelungen, Frau Staatsministerin, befanden sich in einem Referentenentwurf Ihres Hauses. Jetzt müssen Sie unter Hochdruck nachbessern. Da sage ich Ihnen: Das war nicht nur handwerklich ganz schlecht, sondern das hätte Ihnen so auch nicht passieren dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einmal ganz abgesehen von Ihrer miserablen Kommunikation. Es bei einem so hart umkämpften Gesetz zu versäumen, das Warum und das Wie von Regelungen verständlich zu erklären, war ein eklatanter Fehler. Sie haben unnötig Öl ins Feuer der Händlerlobby gegossen. Hier hätte ich mir von einer Staatsministerin – das muss ich ganz ehrlich sagen – mehr Weitblick und einen professionelleren Umgang erwartet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit massivem Widerstand durch die Händlerlobby war zu rechnen; das haben Sie gewusst. Das hat bereits die Umsetzung des Kulturgüterrückgabegesetzes 2007 gezeigt. Die wichtigen Fragen, zum Beispiel unter welchen Voraussetzungen Kulturgut zukünftig als national wertvoll eingetragen wird, lassen Sie weiter offen. Hier bestätigt sich Ihre Vorgehensweise: Großes ankündigen, nicht entsprechend inhaltlich nachliefern.

(D) Noch ein Thema der Kategorie „Schöner Plan – fehlendes Konzept“ steht auf der kulturpolitischen Agenda: das Humboldtforum; Sie haben es eben wieder erwähnt. Auch hier hören wir von der Bundesregierung vor allem euphorisierte Superlative. Mit dem Gründungsintendanten Neil MacGregor steht uns herausragende Kompetenz zur Verfügung; ganz ohne Frage. Das ist gut, aber das reicht ja nicht aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis heute haben Sie konzeptionell immer noch nichts Substanzielles geliefert. Offen bleibt neben dem Inhalt außerdem die zukünftige Finanzierung.

Auch bei TTIP sind wir Zeuginnen und Zeugen einer Kulturpolitik, die Großes verkündet und erst dann schaut, wohin die Reise geht. Sie behaupteten, Frau Staatsministerin, die Kultur könne von den Verhandlungen durch eine Generalklausel ausgenommen werden. Haben Sie konkret etwas dazu gemacht? Wir haben seitdem nichts mehr von Ihnen dazu gehört.

Das Gutachten unserer Fraktion zu den möglichen Auswirkungen von TTIP auf den Kulturbereich hat gezeigt: Die Verhandlungsstrategie der USA lässt eine solche Ausnahme überhaupt nicht zu. Ich sage Ihnen: So bedeutende Verhandlungen können Sie nicht laufen lassen nach dem Motto „Wird schon gut gehen“. Das reicht uns, das reicht auch den Kulturleuten nicht aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulle Schauws

- (A) Was wir von einer Kulturstatsministerin erwarten – und zu Recht erwarten können –, sind eine nachhaltige Kulturpolitik und eine Vision für morgen. Meine Damen und Herren von der Bundesregierung, ich frage Sie: Wo finden wir die im Koalitionsvertrag angekündigte konzeptorientierte Kulturförderung, wo die Analysen und Statistiken einer verstärkten Kulturpolitikforschung und die angekündigten Maßnahmen zu Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und interkultureller Öffnung von Kulturbetrieben? Gerade jetzt, da uns alle das Thema „Flucht vieler Menschen“ beschäftigt, da es uns alle angeht – viele von Ihnen haben es heute erwähnt –, ist auch die Kulturpolitik der Regierung gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Ich hoffe, dass wir Ihre Konzepte dazu bald bekommen werden. Ich sage noch einmal: Große Pläne brauchen gute und nachhaltige Konzepte. Das ist im BKM eine große Leerstelle. Darum, Frau Grütters: Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Sie haben nur noch zwei Jahre Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Dr. Eva Högl.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Eva Högl (SPD):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Ende unserer Debatte – wir haben jetzt fast vier Stunden diskutiert – und zum Ende unserer kulturpolitischen Debatte möchte ich Sie alle ganz herzlich einladen, einen übergeordneten Blick auf die Rolle der Kultur zu werfen, gerade auf die Bedeutung der Kulturpolitik im Zusammenhang mit der außenpolitischen Situation, mit der Situation von Flüchtlingen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Kultur in zwei Richtungen wirkt und beide Richtungen gleichermaßen wichtig sind:

Kultur hat ganz starke Signalwirkung nach außen; ich halte es für sehr wichtig, dass wir das auch in dieser Debatte betonen. Investitionen in Kulturgüter und kulturelle Projekte entfalten ihre Ausstrahlungskraft weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Durch seine Kultur präsentiert sich Deutschland, und zwar weltoffen, und heißt Menschen willkommen. Der Umgang einer Nation mit ihren Kulturschätzen zeichnet sie auch aus.

Ich möchte heute ein Beispiel nicht unerwähnt lassen, das uns alle erschüttert hat, als wir es vernommen haben – der Umgang mit Kultur in dieser Region erschüttert uns ja seit Wochen und Monaten -: die Zerstörung der antiken Grabstätten in der syrischen Oasenstadt Palmyra. Das ist ein tragischer Verlust einmaligen und nie wiederherzustellenden Kulturguts. Palmyra war ein Treffpunkt der Kulturen. Palmyra steht für multikulturelles Miteinander, griechisch-römische Architektur, orientalisch verziert. Die Stadt wurde 1980 zum UNESCO-Weltkulturerbe erhoben. Durch die gezielte Zerstörung durch die

Terrormiliz „Islamischer Staat“ ging dieser Kulturschatz für immer verloren. Diese Tragik kann man, glaube ich, nicht genügend betonen. Es ist wichtig, dass wir bei der Diskussion über die Lage in der Welt immer auch die Kultur im Blick haben; denn sie sagt etwas über die Lage in der Welt aus.

Darüber hinaus wirkt Kultur nach innen, und darüber reden wir in unserer Debatte heute ja auch sehr viel. Kultur ist ein Ausdruck unserer Werte. Sie schafft Zusammenhalt und Identifikation. Kultur fördert das gesellschaftliche Miteinander, und sie schafft auch für die Menschen, die zu uns kommen – das ist heute schon erwähnt worden –, Teilhabe, Entfaltungs- und Ausdrucksmöglichkeiten und nicht zuletzt für uns alle Freude an Schönerm und Wunderbarem.

Aus diesem Grunde ist es richtig und wichtig, dass wir weiterhin intensiv in Kultur und kulturelle Projekte investieren. Ich sage das ganz besonders vor dem Hintergrund, dass es in diesen Tagen bei den Haushaltsberatungen darum geht, unsere gemeinsamen Anstrengungen in die Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge zu investieren. Das geht aber nicht gegeneinander, sondern das erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Hier brauchen wir auch Investitionen in Kultur, und deswegen freue ich mich über die Steigerung des Kulturretats.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte auch noch einmal deutlich sagen, dass wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier es sind, die trotz einer guten Vorlage – natürlich von Frau Grütters – immer noch eine Schippe drauflegen. Ich verspreche mir das selbstverständlich auch von den weiteren Haushaltsberatungen. In der Vergangenheit sind das Denkmalschutz-Sonderprogramm und die Aufstockung der Mittel für die Deutsche Welle im parlamentarischen Verfahren erreicht worden. Dies waren gute Signale für die Ausstattung von Kultur und Medien.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vier Themen möchte ich kurz ansprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Erstens. Ich beginne – wie könnte es anders sein – mit der Hauptstadt Kulturförderung. Als Berlinerinnen mit dem Wahlkreis Berlin-Mitte liegen mir diese Projekte natürlich sehr am Herzen. Sie liegen aber auch dem ganzen Haus am Herzen, und deswegen hoffe ich natürlich, dass wir die Hauptstadt Kultur auch weiterhin gut fördern; denn Berlin repräsentiert die Kultur Deutschlands und exemplarisch auch die kulturelle Vielfalt in unserem Land. Hier gibt es kein Gegeneinander der Fläche und der Hauptstadt, aber das bedarf einer gesonderten Finanzierung und eines besonderen Augenmerks. Deswegen hoffe ich, dass wir bei der Finanzierung der Hauptstadt Kultur auch weiterhin gemeinsam gute Wege gehen und Berlin entsprechend ausstatten, sodass es diese Aufgabe übernehmen kann.

Ich möchte daran erinnern, dass es in Berlin viele Leuchtturmeinrichtungen gibt, die wir mit Bundesmitteln

und dabei im Kosten- und Zeitplan bleiben. Deswegen bitte ich darum, diese Überlegungen ernsthaft zu prüfen.

Dr. Eva Högl

- (A) Ich wäre sehr froh, wenn wir dazu kämen, den Bau in der Verantwortung der öffentlichen Hand durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Meine vierte und letzte Bemerkung bezieht sich auf die Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes. Diese Novellierung ist dringend erforderlich, weil wir nämlich im nationalen und internationalen Rahmen – ich habe zu Beginn meiner Rede im Zusammenhang mit Palmyra von internationaler Kultur gesprochen – einen Beitrag für den verantwortungsvollen Umgang mit Kulturgütern leisten müssen. Es geht sowohl um die Ausfuhr als auch um die Einfuhr von Kultur. Wir brauchen dringend neue Regelungen. Deswegen ist ein neues Kulturgutschutzgesetz ganz wichtig, um im internationalen Kontext bessere und richtige Regelungen zu bekommen.

Dass im Vorfeld Kritik geäußert wurde, hat uns sicherlich alle, vor allem hinsichtlich der Deutlichkeit, überrascht. Es war von „Bedrohung des deutschen Kunstmarktes“ und „Enteignung“ die Rede. Ich bin der Auffassung, dass ein Teil dieser Kritik deutlich überzogen war. Man kann sie aber aus dem jeweiligen Interesse heraus verstehen.

Ich kann zusagen, dass wir dieses Gesetzesvorhaben sehr sorgfältig prüfen und uns die Details anschauen. Aber ich sage es noch einmal: Wir brauchen bessere Regelungen für die Einfuhr; das scheint mir ziemlich unumstritten zu sein. Hinsichtlich der Kritik an den Ausfuhrregelungen – Stichwort „Enteignung“ – werden wir uns ganz genau ansehen, welche Regelungen wir brauchen.

- (B) Aber darüber, dass wir auch da Regelungen brauchen, um nationales Kulturgut zu schützen, sind wir im Haus sicherlich einer Meinung.

Herzlichen Dank. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor. Wir schließen deshalb die Beratungen zu diesem Einzelplan damit ab.

Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des **Auswärtigen Amtes, Einzelplan 05**.

Bevor wir damit starten, warten wir noch ein bisschen, bis alle Kolleginnen und Kollegen, die an dieser Debatte teilnehmen wollen, ihren Platz eingenommen haben. – Das Wort erteile ich als erstem Redner dem Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Welt ist aus den Fugen, habe ich vor ungefähr einem Jahr hier von diesem Pult aus gesagt. Ich befürchte, davon ist nichts zurückzunehmen. Wir bereiten jetzt mit dem Haushaltsentwurf das nächste Jahr vor, das, so befürchte

ich, ein Jahr sein wird, das ähnlich mit Krisen und Konflikten gefüllt sein wird. Sie werden nicht viel weniger werden. (C)

Damit wir, obwohl wir uns berechtigte Sorgen machen, nicht verzweifeln und daran glauben und daran arbeiten, dass eine Veränderung möglich ist, will ich mit einem positiven Bild einsteigen – einem Bild, das gerade in dieser Krisenzeit Hoffnung macht. Für viele von uns war es, wenn ich das sagen darf, ein fast unerwartetes Bild von riesiger Anteilnahme und großer Solidarität. Es gibt eine Riesenanzahl von Deutschen, die in diesen Tagen hinausgehen und mithelfen, Menschen aus den Krisenregionen bei uns Zuflucht zu geben. Es ist eine große Hilfsbereitschaft vorhanden. Darüber können wir uns freuen. Dafür will ich am Anfang allen – ob Freiwilligen oder denjenigen, die es von Berufs wegen tun – ganz herzlich Dank sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Diese Mitmenschlichkeit ist genau die Basis – davon bin ich überzeugt –, die wir brauchen, damit wir mit dieser riesigen Herausforderung fertigwerden.

Ich habe letzte Woche in Brüssel gesagt: Man hat immer den Eindruck, dass die Probleme, an denen man arbeitet, die größten sind, die man zu bewältigen hat. Wir haben das bei Griechenland gedacht. Die Herausforderung Migration wird für uns und für ganz Europa noch viel größer sein.

Damit die Hilfe aber funktioniert, brauchen wir diese Basis von Mitmenschlichkeit, die ich eben gezeichnet habe. Uns in der Politik muss aber auch klar sein: Diese Bereitschaft und diese Mitmenschlichkeit brauchen einen Rahmen. Wenn die Fragen jetzt noch nicht gestellt werden, so werden sie irgendwann – auch von denjenigen, die jetzt helfen – gestellt werden: Wie viel kann Deutschland leisten? Was muss am Ende geschehen, damit wir diese Herausforderung auf lange Sicht bewältigen werden? (D)

Ich will versuchen, in meiner Rede drei Antworten zu geben bzw. zu beschreiben, welche drei Dinge jetzt zu tun sind.

Erstens. In einer Haushaltsdebatte geht es natürlich auch um Geld, selbst wenn wir nicht immer nur darüber reden. Ich bin froh, dass die Bundesregierung am Wochenende ein Maßnahmenpaket für Bund, Länder und Kommunen verabredet hat. Für das Auswärtige Amt gehört zu diesem Paket, dass wir eben – insbesondere in den Herkunfts- und Transitländern – neue Anstrengungen unternehmen und dank der Unterstützung auch unternehmen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Migrationswellen beginnen ja nicht am Ostbahnhof in Budapest und auch nicht am Strand von Kos – den Eindruck könnte man gewinnen, wenn man abends Fernsehen schaut –, sondern dort, wo die Konflikte toben, wo schon Nachbarländer nicht mehr in der Lage sind, die menschlichen Notlagen in den Griff zu bekommen, und wo Schlepperbanden – auch das gehört zur Wahrheit – ihr großes Geschäft wittern. Dort setzen wir mit den Möglichkeiten des Auswärtigen Amtes an. Wir werden dank der Ver-